

rote blätter

Herausgegeben v. Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS

Nr. 5

April 1972

2. Jahrgang

1,- DM



a. o. MV 1969 in Göttingen: Der SDS-Vorstand bringt den VDS an den Rand des Ruins.



a. o. MV 1970 in Marburg: SHB und Spartakus leiten die Konsolidierungsphase ein.



23. o. MV 1971 in Bonn: VDS: Demokratischer Dachverband mit positivem Aktionsprogramm.



Höhepunkte der vom VDS initiierten Massenaktionen: Die Demonstrationen gegen das BaFöG, Juni 71; gegen das Hochschulrahmengesetz, Dezember 71; gegen die Berufsverbote, Januar 72 (Bild rechts).



In diesem Heft

Die 24. o. VDS-MV

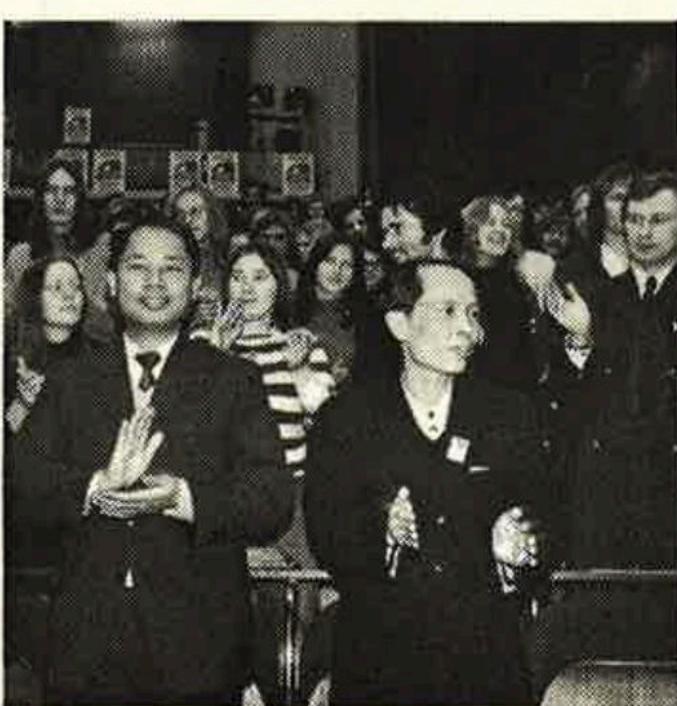
Revolutionärer Kampf und gewerkschaftliche Orientierung

Der Maoismus — die neue Stufe des Revisionismus

Probleme der Kulturarbeit

RB-Interview mit einem jungen vietnamesischen Revolutionär

Dokumentation:
Politischer Bericht an die 4. Tagung des Bundesvorstandes



Die Bedeutung des VDS im antiimperialistischen Kampf der Studenten ist gewachsen: Internationales ISB-VDS-Seminar, Februar 72, in Hamburg (links).



**Wolfgang Erdmann
Vorsitzender des AStA
der Uni Karlsruhe
Den Frieden erkämpfen!**

„Runter mit der Rüstung – mehr Geld für die Bildung!“ Überall an den Hochschulen in der BRD wurde in den Aktionen des VDS am 1. Dezember diese Lösung laut.

Die Ratifizierung der Ostverträge und die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa würde der Rechtfertigung einer Politik der Hochrüstung den Boden entziehen und damit auch bessere Möglichkeiten schaffen für unseren Kampf für ein materiell abgesichertes Studium. Das begreifen mehr und mehr Studenten. Deshalb sind die Verträge ebenso unsere Sache, die Sache der Studenten, eine Sache, die uns mit der gesamten arbeitenden Bevölkerung, mit allen friedliebenden Menschen in diesem Land vereint.

Wenn der MSB Spartakus immer betont hat, daß der Kampf für den Frieden Kampf gegen die extremsten Kräfte der imperialistischen Reaktion, gegen das Rüstungskapital und die mit ihm unmittelbar versippten politischen Kreise der CDU/CSU ist, so bestätigt die gegenwärtige Entwicklung diese Einschätzung: Die Verträge sind in Gefahr! Das ist kein parlamentarischer Spaziergang. Und wenn das jetzt auch diejenigen zu begreifen beginnen, für die Ostpolitik „allein Sache der Regierung“ war, die alles taten, um im Interesse ihrer antikommunistischen Gemeinsamkeit mit Strauß und Barzel jede Volksbewegung für die Verträge zu verhindern, so ist das für uns nicht die Stunde der Schadenfreude, das ist die „Stunde hinauszugehen und zu kämpfen“. Das ist die Stunde gemeinsam zu handeln – trotz unterschiedlichem oder sogar gegensätzlichem Standpunkt in anderen politischen Fragen.

In dieser historischen Stunde sind alle aufgefordert zu verhindern, daß Strauß und Barzel durchkommen, daß die BRD in die Schützengräben des Kalten Krieges zurückgezerrt wird.

Das Studentenparlament der Universität Karlsruhe hat nach einstimmigem Beschuß einen Aufruf an den VDS, die ASten und alle fortschrittlichen Organisationen gerichtet, sich aktiv für die Ratifizierung und Verwirklichung der Ostverträge und für die unverzügliche Durchführung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzusetzen.

Wir meinen: Diesem Aufruf sollten sich gerade jetzt zu Beginn des Semesters alle Studentenparlamente, sollten sich alle studentischen Vollversammlungen anschließen.

Und wenn Ende April der neofaschistische Mob Bonn zum Heerlager für seine Provokationen gegen Frieden und Demokratie machen will, sollten die Studenten aus allen Teilen der BRD durch ihre Teilnahme an der Massenkundgebung am 29. April, zu der die Bonner Bürgerinitiative für die Ratifizierung aufgerufen hat, dazu beitragen, der Welt deutlich zu machen, daß sie im Lager des Friedens und der Entspannung stehen. Hier darf sich niemand abseits halten. Die Verträge sind unsere Sache, und gemeinsam setzen wir sie durch!

- 2 Wolfgang Erdmann:
Den Frieden erkämpfen!
- 3 24. o. VDS-MV:
„Es wird einen VDS der Aktionseinheit geben, oder es wird keinen VDS geben . . .“
- 6 Löwenthals Monsterschau
- 8 In der Diskussion:
Bemerkungen zum Verhältnis von revolutionärem Kampf und gewerkschaftlicher Orientierung
- 13 Frank Deppe auf H 4
- 14 Notabene
- 15 Was ist – Sozialdemokratismus?
- 16 Der Maoismus – die neue Stufe des Revisionismus
- 22 Briefwechsel:
RCDS – SPARTAKUS
- 24 Zum Kampf gegen Krieg und Militarismus
- 27 SP-Wahlen: Verschärfung des ideologischen Kampfes
- 28 Aus den Hochschulen
- 30 Wie an die Kulturarbeit herangehen?
- 32 Betr.: Emanzipation
- 34 Interview mit R.-J. Priemer,
Bundesvorsitzender der SDAJ
- 35 „Das Studium mit dem Kampf verbinden“
RB-Interview mit vietnamesischen Revolutionären
- 37 Überlegungen zur Kulturfrage
- 40 Zum Cabora-Bassa-Prozeß

rote blätter
Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur:
Roland Lang (verantw.)

Redaktion:
rote blätter
Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Sternenburgstraße 73

Konto:
Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn
Konto-Nr. 10 14 14 40

Druck:
Plambeck & Co., Neumünster

„Es wird einen VDS der Aktionseinheit geben, oder es wird keinen VDS geben...“

„Die Situation der Studenten in der BRD seit der 23. o. MV des VDS (März 1971) ist gekennzeichnet durch weitere materielle Verschlechterungen und wachsende Unsicherheit der Berufsperspektive, durch verschärzte politische Repression.“ So heißt es im ersten Satz des Aktionsprogramms für den VDS, das die 36 von MSB Spartakus und SHB getragenen ASten als Plattform für die politische Arbeit des VDS im kommenden Jahr der 24. o. MV vorgelegt hatten.

Die Aufgabe des VDS

In der Tat, unzureichende, nicht kosten-deckende Ausbildungsförderung, erhebliche Preisehöhungen der DSKV bei ungenügenden Leistungen, verschärzte Wohnungsnot, der systematische Ausbau des NC zum perfekten, nur an Profitinteressen orientierten Planungsinstrument und die sich permanent verschärfenden Bestimmungen des zu verabschiedenden HRG sind Beispiele für die brennenden Probleme der Studenten, auf die die MV eine Antwort hätte geben müssen.



Notwendig ist diese Antwort gerade angesichts der unverhohlenen Angriffe auf die verfaßte Studentenschaft, deren eigenständige Organe (Fachschaften, ASten, Studentenparlamente einschließlich vds) für die Durchsetzung der sozialen und politischen Interessen der Mehrheit der Studenten immer größere Bedeutung erlangen, wenn sie nicht durch CDU-Studenten zu Parteigagenturen zurückentwickelt oder durch linke Utopisten sekterisch instrumentalisiert werden. Gegeben werden konnte diese Antwort nicht, weil die von den SHB-MSB-ASten vorgetragene Konzeption von einer Negativkoalition abgelehnt wurde, weil diese bunt zusammengewürfelte Zufalls-mehrheit Front mache gegen einen ge-

werkschaftlich orientierten VDS, ohne selber eine Alternative zu haben. Diese Mehrheit kam keineswegs durch eine Schwächung von SHB und MSB zu stande. Der Einfluß des SIB und des MSB an den Hochschulen ist gestiegen; bei einigen Studentenparlamenten konnten SHB und MSB die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten ändern (z. B. Münster). Woran lag es also?

Der durch die erfolgreiche Politik der gewerkschaftlichen Orientierung gestiegenen Attraktivität des vds ist es zu verdanken, daß einige — noch von Linksspektrierern beherrschte — ASten wieder in den vds eintraten. Die gewachsene Stärke v. a. des MSB führte die verschiedenen, antikommunistischen Gruppchen und Zirkel auf der Position der „Abgrenzung“ gegenüber dem Spartakus zusammen. Und nicht zuletzt fiel die Abspaltung der Sozialistischen Fraktion, (die auf der 23 o. MV. noch für Hauptresolution und Aktionsprogramm stimmte) einer Gruppe, die noch in einigen ASten über ihren politischen Bankrott nachdenken darf, vom SHB ins Gewicht. Jedoch wird diese Negativkoalition auf Dauer keinen Erfolg haben. Nur auf der Basis der gewerkschaftlichen Orientierung erhält der demokratische Massenkampf der Studenten eine richtige Perspektive.

Grundlage und Konzeption der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung sind in dieser Ausgabe dargestellt, so daß sie hier nicht allgemein erörtert zu werden brauchen. Vielmehr kommt es hier darauf an, wie der Rahmen der gewerkschaftlichen Orientierung von den 36 SHB-Spartakus-ASten hinsichtlich der Aufgaben des VDS für das nächste Jahr inhaltlich gefüllt wurde.

In der Hauptresolution dieser ASten heißt es: „Eine wirkliche Vertretung der speziellen und politischen Interessen der Studenten muß folgende Bedingungen erfüllen:

— Sie muß das gegebene Kräfteverhältnis zwischen Fortschritt und Reaktion in Hochschule und Gesellschaft berücksichtigen, um angeben zu können, gegen wen in erster Linie und mit welchen konkreten Forderungen die Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses durchgesetzt werden kann.“

Entsprechend der gegenwärtigen Situation der Studenten und dem Charakter des VDS enthielt das durch die Hauptresolution begründete Aktionsprogramm u. a. Vorschläge für

- Massenaktionen gegen die Verabschiebung des reaktionären HRG
- Maßnahmen für die Verteidigung bereits errungener Positionen gegenüber Versuch, die Ländergesetze nach Verabschiedung des HRG gegen die Interessen der Studenten zu novellieren.

- die Einrichtung von demokratischen Studienreformkonferenzen, gemeinsam mit der BAK, die die Arbeit in den Fachbereichen koordinieren und unterstützen sollen.
- die Intensivierung der lokalen und regionalen Zusammenarbeit mit fortschrittlichen HS-Lehren, BAK, GEW, ÖTV und allen DGB-Gewerkschaften.
- Initiativen für die Einstellung bzw. Wiedereinstellung von durch die Berufsverbote Betroffenen und die Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüssen.
- eine Kampagne für die Novellierung des BAFOG mit dem Ziel der Erhöhung der Förderungsbeträge und der Durchsetzung einer Preisgleichklausel, kurzfristige Stützungsmaßnahmen von Bund und Ländern für die DSKV mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen Krankenversicherung der Auszubildenden auf gesetzlicher Basis.
- ein breites Bündnis im Kampf gegen die Einrichtung von Bundeswehrhochschulen oder Sonderstudiengängen für Offiziere.
- Solidarische Aktionen mit den ausländischen Kommilitonen gegen die geplante Verschärfung des Ausländerrechts und die Diskriminierung und Verfolgung ihrer Organisationen, für die Verbesserung ihrer sozialen und Studienbedingungen.



Mit diesem Programm war der Charakter des VDS als eines gewerkschaftlich orientierten Dachverbandes eindeutig bestimmt, wurden positive Aktionsziele gesetzt und Methoden für ihre massenhafte solidarische Durchsetzung angegeben.

Demokratischer Dachverband oder Sektiererclub?

Den 36 dieses Programms unterstützenden ASten standen 30 andere gegenüber, die in und unter sich uneinheitlich, jedoch über 55 Prozent der Stimmen verfügten und somit zusammengehalten durch die Ablehnung der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, in der Lage waren,

jeden konstruktiven Ansatz abzublocken und ihre Programmlosigkeit zum Ergebnis der 24. o. MV zu adeln. Daß es zur Politik der gewerkschaftlichen Orientierung keine Alternative gibt, bewiesen der konkrete Verlauf der MV ebenso wie die Positionen der zur Negativkoalition zusammengeschlossenen Gruppen und Gruppchen, von denen SF und Rote Zellen München programmatische Formulierungen vorlegten:

Die sich SHB/SF ("science fiction") nennende Minderheit wurde den an sie gestellten Erwartungen insofern gerecht, als sie den Charakter des vds wahrhaft utopisch bestimmte. Sich souverän über die realen Bedingungen hinwegsetzend, leugnete sie die Notwendigkeit einer politischen Plattform für den vds. Vielmehr vertrat sie eine vds-Bündniskonzeption der den vds tragenden sozialistischen Studentenorganisationen (!), die "Artikulation und Durchführung verschiedener sozialistischer Strategien" zulasse "und gar zur Weiterentwicklung sozialistischer Theorien" beitrage. Die daran anschließenden mit viel Liebe fürs Detail vorgelegten Vorschläge zur Neukonstruktion des vds erinnerten — gemäß dem Prinzip der Programmlosigkeit — in ihrer politischen Tragweite am ehesten noch an eine Neuorganisation der Essenausgabe in einem Seniorenhheim, bei der die verschiedenen Etagen in einen Wettkampf treten.

Noch weiter in der Absicht der gruppenegoistischen Instrumentalisierung des vds gingen die völlig isolierten, in die Negativkoalition jedoch fest eingefügten Münchner Rote Zellen; mit der Attitüde begnadeter Philosophen aufstretend verblüfften sie die Anwesenden mit der Erkenntnis, daß die kurze Herrschaft der Monopole zwischen 1780 und 1820 anzusiedeln sei. Aus diesem Grund der immer noch gegen die Monopole kämpfenden Mehrheit der Studenten um Jahrhunderte voraus, ging es ihnen nur um die Druckkapazitäten des vds zwecks Verbreitung ihrer junggelöblichen Theorien. Die Schwierigkeiten ihrer Vorläufer hatte Marx schon 1845 gesehen: „Für die Philosophen ist es eine der schwierigsten Aufgaben, aus der Welt des Gedankens in die wirkliche Welt herabzusteigen.“ (MEW BD. 3, S. 432). Für Münchens Rote Zellen ist das jedoch „Praxisgewächs“. Das Mißverständnis der Bemerkung vom Gespenst, das in Europa umgeht, ist offensichtlich.

Neu ist allerdings die Unfähigkeit, dem VDS ein konkretes Aktionsprogramm zu geben, nicht. Schon dagewesen ist auch die Absicht der Ultralinken, den VDS vom aktionsfähigen studentischen Dachverband, vom zentralen schlagkräftigen Instrument für die Durchsetzung demokratischer studentischer Interessen zur Arena für die Schattengefechte pseudosozialistischer Strategien umzufunktionieren und für den Aufbau ihrer schwachen Organisationen zu instrumentalisieren. Eine derartige Konzeption hat den VDS schon einmal nahezu in den Bankrott getrieben, als 1969 der aus SDS-Mitgliedern beste-

hende Verband den VDS als sozialistischen Kampfverband gebrauchen wollte. Damals wie heute haben MSB und SHB dem Versuch die Studentenschaft ihres einheitlichen und aktionsfähigen Dachverbandes zu berauben, einen Riegel vorgeschoben. Mit in das gegen die gewerkschaftliche Orientierung gerichtete Negativbündnis hängten sich die verschiedenen "kommunistischen" Gruppierungen, die zwar aus der Einsicht heraus, „noch nicht soweit“ zu sein, eine Programmatik für den VDS nicht vorlegten, ihren abstrakten Führungsanspruch jedoch aufrecht erhielten mit der Forderung, die MV müsse sich eben ihrem programmatischen Manko anpassen. Nicht zu vergessen die rechten ASten der PII Münster und TU Clausthal, die es sich nicht nehmen ließen, ihr faules Ei in das von Links- und Rechtssopportunisten gekochtes Süppchen zu schlagen und so die Programmlosigkeit um einige Stimmen und Varianten zu bereichern.

Als die von MSB und SHB getragenen ASten ein gewerkschaftlich orientiertes Aktionsprogramm formulierten, gingen sie aus von den grundlegend demokratischen Interessen der Masse der Studenten, die sich aus deren Berufsperspektive und Ausbildungssituation ergeben. Sie gaben sich jedoch nicht der Illusion der politischen Einheitlichkeit der westdeutschen Studenten hin, sondern definierten den VDS als Bündnisorganisation, deren Erfordernissen nur die gewerkschaftliche Orientierung gerecht werden kann. „Er ist der demokratische Dachverband der westdeutschen Studenten, der VDS vereinigt auf der Grundlage eines demokratischen Aktionsprogramms verschiedene politische Strömungen.“ Hier Vereinheitlichung auf der Grundlage eines Aktionsprogramms, dort Programmlosigkeit und verschiedene sozialistische Strategien; hier Kompromißbereitschaft, dort rigide Obstruktionspolitik; hier zentrales Kampfinstrument, dort Briefkasten für den „dezentral“(!) zu führenden Kampf; hier demokratischer Dachverband, dort Entwicklungshilfe für schwach entwickelte Organisationen. So etwa lassen sich in Kurzform die Positionen umschreiben, die sich im Verlaufe der MV herauskristallisierten.

Wer ist für Einheit? Wer spaltet?

Schon der TOP „Entlastung des Vorstandes“, der die Funktion hat, festzustellen, ob der Vorstand das von der vorigen MV beschlossene Programm in die Tat umgesetzt hat, ließ die programmlose Front gegen die gewerkschaftliche Orientierung antreten. Unbeeindruckt davon, daß sie die Vorstandsmitglieder Albrecht, Krüger und Würfl deshalb angegriffen, weil sie das Programm der letzten MV vertreten hatten, unbeeindruckt von der politischen Wirkung einer Nichtentlastung in der Öffentlichkeit, nutzte sie ihre Mehrheit, Albrecht, Krüger und Würfl nicht zu entlasten, um so in schäbiger und spektakulärer Weise mit der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung abzurechnen. Die SHB-Spartakus-ASten hat-

ten für die Entlastung aller vier Vorstandsmitglieder votiert.

Die Diskussion der Hauptresolution bzw. Aktionsprogramme bestätigte die Erwartung, daß keiner der 3 Vorschläge eine absolute Mehrheit in der ersten Lesung finden würde. Die JUSO-ASten Köln und Saarbrücken, die später das Zünglein an der Waage spielten, gingen zunächst auf ein Verhandlungsangebot der von MSB und SHB getragenen ASten ein und arbeiteten mit ihnen einen Kompromißvorschlag aus, der daraufhin die erste Lesung mit absoluter Mehrheit passierte. Zu Beginn der zweiten Lesung jedoch stellte der Kölner AStA-Vorsitzende Hartung das Aktionsprogramm der SF als



Zusatzauftrag. Obwohl die SHB-MSB-ASten große Teile des SF-Programms zu übernehmen bereit waren, lehnten die SF-Sprecher jeden Kompromiß kategorisch ab. Zudem machte die „Sozialistische Fraktion“ ihre Beteiligung am VDS-Vorstand von der Ablehnung des Programms abhängig und erpreßte damit die ASten Köln und Saarbrücken, die eine Mitarbeit der SF im Vorstand wünschten. Da Köln und Saarbrücken diesem Erpressungsversuch nachgaben, blieb der Kompromißvorschlag in der 2. und 3. Lesung ohne Mehrheit. Damit schlugen sich der Kölner und der Saarbrücker AStA objektiv auf die Seite der SF; d. h. sie trugen mit dazu bei, daß diese MV ohne politisches Aktionsprogramm auseinander ging.

Die Zufalls-Mehrheitler ließen sich nun noch darauf ein, wenigstens die wichtigsten Anträge zu diskutieren. Es gelang ihnen sogar mit einer hauchdünnen Mehrheit von 2 Stimmen einen Antrag „Gegen den Abbau demokratischer Rechte“ des AStA Heidelberg durchzusetzen. Trotz vieler richtigen Einschätzungen und Forderungen ist dieser Antrag nicht geeignet, die Herstellung eines breiten Aktionsbündnisses zur Abwehr der Berufs- und Berufungsverbote zu ermöglichen. Implizit werden in ihm die Gewaltmaßnahmen des Staates — insbesondere die Berufsverbote — als verfassungskonform bezeichnet. Damit hat man sich der Möglichkeit beraubt, in der Verfassung garantierte Rechte als Waffe gegen die herrschende Klasse zu kehren, die ihrerseits ja ständig bestrebt ist, bürgerlich-demokratische Prinzipien über Bord zu

werfen. Damit hat man sich in sektierischer Weise der Möglichkeit begeben, Liberale, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten in einem Bündnis gegen das Ausnahmerecht der Berufsverbote zusammenzuschließen.

Dieser Beschuß kam nur zustande, weil einige ASten trotz inhaltlicher Differenzen zu dem verabschiedeten Antrag nach der Ablehnung eines geschlossenen Programms wenigstens zu einigen politischen Aussagen auf dieser MV kommen wollten. Als sich in der Diskussion der Anträge zum Hochschulrahmengesetz abzeichnete, daß keiner der vorgelegten Anträge eine Mehrheit finden würde, gleichzeitig noch viele Anträge bei fortgeschrittener Zeit (Sonntag abend!) zu behandeln waren, schlugen SHB und MSB vor:

- die Anträge zum Hochschulrahmengesetz an den Zentralrat zu überweisen und dort in überarbeiteter Form zu beraten. Um eine möglichst einheitliche Orientierung in den Aktionen gegen das HRG zu erreichen, sollten im Zentralrat nur Beschlüsse mit 2/3-Mehrheit möglich sein.
- die MV zu vertagen, um eine intensive politische Diskussion über die Anträge ohne Zeitdruck zu ermöglichen.

Jetzt sahen die linksopportunistischen Gruppen ihre Felle davonschwimmen. Sie legten es darauf an, noch schnell einen programmatisch in keiner Weise festgelegten Zentralrat zu wählen. Auf die Wahl eines Vorstandes, der einer 2/3-

schen Anträge serienweise zu vertragen, um die einer sofortigen Wahl eines Zentralrats im Wege stehenden Tagesordnungspunkte zu erledigen.

In dieser Situation beantragten die SHB-MSB-ASten eine einstündige Pause, im Verlauf derer sie an alle Fraktionen das Angebot richteten, die MV mit einer gemeinsamen Erklärung zu beenden, mit dem Inhalt, daß alle Fraktionen trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten ein Interesse an der Erhaltung des VDS haben. (gegen RCDS/BFDW) Selbst diesen Minimalkomplex lehnten diese Fraktionen ab. In dieser Situation, nach dreitägiger Diskussion und zahlreichen Kompromißvorschlägen zu dem Zweck, die Einheit des VDS zu wahren und ein politisches Programm gegen die Angriffe der Herrschenden auf die materiellen und politischen Positionen zu erarbeiten, beschlossen die SHB-MSB-ASten, die MV unter Protest zu verlassen und so die Wahl eines programmlosen Zentralrats zu verhindern.

Bilanz und Perspektive

In seiner persönlichen Erklärung zog Christoph Strawé (MSB) eine Bilanz der 24. o. MV und zeigte die Perspektiven der nächsten auf: „Sie (die Fraktionen der Negativkoalition) verhinderten jedes politische Ergebnis, ohne selber einen einzigen konstruktiven Ansatz für die Arbeit des studentischen Dachverbandes in der nächsten Zeit aufzuzeigen.“

Als dieses Ergebnis der MV sich endgültig abzeichnete, trat der SPARTAKUS mit dem Vorschlag an die verschiedenen Fraktionen heran, mit einer gemeinsamen Erklärung die MV abzuschließen, in der zumindest minimale politische Voraussetzungen für die nächste Mitgliederversammlung enthalten sein sollten. Damit verfolgte er keineswegs die Verschleierung der bestehenden Gegensätze, sondern vielmehr das Ziel, trotz unterschiedlicher Auffassungen über Aufgaben und Charakter des VDS einen minimalen Konsens über die Notwendigkeit der Existenz dieses Verbandes gegenüber der politischen Reaktion in der Bundesrepublik, besonders an den Hochschulen, zu formulieren. Dazu haben die verschiedenen sogenannten Linksgruppen „nein“ gesagt. Sie haben nicht einmal den Versuch unternommen mit den 36 Allgemeinen Studentenausschüssen, die die Politik des MSB und des SHB für den VDS unterstützen, zu einem Konsens zu kommen. Sie erwiesen sich damit als diejenigen, die den VDS spalten und aktionsunfähig machen.

In der gegenwärtigen Situation in der BRD angesichts des Angriffs der Reaktion auf die Rechte und Kampforganisationen der Studenten, angesichts der drohenden 3. Lesung des HRG am 12. April 1972, angesichts der Hetze der reaktionären Kräfte gegen jegliche Entspannungspolitik, konnte ein solches Auftreten nur bedeuten, den VDS in eine Situation zu manövrieren, wo er in diesen politischen Auseinandersetzungen nicht mehr reagieren kann.

Die Exponenten einer solchen Politik setzen sich in Gegensatz zu den politischen Interessen der Studenten in der BRD. Dennoch sieht der MSB im Ausgang der 24. o. MV keine Krise ohne Ausweg. Der MSB SPARTAKUS, der zusammen mit dem SHB einen langen und komplizierten Kampf um die Stabilisierung des VDS geführt hat, wird durch die Aufklärung über den Verlauf dieser Mitgliederversammlung an allen Hochschulen der BRD dazu beitragen, auf der



nächsten kommenden MV Bedingungen herzustellen, die es erlauben, die Entwicklung des VDS zugunsten der demokratischen Studentenbewegung weiter voranzutreiben. Es war die Politik des MSB und des SHB, die dazu geführt hat, daß der VDS heute wieder großes Ansehen unter den Studenten der BRD genießt. Die Gruppen, die in einer unheiligen Allianz der Programmlosigkeit sich gegen diese bisherige erfolgreiche Politik verbündeten, haben dagegen bewiesen, daß sie nicht in der Lage waren, zu einem Ausgang der MV beizutragen, der gesichert hätte, daß die demokratischen Studenten im VDS einen Verband besitzen, mit dem sie ihren Kampf gegen die herrschenden Kräfte führen können. Zur Politik der gewerkschaftlichen Orientierung im VDS gibt es keine Alternative.“



Mehrheit bedarf (Zentralrat: einfache Mehrheit), wollten sie großzügigerweise verzichten.

Damit enthielten sie ihr Instrumentalisierungskonzept in seiner ganzen Konsequenz: es ging ihnen nur noch um die Besetzung eines Organs des VDS. Das, was sie SHB und MSB vorwarfen — Machtpolitik, bürokratische Ausnutzung von Instituten und dergleichen — praktizierten sie selbst. Der Stein, den sie erhoben fiel auf ihre eigenen Füße. SHB und MSB machten diesen Schwindel gegenüber den studentischen Massen nicht mit. Ohne politisch-programmatische Feststellungen keine Wahl der VDS-Organe, war ihre Position. Die Linksopportunisten gingen nun dazu über, die politi-

X. Weltfestspiele nach Berlin einberufen

Das Internationale Komitee zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele, das am 19. und 20. Januar in Sofia tagte, beschloß, die Festspiele vom 28. Juli bis 5. August 1973 in der Hauptstadt der DDR durchzuführen. Das Komitee erließ einen Aufruf an die Jugend und Studenten der Welt, das Festival durch vielfältige Aktionen vorzubereiten und es zu einer Manifestation der Einheit der jungen Generation im Kampf gegen Imperialismus, für Solidarität, Frieden und Freundschaft werden zu lassen. Der für die Koordinierung der Vorbereitung gewählte Sekretär Dominique Vidal dankte der Regierung der DDR und der FDJ für die Bereitschaft, Gastgeber der Festspiele zu sein.

Löwenthals Monsterschau

Löwenthals ZDF-Magazin und eine Sonder-
sendung über den angeblichen „Spartakus-
Terror“ an westdeutschen Hochschulen, ein
als dokumentarisch verkaufter Zusam-
menschritt von Filmmaterial vom sog. „Sparta-
kus-Tribunal“ des RCDS am 19. Januar in
Hamburg, sollte der Bevölkerung der Bundes-
republik endlich „beweisen“, was Springer,
CDU/CSU und RCDS seit langem zu wissen
vorgeben: Daß der MSB SPARTAKUS mit Mit-
teln des Terrors die Herrschaft an den Uni-

versitäten anstrebe. Mit diesen Sendungen
sollte die Öffentlichkeit gegen den MSB
SPARTAKUS aufgehetzt, sollte die angebliche
Verfassungsfeindlichkeit unserer Organisa-
tion demonstriert werden. Diese „Berichte“
sollten beitragen zur Schaffung des Hetzkli-
mas, das die reaktionären Kräfte brauchen,
um das neue Sozialistengesetz, die Politik
der Berufverbote zu praktizieren und damit
die demokratischen Rechte und Freiheiten in
den Schmutz zu treten.

Und wie so oft erwies sich der RCDS als
willfähriger Büttel von Springer, Strauß
und Barzel, und initiierte das Löwenthal-
Schauspiel. Daß die Provokation nicht gelang,
daß trotz bestellter Rockerbanden und Barrikaden die anwesenden 3000 Stu-
denten sich nicht zu den gewünschten Tä-
tlichkeiten hinreißen ließen, hinderte die
konzentrierte Reaktion von Langguth bis
Löwenthal nicht daran, ein völlig verzerr-
tes Bild von der Veranstaltung zu geben.
Dazu ein Teilnehmer der Veranstaltung
in einem Leserbrief an die „ZEIT“:

„... Nicht nur die Ausschnitte in Löwen-
thals Magazin waren „auf Terror geschnit-
ten“, das ZDF-Team hat „auf Terror ge-
filmt“. 26 Minuten wurde gefilmt; zwei
Stunden dauerte die Veranstaltung. ...
Herrschte Ruhe, so hatte auch das Auf-
nahmeteam Pause. Störungen, die zweifellos vorkamen, wurden fälschlich oder
gezielt dem Spartakus angelastet. ... Das
ZDF-Magazin verschwieg, daß der RCDS
bezahlte Schläger als Saalschutz engagiert
hatte. ... Ich empfand Schrecken und Em-
pörung, als ich das Audimax betrat und
die Barrikaden mit dem dahinter in Stel-
lung gegangenen Saalschutz sah (dem der
RCDS pro Mann und Stunde 7,50 DM be-
zahlte).“ (stud. Reimer Isenhagen Eilers,
Hamburg, Die „ZEIT“ vom 18. Februar 72.
Der Kommitone ist — um Spekulationen
vorzubeugen — kein Mitglied des Spar-
takus oder einer befreundeten Organis-
sation)

Mit 300 Watt gegen 3000 Studenten

Zum Verlauf der Veranstaltung selbst:
Die Studenten, die das Audimax betreten,
müssen zunächst ein Spalier uniformierter
Rocker passieren. Das Audimax ist in
gleißendes Scheinwerferlicht getaucht, vor
dem Podium, dachförmig, eine Holzbarri-
kade, dahinter riesige Lautsprecherboxen.
Weitere Rocker „schützen“ Gerd Lang-
guth (RCDS-Vorsitzender und Mitglied
des BV der CDU), Roland Kimmich
(RCDS-Vorsitzender Hamburg) und ande-
re ultrarechte Studentenfunktionäre.

3000 Studenten sind erschienen; der
Grund: Der MSB SPARTAKUS hat sie auf



Langguth hinter dem „Schutzwall“. Nachdem der RCDS „seine“ Veranstaltung offiziell beendet hatte, verabschiedeten die anwesenden etwa 2500 Studenten eine Resolution, in der sie das „provokatorische und demagogische Vorgehen des RCDS“ verurteilten. Gegenstimmen: 6. Enthaltungen: 3.

Flugblättern aufgefordert, die Provokation
geschlossen zurückzuweisen und die
reaktionären Praktiken des RCDS zu ent-
larven.

Doch vorerst bestimmt der RCDS das Ge-
schchen. Mit 300 Watt brüllt er die For-
derung der Anwesenden nach Diskussion
und Wahl eines Diskussionsleiters nieder.

Kimmich vergießt Krokodilstränen über
die „Verfolgung von Intellektuellen in der
Sowjetunion“ und Prozesse „gegen litau-
ische Bischöfe, die Minderjährigen Reli-
gionsunterricht erteilt haben“. Die alte
Platte primitivsten Antikommunismus, die
jedoch bei den Anwesenden entweder auf
Empörung oder Hohngelächter stößt. Dann
stürmischer Beifall, als Kimmich den Spar-
takus zitiert, daß sich die „Arbeiterklasse
in der DDR vor den westdeutschen Militaristen
schützen“ muß. Als er gar die
Parole des MSB SPARTAKUS: „Stoppt
Strauß, Barzel, Springer und ihre Hilfs-

truppen an den Hochschulen“ zitiert, wird
er von dreiminütigem Beifall unterbro-
chen.

Es ist hier nicht möglich, das ganze Spek-
trum rechter RCDS-Demagogie wiederzu-
geben, das an diesem Tage im Hamburger
Audimax schillerte. Doch gelang der Lö-
wenthal-Gruppe, und das ist von Bedeu-
tung, nicht eine Sekunde lang, die anwe-
senden Studenten zu verunsichern und mit
Hilfe des Antikommunismus einen Spalt
zwischen die anwesenden demokratischen
Studenten und den MSB SPARTAKUS zu
treiben.

Kimmich wird von Langguth abgelöst.
Fast eine halbe Stunde lang beteuert er,
daß der „RCDS der einzige demokratische
Studentenverband“ sei. Sein Vorschlag
für die Beseitigung der Bildungsmisere:
Bildungssteuer zu Lasten der arbeitenden
Bevölkerung. Die Forderung des MSB
SPARTAKUS: „Mehr Geld für die Bil-
dung — Runter mit der Rüstung“. Und

Langguth meint: „Die politische Position des Spartakus ist eine antidemokratische, freiheitsgefährdende und von daher reaktionäre Position“. Er erntet nur Gelächter.



Die einzige uns bekannte Tätlichkeit während der Veranstaltung: Langguth schlägt dem persönlichen Referenten des Präsidenten der Uni Hamburg, Stück, mehrmals auf die Finger, als dieser ihn auf die Einhaltung der Rednerliste aufmerksam machen will.

Während Langguths Redeschwall wird auch dem letzten im Saale deutlich, daß diese Veranstaltung nicht etwa der sachlichen Auseinandersetzung mit den politischen Zielen des MSB SPARTAKUS, sondern der Provokation aller demokratischen Studenten dienen soll. Die Unruhe unter den Anwesenden wächst. Um jedoch die vom RCDS eingeplanten Tätigkeiten mit den bezahlten Schlägertrupps zu vermeiden, agitieren Spartakisten für den Auszug aus dem Audimax und die Veranstaltung eines „RCDS-Tribunals“ in einem anderen Hörsaal.

Diskussion erzwungen

Die große Mehrheit der Anwesenden folgt diesem Vorschlag, und aufgrund des fast leeren Audimax ist der RCDS gezwungen, die Diskussion zuzulassen. Damit ist das Ziel des Auszugs erreicht und die Studenten kehren geschlossen zurück. Zwei Mitglieder des MSB SPARTAKUS und der AStA-Vorsitzende Homfeld (SHB) nehmen zu den Verleumdungen des RCDS Stellung. Michael Platte (MSB): „Je geschlossener die Masse der Studenten hinter ihren Forderungen steht, je intensiver die Zusammenarbeit mit den Interessenverbänden der Werktätigen, den Gewerkschaften wird, um so unruhiger werden die Herrschenden, um so wütender schlagen sie auf jede demokratische Regung ein.“ Die Gewerkschaftliche Orientierung des demokratischen Kampfes der Studenten, sagt er weiter, „macht den Herrschenden Unruhe, und der RCDS als Anhänger der CDU/CSU wird vorgeschnickt, um mit antikommunistischen Parolen einen Keil zwischen die Studentenschaft zu treiben, die immer mehr erkannt

hat, daß die Durchsetzung ihrer Interessen davon abhängig ist, daß sie sich sowohl im studentischen Massenkampf zusammenschließt, als auch ihren Platz an der Seite der Organisationen der Arbeiterklasse findet.“ Er wird von stürmischem Beifall unterbrochen. Seine weiteren Ausführungen machen deutlich, daß der RCDS fest in der Tradition der Kräfte steht, die seit Bestehen der BRD mit der Remilitarisierung, mit dem Verbot der KPD, den Notstandsgesetzen und heute mit der Politik der Berufsverbote die demokratischen Rechte systematisch aushöhlen und abbauen.

Nachdem sich das Blatt gewendet hat, der RCDS in die Enge getrieben ist, soll ein bestellter Provokateur die letzten Kastanien aus dem Feuer holen. „Ich schäme mich für alle Linken“, sagt dieser Herr, und keine bürgerliche Zeitung vergißt, ihn zu zitieren.

Danach ein langatmiges Schlußwort von Langguth. Noch einmal übelste Beschimpfungen gegen die demokratische Studentenbewegung — und einige Ultra-linke, die auf die Provokationen hereinfallen; sie werfen mit Tomaten. Langguth: „Werfen Sie doch ruhig weiter, dann entlarven Sie sich noch richtig! Bitte, Sie haben die Möglichkeit dazu, wir stehen hier frei in Ihrem Visier! — und im Visier der Löwenthal-Kameras!

Endlich ist Langguth fertig, die letzten Bilder sind gedreht. Er hebt den Arm, um die letzte Regieanweisung zu geben: Ton aus! Kamera aus!



Als sich einige Studenten provozieren lassen mit den Füßen gegen die Barrikaden zu stampfen, tritt Langguths Saalschutz in Aktion.

Die anwesenden Studenten beschließen jedoch noch eine Resolution, in der das provokatorische und demagogische Vorgehen des RCDS verurteilt und zur Wahl demokratischer Hochschulgruppen bei den anstehenden Wahlen zum Studentenparlament aufgefordert wird. (6 Gegenstimmen und einige Enthaltungen)

Die vom Hamburger Spartakus herausgegebene DOKUMENTATION über das „Spartakus-Tribunal“ (40 Seiten; Bericht, Presseausschnitte, mit der ungekürzten Wiedergabe des Tonbandmitschnittes) ist zum Preis von DM 1,— (plus —,50 Drucksachengebühr) zu bestellen bei: Georg-Büchner-Club, 2 Hamburg 13, Bundesstraße 18)

**Wenn Sie
eine Zeitung
suchen,**

**die keine
nationalistischen
Illusionen
nährt —
die für
Verständigung
und Abrüstung,
für Demokratie
und Fortschritt
eintritt —
die eine
Wirtschafts-
und Sozialpolitik
fordert,
die sich an den
Bedürfnissen
der Bevölkerung
und nicht an den
Interessen
des Großkapitals
orientiert —
dann müssen Sie die
Deutsche
Volkszeitung
kennenlernen!**

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 - Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei -

Bemerkungen zum Verhältnis von revolutionärem Kampf und gewerkschaftlicher Orientierung

Auf der 24. o.MV des vds hat ein Bündnis verschiedener links- bzw. rechtsopportunistischer Gruppen, das sich aus der negativen Abgrenzung von der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung konstituierte, die Verabschiedung eines von SHB und Spartakus-ASTen vorgelegten Programms verhindert. Wenn auf der MV auch nur dürftige Einwände gegen dieses Programm vorgetragen wurden, wollen wir uns doch mit einigen Kritikpunkten auseinandersetzen. Dabei beschäftigen wir uns nicht mit der typisch bürgerlichen Methode der Linkssektierer, SHB und Spartakus bestimmte Forderungen und ihre argumentative Begründung zu unterstellen (Beispiel: die Forderung nach einem Studentengehalt sei Kernstück der gewerkschaftlichen Orientierung), um sie dann als falsch zu entlarven. Uns geht es um die Klärung einiger Probleme des Verhältnisses von MSB Spartakus zur gewerkschaftlichen Orientierung.

Auf der vds-MV wurde dem MSB der merkwürdige Vorwurf des Massenopportunitismus gemacht. Darunter soll verstanden werden, daß der MSB Spartakus a) den vds als Massenorganisation vorschiebe, sich hinter ihm verstecke, um dann quasi subversiv die ideologische Vereinheitlichung der Studentenbewegung auf der Basis seiner Strategie voranzutreiben; b) an die „spontanen Interessen“ der Studenten anknüpfe.

Wir brauchen uns nicht aufzuhalten bei solch offensichtlichen Lügen (die als Beleg für den ersten Punkt angefügt wurden), die besagen, der Spartakus habe zum Hochschulrahmengesetz kein eigenes Aktionsprogramm vorgelegt, sondern nur der vds. Denn auch den Freunden von der ultralinken Seite dürfte nicht entgangen sein, daß der MSB Spartakus in dem Aufruf der 3. Bundesvorstandstagung ein eigenes Aktionsprogramm entwickelt hat.

Es geht vielmehr um die Fragen:

Welchen Charakter haben unserer Meinung nach ASTA, Fachschaften und der vds?

Welches sind die Prinzipien unserer Bündnispolitik?

In welchem Verhältnis stehen MSB-Politik und gewerkschaftliche Orientierung?

Wir wollen uns auch nicht über die Begriffskonfusion der Ultralinken mokieren. „Spontane Interessen“ gibt es – zumindest in der marxistischen Terminologie – nicht. Gemeint könnte sein: zum einen das Anknüpfen an spontane Äußerungen der Studenten, resultierend aus ihrer objektiven Lage, zum anderen, die Vertretung ihrer materiellen und Ausbildungsinteressen. Beides soll reaktionär-ständische Politik bedeuten. Dies gilt es also genauer zu untersuchen.

Wie verhält es sich mit dem spontanen Kampf der Studenten? Darf man ihre materiellen Interessen aufgreifen? Die folgenden Ausführungen stellen im wesentlichen eine Zusammenfassung der Argumente des Spartakus auf diese Fragen dar, sie sollen dazu beitragen, die Aufgaben des MSB Spartakus in der demokratischen Studentenbewegung zu präzisieren.

I. Der spontane Kampf der Studenten

„Überfüllung und miserable Studienbedingungen, Bildungsprivileg und numerus clausus, Schmalspurausbildung und Prüfungsdruck, unzureichende Ausbildungsförderung, die Entwicklung von Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft, reaktionäre Lehrinhalte und die Degradierung zur Untertanenfabrik, so ist die Lage an unseren Hoch- und Fachhochschulen.“ (Grundsetzerklärung)

Diese Mißstände als Ausdruck und Erscheinungsform der sich verschärfenden Widersprüche, in die sich das staatsmonopolistische System immer tiefer verstrickt, sind die Triebkraft des studentischen Massenkampfes. Die Empörung über den Leistungsdruck und die autoritären Strukturen an der Hochschule, die Konfrontation des eingepaukten Ideals vom „freien Westen“ mit der imperialistischen Realität, führte zum ersten spontanen Aufbrechen der Studentenbewegung, die in Ansätzen durchaus die Situation der Hochschule als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Machtkonstellationen begriff.

Die relative Unterinvestition im Bildungsbereich ist charakteristisch für die spätkapitalistische Gesellschaft, in der aufgrund des Profitmechanismus – entgegen den objektiven Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nach qualifizierten Arbeitskräften – das Monopol als Gewaltverhältnis in der Weise wirksam wird, daß die Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf dem Rücken der Auszubildenden und der Arbeiterklasse ausgetragen wird, d. h. daß die notwendigen Investitionen – soweit möglich – aus dem Steueraufkommen der

arbeitenden Bevölkerung getätigt werden und Ausbildungsziele verfolgt werden, die den kurzfristigen Verwertungsinteressen des Kapitals entsprechen und eben nicht die Interessen der Studenten nach einer breiten Grundlagenqualifikation erfüllt, einer Qualifikation, die sie in die Lage versetze, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt aktiv zu gestalten.

Die Ausbildungsorganisation ist gekennzeichnet durch autoritäre Strukturen, die notwendiger Bestandteil eines Systems sind, das auf der Herrschaftsausübung einer kleinen Produktionsmittel besitzenden Minderheit über die Masse der lohnabhängigen Arbeitenden beruht. Der Ausbau des autoritären Herrschaftsapparates, antikommunistische Ideologie und politische Repressionen werden um so erforderlicher, als die den Interessen der Masse der Bevölkerung entsprechende Gesellschaftsformation und deren Ideologie an Attraktivität und Einfluß gewinnt, was durch die wachsende Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft und durch das wachsende klassenkämpferische Bewußtsein der Arbeiterklasse geschieht.

Die ersten spontanen Kampfesäußerungen der Studenten als in ihrer Mehrheit perspektivisch lohnabhängige trugen und tragen somit objektiv antimonopolistischen Charakter, auch wenn sie als spontane Kämpfe den Schleier bürgerlicher Ideologie noch nicht durchbrechen.

Auch wenn die Studenten im spontanen Kampf noch keine oder keine vollständige Klarheit über den wirklichen Gegner besitzen, richtet sich ihr Kampf doch gegen Erscheinungsformen des imperialistischen Systems. Insofern ist die Spontaneität die Keimform des bewußten antimonopolistischen Kampfes. Also müssen Sozialisten an diese spontanen Bewegungen der Studenten anknüpfen. Alles andere wäre Voluntarismus. Man kann nicht, wie eifrig es einige Ultralinke auch zu tun gedenken, eine lupenreine revolutionäre Bewegung einfach in die Welt setzen. Doch es war von jeher ein Kennzeichen der Anhänger der revolutionären Phrase, unfähig zu sein, an die bestehende Bewegung der Arbeiter, der vom Monopolkapital Ausgebeuteten anzuknüpfen. Demgegenüber betont der Marxismus:

„Sie (die Kommunisten) stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modellieren wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben ... andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“ (Marx/Engels, Kommunistisches Manifest)

II. Der objektiv antimonopolistische Charakter des studentischen Kampfes

Die Fortentwicklung der Produktivkräfte schafft die objektive Möglichkeit und Notwendigkeit des Bündnisses aller nichtmonopolistischen Klassen und Schichten. Sie bildet die Ursache der Strukturveränderungen innerhalb der Arbeiterklasse und die Erweiterung der lohnabhängigen arbeitenden Bevölkerung z. B. um weite Teile der Intelligenz. Beides eröffnet für die Mehrheit der Studenten die Perspektive des gemeinsamen Kampfes an der Seite der Arbeiterklasse.

Dabei sind die Strukturveränderungen, die sich im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die klassenmäßige Zuordnung der Intelligenz ergeben – und die somit auf die Situation und Bewußtseinslage der Studenten rückwirken – nur in-

sofern für die Konzeptionierung des studentischen Massenkampfes relevant, als sie die objektive Voraussetzung zum Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten schaffen.

Schon die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben der Entwicklung des subjektiven Faktors durch den Kampf so hervorragende Bedeutung beigemessen, daß sie es als konstitutiv für den Klassenbegriff heraussielten. So spricht z.B. Marx von der „Klasse gegenüber dem Kapital“, die sich „in dem Kampf“ als „Klasse für sich selbst“ konstituiert. (MEW 4, S. 180); oder Lenin: „Klasse ist ein Begriff, der sich im Kampf und in der Entwicklung herausbildet... Karl Marx kämpfte vor allen Dingen gegen den alten utopischen Sozialismus und forderte, daß sich die Klasse auf dem Boden des Klassenkampfes entwickelt und daß man ihren Reifeprozeß fördern muß.“ (Lenin, Werke, Bd. 30, S. 505 f.)

Um zusammenzufassen: Die Frage, welche Teile der lohnabhängigen Intelligenz direkt der Arbeiterklasse zuzurechnen sind oder welche sich im Prozeß der Proletarisierung befinden, ist insofern nicht prinzipieller Natur, als sie im Prozeß der historischen Entfaltung der Klassenkämpfe immer wieder neu formuliert werden muß und über die Einbeziehung der lohnabhängigen Intelligenz letztlich der Verlauf des Klassenkampfes selbst entscheidet. (Vgl. H. Schütte, Thesen zur gew. Orientierung, marburger blätter 7/71)

Die Interessen der Studenten entwickeln sich aus ihrer Studien- und Lebenssituation, die deshalb auch als erstes im Entwurf einer Hauptresolution zur 24. o. vds-MV – eingebracht von SHB und SPARTAKUS – gekennzeichnet ist als „durch weitere materielle Verschlechterung und wachsende Unsicherheit der Berufsperspektive, durch verschärzte politische Repressionen“, als Ausdruck des antagonistischen Widerspruchs von Monopolbourgeoisie und Studenten, hervorgerufen durch die Bewältigung der WtR unter staatsmonopolistischen Bedingungen.

Die Studenten führen den Kampf um bessere Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft zum einen „gegen materielle Verschlechterung“, um Bedingungen, die ihnen ein gesichertes Studium gewährleisten wie Ausbildungsförderung, Wohnraum, Lehrpersonal, Seminar- und Laborräume und gegen die „wachsende Unsicherheit der Berufsperspektive“ um eine qualifizierte Ausbildung, die sie in die Lage versetzt, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt aktiv mitzugestalten.

Die Studenten in diesem Kampf um ihre unmittelbaren materiellen Interessen zu führen bedeutet bereits einen großen Schritt vorwärts in der „Überwindung des bornierten bürgerlichen Akademismus“ (Grundsatzverklärung), denn „die soziale Herkunft eines großen Teils der Studenten, ihre Ideologie vom sozialen Aufstieg, der sie im Beruf für den ihnen in der Ausbildung aufgerlegten Konsumverzicht entschädigen soll, ist eine wesentliche Ursache, die die Studenten daran hindert, für ihre unmittelbaren Interessen einzutreten.“ (Schütte, a. a. O., S. 5) Und in diesen Auseinandersetzungen gilt es, die Studenten aufzuklären über die Ursache ihrer sozialen Unsicherheit und über die Möglichkeiten ihrer Beseitigung, d. h. es gilt, ihre Aufstiegsidologie zu zerstören und ein ihrer perspektivischen sozialökonomischen Lage adäquates Bewußtsein zu entwickeln.

Der Kampf der Studenten als in ihrer Mehrheit perspektivisch lohnabhängig Arbeitende um eine qualifizierte Berufsausbildung ist noch materieller, aber durchaus kein ständischer Kampf, denn „wie die Studenten für mehr Chancengleichheit durch Verbesserung der Ausbildungsförderung und für eine inhaltliche Reform der Ausbildung, die bessere Voraussetzungen für die Sicherung der Arbeitsplätze schaffte, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dient, eintreten, so kämpfen auch die Lehrlinge und jungen Arbeiter in den Betrieben für materielle Verbesserung und für ein Ausbildungssystem, das ihnen eine höhere Qualifikation ermöglicht.“ (Hauptresolution)

Dabei werden sie mit dem Monopolkapital und seinem Staat konfrontiert, der aus seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten heraus nicht für eine qualifizierte Ausbildung sorgen kann. Die Kosten für die soziale Sicherung der Ausbildung werden aufgrund des Profitmechanismus nur zu einem begrenzten Teil von den Monopolen aufgebracht und können auch nur bis zu einem gewissen Punkt aus dem Steueraufkommen der werktätigen Bevölkerung gepreßt werden. Allerdings können in der Forderung nach qualifizierter Berufsausbildung nicht-antagonistische Interessenwidersprüche zwischen den Auszubildenden und der arbeitenden Bevölkerung auftreten, dann nämlich, wenn die herrschende Klasse diese Forderung partiell aus ihrem eigenen Interesse an qualifizierten Arbeitskräften aufgreift und sie verbindet mit Finanzierungsplänen durch eine Bildungssteuer oder ähnlichem. Diese Interessenwidersprüche jedoch werden durch das Einwirken von Sozialisten auf die Stoßrichtung und den Charakter der Forderungen aufgehoben, indem diesen in gemeinsamem Kampf mit der

Arbeiterklasse eine antimonopolistische Stoßrichtung gegeben wird.

Wer jedoch glaubt, den Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Studenten vernachlässigen (siehe Sozialistische Fraktion: Sozialpolitik als flankierende Maßnahme) oder gar negieren zu können, der hat längst vor dem Opportunismus oder noch schlimmer, der rechten Demagogie, kapituliert.

Ohne Zweifel gibt es die Gefahr, daß studentische Forderungen gegen die Interessen der Arbeiterklasse ausgespielt werden. Ohne Zweifel ist es sehr schwierig, aufgrund ihrer sozialen Lage und ihres Bewußtseinsstandes – Faktoren, die eher zu individuellen Lösungen als zu kollektivem Handeln drängen – Massenbewegungen der Studenten für ihre materiellen Interessen zu initiieren. Dennoch halten wir an einer Binsenweisheit des Marxismus fest: Der Kampf um die Durchsetzung ökonomischer Forderungen ist den Massen am leichtesten begreiflich; er bringt am ehesten breite Massen der antimonopolistischen Schichten in Bewegung. Wenn auch die Studentenbewegung – zumindest subjektiv – nicht wie die Arbeiterbewegung ihren Anfang mit dem ökonomischen Kampf nahm, gilt auch für die Studenten, daß ihr Kampf nur stabilisiert und verbreitert werden kann, wenn sie ihre materiellen Interessen zu erkennen und zu vertreten lernen. Die Aktionen der Studenten gegen das BAFÖG, gegen miserable Studienbedingungen, gegen Schmalspurstudienlehrgänge zeigen an, daß in Zukunft von der materiellen Interessenvertretung stark der Erfolg der höheren Formen des Klassenkampfes abhängen wird.

Kampf um demokratische Rechte, Erziehung der Massen

Der Kampf um eine qualifizierte Berufsausbildung trägt Momente des ideologischen Kampfes in sich, da er nicht allein längere oder kürzere Ausbildung zum Gegenstand hat, sondern immer zugleich auch die Frage der Ausbildungs-, der Wissenschaftsinhalte berührt. Das subjektive Erkenntnisinteresse der Studenten drängt nach Durchdringung der Einzelwissenschaft, Erkenntnis des eigenen gesellschaftlichen Standorts und der gesellschaftlichen Zusammenhänge. Dieses Erkenntnisinteresse wird sowohl durch Studienorganisation, Studienzeitbegrenzung und



Aus der „Jugendzeit“ der demokratischen Massenbewegung: Gründungsversammlung der „Kritischen Universität“ in West-Berlin 1967.

Leistungsdruck als auch durch die Ausbildungsinhalte selbst gehemmt, da die bürgerliche Wissenschaft lediglich in der Lage ist, atomisierte Einzelwissenschaft zu reproduzieren.

In der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft die marxistische Alternative zu entwickeln, ist deshalb wesentliche Aufgabe von Marxisten an der Hochschule, den Studenten den Marxismus eben nicht abstrakt zu proklamieren, sondern sowohl aus ihren Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz zu entwickeln als auch politische Auseinandersetzungen aufgrund marxistischer Analysen zu führen und so bei den Studenten die Kampfbereitschaft zur Verankerung des wissenschaftlichen Sozialismus an der Hochschule zu wecken. Die Auseinandersetzungen zwischen beiden Wissenschaften besitzt zugleich Ideologiefunktion für die an ihr teilnehmenden Studenten, da sie ihnen die wissenschaftliche wie praktisch-politische Perspektive an der Seite der Arbeiterklasse aufweist.

Die marxistische Durchdringung der Einzelwissenschaft stellt sich als Aufgabe um so dringender, als „die Frage nach den Wissenschaftsinhalten gegenwärtig quasi instinktiv materialistisch beantwortet wird“ nicht als irgendwie geartetes Zufallsprodukt, sondern als Ausdruck der Stärke der wissenschaftlichen Ideologie der Arbeiterklasse und Widerspiegelung der sozialen Prozesse, denen die Intelligenz momentan unterliegt. (Vgl. K. Naumann, Marx an die Uni, mb 1/72) Dieser Drang zur materialistischen Beantwortung der noch spontanen Kritik der Studenten spiegelt sich natürlich äußerst widersprüchlich in der Rezeption diverser sektiererischer, revisionistischer und linkssozialdemokratischer Ideologien wider, was ebenfalls Ausdruck des noch nicht überwundenen bürgerlichen Bewußtseins, der Übergangssituation der Studenten an der Hochschule, der geringen Kampferfahrungen und der mangelnden Verbindung mit der Arbeiterklasse ist. Im Kampf um eine qualifizierte Ausbildung, die einerseits die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft verbessert, andererseits „dem gesellschaftlichen Fortschritt dient“ (Hauptresolution) und mit marxistischen Inhalten versehen ist, können Widersprüche derart auftreten, daß eine gesellschaftskritische Ausbildung den Verkauf der Arbeitskraft erschweren kann. Bewußt gemacht wird dieser Widerspruch im politisch-ideologischen Kampf, in dem die Studenten den Widerspruch als Ausdruck der Hemmung der Entfaltung der menschlichen Produktivkraft durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse einzuschätzen lernen und erkennen, daß Veränderungen ihrer Situation nur möglich sind durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse.

Die besondere Bedeutung des ideologischen Kampfes an den Hochschulen ergibt sich aus der spezifischen Situation der Studenten: besteht doch ihre Aufgabe darin, als qualifizierte Ideologenträger für die Bourgeoisie zu agieren. Diese besonders intensive Konfrontation mit der bürgerlichen Ideologie führt ande-



Ein erster Höhepunkt des antikapitalistischen Kampfes der Studenten in der BRD war die Vietnam-Demonstration im Rahmen des Kongresses 1968 in West-Berlin.

rerseits zu günstigen Anknüpfungspunkten für Marxisten in der ideologiekritischen Auseinandersetzung. Der ideologische Kampf kann jedoch aus der Kritik der bürgerlichen Ideologie nicht zu klassenkämpferischen Positionen gelangen, ohne die politische Analyse der gesellschaftlichen Machtkonstellationen und ohne die Verbindung mit dem praktisch-politischen Kampf der Arbeiterklasse.

Grundzug des politisch-ideologischen Kampfes ist, die Erscheinungsformen des Drangs des Monopols „zur politischen Reaktion auf der ganzen Linie“ auf sein Wesen zurückzuführen. Gernade bei Studenten bestehen noch starke Illusionen über den Charakter des Staates, deren Verfestigung noch dadurch begünstigt wird, daß sie an der Hochschule nicht direkt den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit erfahren; vielmehr ist der Adressat ihrer Forderungen der Staat. Dieser tritt ihnen als autoritärer Herrschaftsmechanismus entgegen und die aufbrechenden Interessengegensätze erscheinen an der Oberfläche als Widerspruch zwischen demokratischem Anspruch und autoritärer Bürokratie, ohne die zugrundeliegenden Interessen als antagonistische Klasseninteressen offenzulegen. Wesentlich ist deshalb, die Dialektik von Herrschaftsformen und Herrschaftsinhalten freizusetzen, denn wenn der Kampf gegen autoritäre Herrschaftsformen nicht hingeführt wird zum Kampf gegen das gesellschaftliche Verhältnis, welches eben diese Herrschaftsformen notwendig produziert, können Kämpfe gegen die Art der Herrschaftsausübung des Staates zur Modernisierung des Systems, zur Beseitigung der das System selbst hemmenden Herrschaftsformen umgelenkt werden. Die Kämpfe der Studenten haben sich jedoch

nicht nur an den Herrschaftsformen im Inneren entzündet, sondern gleichfalls an der Ausraubung und Unterdrückung der unterentwickelt gehaltenen Länder durch die imperialistischen Staaten; dem liegt die Erfahrung – wenn auch noch nicht Zurückführung auf die Bewegungsgesetze der imperialistischen Wirklichkeit – zugrunde, daß „sowohl in der Außenpolitik wie auch gleichermaßen in der Innenpolitik der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion strebt. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus Negation der Demokratie überhaupt der ganzen Demokratie ist, keinesfalls aber nur einer demokratischen Forderung...“ (Lenin, Werke, Bd. 23, S. 34).

Aus dem Wesen des Monopols als politischer Reaktion nun geradlinig abzuleiten, daß die Erkämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten im Kapitalismus unmöglich sei, wäre allerdings kurzsichtig. Vielmehr ist dieses System gezwungen, um sich selbst zu erhalten, auf die Bewegung der nichtmonopolistischen Klassen und Schichten einzugehen, natürlich mit dem Zweck, sie zu integrieren und somit seine politische Herrschaft zu sichern. Die Erfolge der Kämpfe um demokratische Rechte und Freiheiten messen sich nicht abstrakt an der Entwicklung des Bewußtseins der Kämpfenden, sondern auch an ihrer Materialisierung in Form von Gesetzesänderungen, Schaffung demokratischer Kontrollorgane etc. Die Fähigkeit der demokratischen Bewegung, der Bourgeoisie demokratische Rechte und Freiheiten abzuringen, ist ein wichtiger Maßstab der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Monopolbourgeoisie. „Die ganze Demokratie besteht in der Proklamierung von Rechten, die im Kapitalismus nur sehr begrenzt und sehr bedingt realisiert werden können, ohne diese Proklamierung aber und ohne den unmittelbaren, sofortigen Kampf um diese Rechte, ohne die Erziehung der Massen im Sinne eines solchen Kampfes ist der Sozialismus unmöglich.“ (Lenin, Werke, Bd. 23, S. 69)

Durch demokratische Reformen kann die Klassenunterdrückung nicht beseitigt werden, auch mit ihnen bleibt „die moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisiekasse verwaltet“. (MEW, 4, S. 464) Aber sie sind dazu angetan, „den Klassenkampf reiner, breiter, offener, schärfer (zu gestalten) und das ist es, was wir brauchen.“ (Lenin, Bd. 23, S. 68)

Einmal ist der Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten Bestandteil und Schule im politischen Klassenkampf, in dem die Beteiligten die Stärke und Methoden des Gegners einzuschätzen lernen, in dem sie ihre eigenen Kräfte sammeln und vereinheitlichen, zum anderen ist er notwendig zur weiteren Entfaltung der Klassenkämpfe, denn je vollständiger die demokratischen Rechte und Freiheiten verwirklicht sind, desto klarer erkennen die nichtmonopolistischen Klassen und Schichten, daß die Wurzel des Übels nicht eine diffuse Entrechtung ist, sondern die geballte Macht der Monopole und Ihres Staates, und desto bessere Möglichkeiten zur Aufklärung und Massenagitation ist den Revolutionären gegeben.

Um bei den Studenten die Erkenntnis des Zusammenhangs von ökonomischer Basis und politischem Überbau zu fördern, sind deshalb sämtliche Äußerungen der politischen Reaktion aufzugeben, sowohl die nationalen als auch die internationalen. In den Solidaritätsaktionen mit den um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden nationalen Befreiungsbewegungen, in gemeinsamen Aktionen mit der Arbeiterklasse gegen politische Entrechtung, Rechtsentwicklung und Militarismus, für Frieden und Demokratie werden die Schritte herausgearbeitet, die notwendig sind, um bestimmte Zugeständnisse vom Monopolkapital und seinem Staat zu erzwingen und um Gegenmachtpositionen zu begründen und auszubauen. In diesen Kämpfen lernen die Studenten, daß sie – eingereiht in die Bewegungen der Arbeiterklasse – nicht der Willkür der Monopole ausgeliefert sind, sondern daß deren Macht an der Stärke und Organisiertheit der nationalen und internationalen Arbeiterklasse seine Grenzen findet. Sie lernen aber auch gleichzeitig, daß erzwungene Zugeständnisse und Gegenmachtpositionen nur Stufen sein können auf dem Weg zur endgültigen Überwindung der Herrschaft des Monopolkapitals.

Im politischen Kampf also soll die Erkenntnis des Charakters des Staates, der Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse und der Überwindung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems entwickelt werden.

III. Die Einheit des Kampfes

Diese Erkenntnis der Notwendigkeit zur revolutionären Überwindung des Kapitalismus gewinnen die Studenten nicht automatisch.

Der spontane Kampf der Studenten findet – entsprechend dem spontanen Kampf der Arbeiterklasse – seine Grenzen in der der

sozialen Situation adäquaten Bewußtseinsentwicklung. Die ständige Reproduktion des Kapitalverhältnisses als Grundlage des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist die sozio-ökonomische Basis dafür, daß die im Kapitalismus ablaufenden Bewußtseinsprozesse nicht den gesellschaftlichen Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft überwinden, oder: da sich im Schoße des Kapitalismus keine sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickeln, kann sich auch spontan kein ihnen adäquates Bewußtsein herausbilden.

Aber in der subjektiven Erkennbarkeit der Klassensituation kennt der lebendig-dialektische Geschichtsprozeß keine Schranken. Neben der proletarischen Bewegung entsteht und entwickelt sich auf der Grundlage der gesellschaftlichen Produktion und der Ergebnisse der Wissenschaften der theoretische Ausdruck der proletarischen Bewegung, der wissenschaftliche Sozialismus/Kommunismus. Er ist nicht spontanes Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes, sondern Resultat wissenschaftlicher Erkenntnis historischer Gesetzmäßigkeiten.

Die vorhandenen Grenzen des spontanen Kampfes zu sprengen und zum bewußten, planmäßigen Kampf gegen das Monopolkapital und seinen Staat anzuleiten, „den Kampf an der Hochschule mit dem sozialen und politischen Gegenwartskampf überhaupt und dem Kampf um den Sozialismus“ (Grundsatzerkundung) zu verbinden, ist Hauptaufgabe marxistischer Hochschulpolitik. Dabei sind die materiellen, politischen und ideologischen Konflikte der Studenten aufzugreifen und zum einheitlichen – eben ökonomischen, politischen und ideologischen – Kampf zu führen.

Die Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes ergibt sich aus dem Charakter des kapitalistischen Herrschaftssystems selbst. In ihm wird die werktätige Bevölkerung nicht nur ausgebeutet, sondern auch politisch entreicht und ideologisch überfremdet. Die Beseitigung der Herrschaft des Monopolkapitals und seines Staates setzt deshalb den Kampf gegen jegliche Art von Unterdrückung und Entreichtung voraus.



Der ökonomische Kampf findet seine bestimmte Grenze darin, – daß er die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeuterordnung nicht antastet,

– daß Erfolge des ökonomischen Kampfes auf Dauer nur durch politische Errungenschaften abgesichert werden können. Denn die Bourgeoisie wird ökonomische Zugeständnisse immer rückgängig zu machen versuchen: durch Preiserhöhungen, durch steuerliche Umverteilung über den Staatshaushalt usw. Dadurch erfahren die Arbeiter, daß sie einen politischen Kampf führen müssen, den Kampf um Mitbestimmung und Kontrolle in den Betrieben, um Einfluß auf die Staatsangelegenheiten.

Schon Engels arbeitete die Notwendigkeit dieses einheitlichen Kampfes heraus, indem er über die deutsche Arbeiterbewegung schrieb: „Zum erstenmal, seit die Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen den Kapitalisten) – in Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriff liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung.“ (MEW 18, S. 516 f.)

Konnten andere Klassen – soweit ihre Emanzipationsbestrebungen überhaupt eine historische Perspektive auswiesen – gewissermaßen in die Existenzbedingungen ihrer politischen Herrschaft hinüberwachsen, indem ihre politische Herrschaftsübernahme das Resultat bereits erworbener ökonomischer Positionen darstellte, muß die Arbeiterklasse aufgrund ihrer absoluten Trennung von den Produktionsmitteln den umgekehrten Weg gehen: „Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden Produk-

tionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihren bisherigen Kapitaleigenschaft...“ (MEW 19, S. 228) Und zu diesem Sturz der bürgerlichen Herrschaft und zum Aufbau des Sozialismus muß die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner durch den umfassenden Klassenkampf befähigt werden.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus verlebten sich auch objektiv die Momente des einheitlichen Kampfes immer enger. Im ökonomischen Kampf als Lohnkampf z. B. werden die Arbeiter konfrontiert mit staatlichen Lohnleitlinien, staatlichen Schlichtungskommissionen, d. h., er muß verbunden werden mit der politisch-ideologischen Aufklärung über den Charakter des Staates und der Zerstörung der Sozialpartnerschaftsideologie: „Die Grundregel, das erste Gebot jeder Gewerkschaftsbewegung lautet: Verlaß dich nicht auf den ‚Staat‘, verlaß dich nur auf die Kraft deiner Klasse. Der Staat ist die Organisation der herrschenden Klasse.“ (Lenin, Werke, Bd. 25, S. 119)

IV. Demokratischer Massenkampf auf der Basis gewerkschaftlicher Orientierung

Die Verbindung der drei Seiten des Kampfes ist die Aufgabe des Spartakus als marxistischer Organisation, der mittels der marxistischen Theorie und durch seine Verankerung in den praktischen Kämpfen in der Lage ist, die unmittelbaren Interessen der Studenten aufzugreifen und im Kampf zu vermitteln mit ihren weiterführenden Interessen an der Abschaffung des kapitalistischen Systems.

Spartakus entwickelt ein Konzept des Massenkampfes, das ausgeht von den konkreten Bedürfnissen und Forderungen der Studenten, das in jedem Entwicklungsstadium das Niveau und den unvermeidlichen Lernprozeß der studentischen Massen einkalkuliert und das die Masse der Studenten trotz unterschiedlicher politischer und ideologischer Auffassungen im Kampf gegen das Monopolkapital vereinigen kann.

Diesen Anforderungen entspricht die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die daher Bestandteil der Politik des Spartakus ist und deren wesentliche Inhalte noch einmal in dem Hauptresolutionsentwurf zusammengefaßt sind. In ihrem bereits zitierten Einleitungssatz sind die Ausgangspunkte des Kampfes bekannt, nämlich „materielle Verschlechterung“, „wachsende Unsicherheit der Berufsperspektive“ und „verschärftete politische Repressionen“. „In den Aktionen gegen das BaFöG, HRG, gegen die Berufsverbote wurde vielen Studenten deutlich, daß Bildungsnotstand und politische Repressionen aus den gesellschaftlichen Machtverhältnissen in der BRD entspringen und daß man deshalb das Bündnis mit allen Fortschrittlichen Kräften auch außerhalb der Hochschule suchen muß.“ Es wird herausgearbeitet, daß „Monopolherrschaft... jedoch nicht nur Ausplündierung und Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung“ bedeutet, sondern auch „Aggression und neokolonialistische Ausbeutung nach außen“. Daraus resultiert für den Kampf der Studenten: „Das gemeinsame Interesse, die Macht der Monopole zurückzudrängen, Frieden und Demokratie zu verteidigen, verbindet die Studenten mit der arbeitenden Bevölkerung der BRD. Das gemeinsame Interesse an Frieden und Entspannung und an der Zurückdrängung des Imperialismus verbindet sie aber auch mit den Studenten anderer Länder, die an der Seite ihrer Völker für Frieden und Zusammenarbeit, gegen Imperialismus und Kolonialismus kämpfen.“

Hiermit ist eine Plattform für den studentischen Massenkampf entwickelt, die über den ökonomischen Kampf hinausgeht und Momente des politischen und ideologischen Kampfes in sich vereint.

Das Programm der SHB und MSB-ASten stellt eine Bündnisplattform dar, die geeignet ist, unterschiedliche politisch-ideologische Strömungen zum Kampf gegen das Monopolkapital zu vereinigen. In ihm werden aus einer konkreten Analyse der objektiven Aufgaben und des subjektiven Erkenntnisstandes derer, die diese Aufgaben lösen müssen, die nächstliegenden Ziele für die demokratische Bewegung der Studenten formuliert: bspw. der Kampf gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote, der Kampf für eine demokratische Studienreform, für die Zurückdrängung von Militarismus und Reaktion.

Dieses Programm ist nicht eklektisch nach dem Gesichtspunkt formaler Mehrheiten in der vds-MV zusammengesucht. Es versucht für den Kampf der Studenten gegen den gemeinsamen Gegner eine gemeinsame politische Grundlage anzugeben, von der aus die entscheidenden politischen Aufgaben vom vds angegangen werden können.

Im Unterschied zum verwaschenen Bündniskonzept der Sozialistischen Fraktion, nach dem Bündnisse als bloße Summation verschiedener Gruppen erscheinen, gehen wir an die Frage der

Aktionseinheit im vds politisch heran. Ein Bündnis, das die Studenten grundsätzlich desorientiert, wird von uns nicht eingegangen:

So ist z. B. ein Bündnis sehr schwierig mit jenen Gruppen, die in idealistisch-aufklärerischer Weise meinen, man müsse die Reformillusionen der Studenten destruieren, man brauche nur ein prächtiges Bild vom Sozialismus zu zeichnen, um die Studenten vom Sozialismus zu überzeugen. Diese Position führt bekanntlich nur zur Resignation und Passivität der Studenten und verbaut die Möglichkeit zu konkreten gemeinsamen Schritten.

So ist z. B. ein Bündnis mit Gruppen sehr schwierig, die die Verträge von Moskau und Warschau bekämpfen und sich damit in dieser Frage auf die Seite der Ultrarechten schlagen. So ist z. B. ein Bündnis sehr schwierig mit denjenigen Gruppen, die die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, mit Hochschulorganisationen wie BAK und WRK ablehnen.

Es sind hier nur einige Kriterien angegeben, nach denen wir die Frage des Bündnisses im vds beurteilen. Die Liste ließe sich anhand einer Diskussion über das vom MSB unterstützte Programm beliebig verlängern.

Für uns ist klar: Grundlage der vds-Politik kann nur ein geschlossenes Programm sein, das die Voraussetzungen dafür bietet, die Massenbasis für den demokratischen Kampf unter den Studenten zu verbreitern, die Studentenbewegung zu vereinheitlichen und an die Arbeiterbewegung heranzuführen. Das schließt nicht aus, im Rahmen dieses Programms zu punktuellen Bündnissen mit verschiedenen Gruppen in dieser oder jener Einzelfrage zu kommen. Hier wird es auch möglich sein, die große Mehrheit der ASten zu vereinigen. Daß diese Möglichkeit in der bisherigen vds-Arbeit nicht genügend genutzt worden ist, muß sicherlich kritisiert werden.

Jedoch nur das Kriterium „Überwiegende Mehrheit der ASten“ zur Grundlage der vds-Politik machen zu wollen, kann bedeuten, den vds zum Torso zu degradieren, ihn zu einer organisatorischen Hülle zu machen, vermittels derer diese oder jene Aktivität koordiniert wird. Damit wäre der vds weitgehend gelähmt, aktionsunfähig. Deshalb ist der Vorwurf unserer ultralinken Gegner, der vds dürfe nicht Politik gegen fast die Hälfte der ASten machen, nichts als unpolitisch-formalistisches Gerede. Es wird der Vorwurf erhoben, wir versuchten über den vds eine ideologische Vereinheitlichung des studentischen Kampfes durchzusetzen. In der Tat streben wir vor allem, um alle Strömungen der fortschrittlichen Studenten im Kampf für ihre demokratischen Rechte zusammenzuführen, eine politische Vereinheitlichung der Studentenbewegung an. Grundlage jeder Aktionseinheit ist für uns, daß die verschiedenen Organisationen ihr eigenständiges Programm formulieren, um dann jeweilige Gemeinsamkeiten festzustellen.

Die Massenorganisationen der Studenten

Bei der Konzentration des Gegners ist die Erfassung und Organisierung der Masse der Studenten, ihre kontinuierliche Einbeziehung in die politische Praxis absolut notwendig. Diese Organisationen müssen a) einen quasi-gewerkschaftlichen Charakter, b) einen möglichst allgemeinen und umfassenden Charakter haben.

Nun finden wir bereits eine gewisse Organisationsstruktur vor: die verfaßte Studentenschaft, d. h. zunächst die ASten. Ursprünglich von den Herrschenden als demokratische Spielwiese und als antikommunistisches Indoctrinationsinstrument den Studenten zugedacht, konnten die ASten und die Fachschaften in den letzten Jahren zu Instrumenten der demokratischen Studentenbewegung entwickelt werden. Deshalb auch die Versuche der herrschenden Klasse, die Organe der verfaßten Studentenschaft zu zerschlagen. Dagegen hilft jedoch kein opportunistisches Preisgeben bereits errungener Positionen. „Wir führen den Abwehrkampf gegen die Liquidierungsversuche der Organe der verfaßten Studentenschaft offensiv, indem wir sie einsetzen als Organe des demokratischen Massenkampfes an der Hochschule.“ (1. Bundeskongress)

Wir möchten dabei unseren linksopportunistischen Freunden widersprechen, die meinen,

– daß die ASten und der vds nur zu bestimmten Zeitpunkten, in bestimmten Situationen von politischen Organisationen und nicht von den Studenten instrumentalisiert werden können,

– daß die ASten und der vds, die Fachschaften von ihren Funktionen und von ihrem Charakter her gar nicht die geeigneten Instrumente sein können, um die Studenten zu organisieren.

Wir verteidigen die Fachschaften und die ASten nicht, weil sie uns das Kapital vorgesetzt hat, sondern weil sie Interessenorgane mit einem höchstgradig allgemeinen Charakter sind. Zwar ist dieser allgemeine, umfassende Charakter der Selbstverwaltungsorgane formal, solange keine Studenten wirklich organisiert sind. Doch ist dies eine Frage, die nicht von den Herrschenden, son-

dern von den Studenten selbst entschieden wird, ob AStA und Fachschaften stellvertretend Interessen für die Studenten wahrnehmen oder ob die verfaßten Organe zu Instrumenten entwickelt werden, derer sich die Masse der Studenten in ihrem antimonopolistischen Kampf bedienen. Fachschaften und AStA bieten die beste Möglichkeit, aufgrund ihres allgemeinen Charakters die Masse der Studenten zu organisieren. Und wenn der kapitalistische Staat diese unabhängigen Interessenorgane nicht mehr materiell und juristisch sanktionieren würde, müßten die fortschrittlichen Studenten gerade solch breite Organisationen erhalten und ausbauen.

Es ist deshalb jetzt eine wichtige Aufgabe, die Selbstverwaltungsorgane der Studenten zu wirklich unabhängigen Massenorganisationen auf einer quasi-gewerkschaftlichen Plattform weiterzuentwickeln.



Denn trotz eines Unbehagens mit ihrer Studiensituation oder Unzufriedenheit mit politischen Entwicklungen organisieren sich Studenten nicht spontan und gradlinig. Vielmehr wirken ihre individuelle Arbeitssituation und der ausgeprägte Konkurrenzdruck gerade kollektiven Handeln entgegen. Die Erfahrung und Einübung kollektiven solidarischen Handelns muß von den Fachschaften dadurch ermöglicht werden, daß sie die am unmittelbarsten erfahrbaren Widersprüche am Arbeitsplatz in Aktionen umsetzen. Eine weitere wesentliche Funktion erhalten sie dadurch, daß unser Gegner seine Formierungspläne eben nicht nur zentral ausarbeiten kann, sondern bis in die Institute und Seminare verwirklichen muß. Allerdings unterläge man einer fatalen Fehleinschätzung zu glauben, daß vereinzelte Kampftruppen an den Instituten einen so hochorganisierten Gegner schlagen könnten. Vielmehr ist seiner Zentralisierung die Organisierung der eigenen Kraft entgegenzusetzen, was durch die ASten und vor allem den vds gegeben ist. Den vds zum inhaltsleeren Koordinator und Geldgeber zu degradieren und ihm das politische Mandat abzuerkennen hieße, ein wesentliches Kampfinstrument den Wünschen der Bourgeoisie zum Opfer zu reichen. Dabei ist unbestritten, daß sich aus dem Charakter des vds als Dachverband fast aller westdeutschen Studentenschaften ergibt, daß sich seine Initiierungs- und Koordinationsfunktion lediglich auf die auf den MVs beschlossenen Grundsätze beziehen kann.

Vorrangige Aufgabe der gewerkschaftlich orientierten Organe muß es sein, die spontanen antimonopolistischen Kampfaktionen der Studenten zu unterstützen, ihnen zu helfen sich in den Tagesfragen (Studienablauf etc.) zurechtzufinden, ihre Forderung an den Staat genauer zu formulieren, bei den Studenten das Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen, ihre Solidarität zu entwickeln. Vorrangige Aufgabe der studentischen Massenorgane ist es, an den elementaren Interessen der Studenten nach materiell abgesichertem Studium, nach qualifizierter Ausbildung anzusetzen und für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte der Studenten zur Durchsetzung ihrer Interessen zu kämpfen.

Die Rolle des MSB Spartakus

Dieser gewerkschaftlich orientierte Kampf ist Bestandteil des allgemeinen Kampfes des MSB für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Durch seine eigenständige Massenarbeit wirkt er

als aktive, mobilisierende und einigende Kraft unter den Studenten. Er versucht allen Verabsolutierungen einzelner Momente des Kampfes, vor allem des ökonomischen Kampfes („denn die trade-unionistische Politik ist eben die bürgerliche Politik der Arbeiterbewegung“) oder des alleinigen, bornierten Hochschulkampfes entgegenzuwirken.

„Um dem Kampf der Studenten Richtung und Ziel zu geben, entwickelt der MSB SPARTAKUS, ausgehend von den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Mehrheit der Studenten, ein Programm der demokratischen Alternative zur Politik des Großkapitals im Wissenschafts- und Ausbildungssektor“, orientiert er die Studenten auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse, als dem revolutionären Subjekt bei der Überwindung des Kapitalismus.

Der MSB Spartakus propagiert unter den Studenten seine weiter-

gehenden revolutionären Ziele, er verbreitet die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus. Er weckt bei den Studenten die Einsicht über die bestehende sozialökonomische Ordnung, ihrer Grundlage und ihrer Entwicklung, über die Existenz von Klassen, ihr Wechselverhältnis und die historischen Aufgaben der Arbeiterklasse. Der MSB Spartakus proklamiert seine sozialistischen Vorstellungen und Ziele. Der MSB hat also gar keinen Grund, sich hinter irgendeiner Institution zu verbergen.

Hinter dem an den MSB Spartakus gerichteten Vorwurf des Massenopportunismus scheint die unausgesprochene Einsicht und Angst zu stecken, der MSB könnte für den vds ein Konzept des Massenkampfes entwickeln, das die studentischen Massen für ihre Interessen mobilisiert und organisiert.

Er kann es.

Frank Deppe auf H 4

Am 14. März berief der Hessische Kultusminister den marxistischen Sozialwissenschaftler Dr. Frank Deppe auf die H-4-Stelle im Fach wissenschaftliche Politik an der Philipps-Universität Marburg. Nach über einem Jahr Kampf gegen die subtile Art durch Verschleppungstaktik, Verleumdungen und politische Denunziation den Berufsverbotsbeschuß der Ministerpräsidentenkonferenz zu praktizieren, bedeutet die

Mit der Forderung „Marx an die Uni — Deppe auf H4!“ haben der MSB Spartakus, DKP, Asta Mbg., Fachschaften und Basisgruppen im Januar 72 eine Kampagne für diese Berufung begonnen. Auf einem Teach-in „Für gewerkschaftliche Orientierung — gegen Wissenschaft im Dienst des Kapitals!“ haben Gewerkschafter, Hochschullehrer und Studenten ihr Interesse an der Berufung von Frank Deppe dargelegt und die 1500 Anwesenden eine Resolution zur sofortigen Berufung angenommen. Der Betriebsrat der Firma Monette in Marburg und der Kreisverband Marburg-Stadt der GEW haben Resolutionen für diese Berufung verabschiedet.

In vielen Fachschaftsvollversammlungen, Basisgruppen und Fachbereichskonferenzen stand der Fall Deppe auf der Tagesordnung.

Bei einer Unterschriftensammlung sind bisher über 4000 Unterschriften eingegangen; darunter haben sich neben Studenten und Hochschullehrern auch nicht-wissenschaftliche Angestellte, Soldaten, Lehrer, Krankenschwestern, Hausfrauen, Arbeiter und Ärzte eingetragen. Im Rahmen dieser Kampagne fanden im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften Agitationstage statt, an denen über das Berufsverbot das Konzept für ein gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium und aktuelle Fragen dieses Fachbereichs diskutiert wurde.

Am Fall Frank Deppe zeigt sich exemplarisch, daß die Auseinandersetzung

Berufung Frank Deppes einen Erfolg des gewerkschaftlich orientierten Kampfes der Marburger Studenten.

Seit Juli 1970 lag die vom Senat der Universität verabschiedete Berufungsliste mit Dr. Frank Deppe auf Platz 1 in Wiesbaden, obwohl laut Hessischen Universitätsgesetz Berufungen einen Monat nach Einreichen der Liste erfolgen sollen!



Prof. Dr. Frank Deppe.

zwischen marxistischer und bürgerlicher Wissenschaft sich nicht allein auf der Ebene des ideologischen Kampfes vollzieht, sondern daß es immer auch um einen politischen Kampf geht. Die politische Seite dieses Falles ist offensichtlich: Die Deppe-Berufung wurde deshalb verschleppt, weil er Marxist ist. Hier ging es noch nicht um ein Berufsverbot für Marxisten wie im Fall Holzer oder Meyer-Ingversen, hier ging es um die Diskriminierung eines marxistischen Wissenschaftlers. Kultusminister Friedeburg hatte selbst zugegeben, daß nicht der Mangel an wissenschaftlicher Qualifikation ihn zum Zaudern bei dieser Berufung veranlaßte.

Wissenschaftlich qualifiziert

Die wissenschaftliche Qualifikation Frank Deppes wurde von niemandem bestritten.

ten. Davon zeugen auch die zahlreichen in- und ausländischen Gutachten namhafter Wissenschaftler. Sowohl die Klarheit seiner Analyse als auch die ungewöhnliche Breite des Spektrums seiner Arbeiten machen seinen hohen wissenschaftlichen Rang aus. Er arbeitete über Probleme der „Dritten Welt“ und des Imperialismus, über Auguste Blanqui und damit über die Geschichte der französischen revolutionären Bewegung des 19. Jahrhunderts und deren soziale und theoretischen Voraussetzungen; ferner über die deutsche Gewerkschaftsgeschichte, insbesondere die der BRD, über die innere Differenzierung der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt sowie über Probleme des Arbeiterbewußtseins.

In seinen „Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins“ (Pahl-Rugensteiner Verlag, Köln 1971) analysiert Deppe die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen der Bewußtseinsbildung der Arbeiterschaft, den Zusammenhang zwischen Arbeiterbewußtsein und gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion unter kapitalistischen Bedingungen ebenso wie die Politik der Arbeiterbewegung als weiteren wesentlichen Faktor proletarischer Bewußtseinsbildung. Die von Deppe in scharfer Abgrenzung von der modernen bürgerlichen Arbeits- und Industriesoziologie abgeleiteten Begriffe konkretisiert er in der Analyse der spezifischen Situation des deutschen Kapitalismus und der Bewußtseinslage

der deutschen Arbeiterklasse nach dem Zusammenbruch des Faschismus. Arbeiterbewußtsein bestimmt er somit nicht abstrakt, sondern danach, wie es sich in einer konkreten historischen Situation im politischen Handeln, den Organisationsformen, der Organisiertheit usw. der Arbeiterklasse niederschlägt; er weist also zugleich den unlösbarsten Zusammenhang und die Abhängigkeit des Arbeiterbewußtseins zur gesellschaftlichen Praxis der Arbeiterklasse auf.

Der gewerkschaftlich orientierte Kampf geht weiter

Marxistische Gesellschaftswissenschaft ist demzufolge für Deppe keine Phrase, sondern eine wissenschaftliche Methode, mit der allein gesellschaftliche Verhältnisse analysierbar werden — eine Methode freilich, die nach bester marxistischer Tradition nicht einfach dogmatisch gesetzt werden kann, sondern sich am kon-

kreten Stoff zu bewähren hat und aus diesem selbst ihre Begriffe abzuleiten und ständig zu überprüfen hat.

Auf diese Art und Weise gelingt es Deppe auch, empirisches Material im breitesten Maße zu verarbeiten, ohne deshalb der Begriffslosigkeit bürgerlicher Politikwissenschaftler zu verfallen.

Die politische Praxis von Frank Deppe beweist, daß es sich bei ihm nicht um einen „Seminar-Marxisten“ handelt. Er setzt sich aktiv ein für demokratische Mitbestimmung und Kontrolle an der Hochschule, für den Erhalt und Ausbau gewerkschaftlicher und politischer Betätigung aller Hochschulangehörigen, für die Erweiterung der demokratischen Rechte der Studenten, Arbeiter und Angestellten der Universität. Außerdem zeichnet er sich durch langjährige gewerkschaftliche Arbeit aus. Führende Gewerkschafter wie Leonhard Mählein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, Werner Vitt, stell-

vertretender Vorsitzender der IG Chemie, Philipp Pless, Vorsitzender des DGB Hessen, Willi Bleicher, Bezirksleiter IG Metall, Stuttgart und Walter Fabian, ehem. Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ haben deshalb in wissenschaftlichen Gutachten die Berufung Deppes befürwortet.

Der Kampf um Frank Deppe ist noch nicht zu Ende. Die bisherige Berufungspraxis des Hessischen Kultusministeriums (s. H. H. Holz) zeigt, daß einer Berufung keineswegs automatisch die formelle Ernennung zum Hochschullehrer folgt.

Unser Berufungskampf zeigte jedoch nicht nur die Richtigkeit des Konzeptes der gewerkschaftlichen Orientierung für die Studentenbewegung, sondern auch die Notwendigkeit gewerkschaftlich orientierter Kämpfe für eine erfolgreiche Erringung weiterer Gegenmachtpositionen gegen die Herrschaft der Reaktion an der Hochschule.

Rektorenkonferenz distanziert sich von Ministerpräsidentenbeschuß

Bonn, 2. März 72 (ppa). — In vorsichtiger Form hat sich die „Westdeutsche Rektorenkonferenz“, das Gremium der Hochschulleiter in der Bundesrepublik, von dem Beschuß der BRD-Ministerpräsidenten distanziert, progressiven Demokraten den Zutritt zum öffentlichen Dienst zu verwehren. In einer „Empfehlung“ erklärte die Rektorenkonferenz am Mittwoch, Wissenschaftler sollten auch dann als Beamte auf Lebenszeit an eine Hochschule berufen werden, wenn sie der DKP angehören. Beamte seien zwar zur „Verfassungstreue“ verpflichtet, doch reiche die Mitgliedschaft in einer nicht verbeten Partei oder Organisation für die Zurückweisung einer Berufung nicht aus, heißt es in der Empfehlung.

NPD-Funktionäre im öffentlichen Dienst der BRD

München, 14. März 72 (ppa). — Dutzende Funktionäre der NPD sind in den Ländern der BRD, vor allem in Bayern, in Ämtern und Behörden tätig. Dies ergibt eine — wegen der schwierigen Ermittlungen längst nicht vollständige — Aufstellung des „Presseausschusses der demokratischen Aktion“ (pda). Danach arbeiten zum Teil in führenden Stellungen 55 NPD-Funktionäre als Beamte und Angestellte in der Verwaltung, 14 bei Polizei und Zoll, 27 gehören der Bundeswehr und Bundesmarine an, 33 sind Pädagogen und fünf Angehörige der Justiz.

„Politisches Eldorado vorfassungsfeindlicher Kräfte im öffentlichen Dienst“ ist nach Angaben des pda Bayern. Hier befinden sich in Verwaltung, Justiz, Polizei und Bundeswehr nicht nur Funktionäre der NPD, sondern auch Angehörige der neonazistischen militante „Aktion neue Rechte“. pda betont, die NPD-Sprecherin Marga Jungmann habe „mit Recht

NOTABENE

versichert“, sich „an die Nichtzulassung von Beamten aus unseren Reihen“ eigentlich nicht erinnern zu können.

Debray für Allende

Regis Debray, der in Bolivien zu 30 Jahren Gefängnis verurteilte Kampfgefährte Che Guevaras, hat kürzlich in einem Interview mit einer chilenischen Zeitung seine uneingeschränkte Unterstützung für den „chilenischen Weg“ zum Sozialismus ausgedrückt. Der 31jährige französische Revolutionär war nach seiner Befreiung aus Bolivien nach Chile gekommen und hatte dort Gelegenheit, den Weg der Volksfrontregierung unter Präsident Allende zu verfolgen:

„Ich glaube, die Gefahr in Chile ist nicht so sehr der Revisionismus als der Faschismus. Es wäre nicht klug, Präsident Allende von links anzugreifen, denn die unmittelbare Aufgabe ist eine Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind.“ (DVZ, 2. 3. 72)

Rückzug

Rund 200 jüdische Familien, die im Vorlauf der letzten zwei Jahre aus der Sowjetrepublik Georgien nach Israel eingewandert sind, ersuchten jetzt telegrafisch den Präsidenten des Obersten Sowjets der UdSSR, Nikolai Podgorny, um die Erlaubnis zur Rückkehr in ihre frühere Heimat.

Wie aus Tel Aviv verlautet, werfen die georgischen Juden den israelischen Behörden vor, sie voneinander getrennt zu haben und ihnen die Ausübung ihrer Religion nach dem georgischen Ritus zu verweigern. Außerdem sind sie unzufrieden über die zu hohen Mieten, die niedrigen Löhne, die schlechten Arbeitsbedingungen und das diskriminierende

Verhalten der israelischen Einwanderungsbehörden.

Die georgischen Juden, die jetzt Podgorny ihren Entschluß zur Rückkehr nach der Sowjetunion mitteilten, sind nicht die einzigen aus der UdSSR stammenden Israel-Einwanderer, die von dem „gelobten Land“ genug haben und in ihre Heimat zurückkehren wollen. Bereits im Januar dieses Jahres berichteten wir (siehe DVZ vom 14. 1. 71) darüber, daß Wien zu einer Zwischenstation für sowjetische Juden geworden ist, die, tief enttäuscht über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Israel, dem Land den Rücken gekehrt haben und die Rückwanderung in ihre alte Heimat beitreiben.

In Bologna kostenlos

Die italienische Stadt Bologna führt im kommenden Jahr in den Hauptverkehrszeiten den Nulltarif auf öffentlichen Verkehrsmitteln ein. Die Stadtverwaltung und die öffentlichen Verkehrsbetriebe erhoffen sich von der Maßnahme eine Entlastung der chronisch verstopften Innenstadt von Autos. Die Verkehrsbetriebe werden in den Hauptverkehrszeiten zusätzliche Autobusse einsetzen. Die Stadt will ihrerseits Fußgängerzonen schaffen, andere Straßen für den privaten Autoverkehr sperren, Parkplätze an den Haltestellen der Busse in den Vororten anlegen und die Parkgebühren in der Innenstadt drastisch erhöhen. Bologna wird seit 27 Jahren von Kommunisten und Sozialisten verwaltet.

400 000 Leserbriefe

Moskau (ADN-Korr.). Die „Prawda“ erhielt im vergangenen Jahr rund 400 000 Briefe von ihren Lesern, teilte die Redaktion der Zeitung mit. Im vergangenen Jahr sei keine Ausgabe ohne den Abdruck von Leserbriefen erschienen, in denen wertvolle Vorschläge gemacht oder kritische Hinweise gegeben wurden.

Was ist – Sozialdemokratismus?

Der Sozialdemokratismus als Ideologie und Politik rechter sozialdemokratischer Kräfte rückt seit einiger Zeit stärker in den Vordergrund des ideologischen Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Theoretiker und Praktiker der SPD, aber auch der Sozialdemokratie auf internationaler Ebene, bieten diese Variante bürgerlicher Ideologie als „theoretisches Gegenmodell“ zum Marxismus-Leninismus an. Der Grundzug dieses „Modells“ ist der Antikommunismus. Der Sozialdemokratismus heutiger Prägung steht in prinzipieller klassenmäßiger und theoretischer Feindschaft zum Sozialismus. Er übt unverhüllter denn je die Funktion aus: den Einfluß des Großkapitals auf die Arbeiterklasse zu sichern bzw. zu vermitteln.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien führen von jeher einen schonungslosen Kampf gegen alle Schattierungen des Opportunismus — denn Kampf gegen Imperialismus schließt die prinzipielle Auseinandersetzung mit rechten und linken Opportunismus ein.

Eine unentbehrliche Waffe in diesem ideologischen und politischen Ringen ist das unlängst im Verlag Marxistische Blätter GmbH (Frankfurt am Main) erschienene Buch „Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart“ — herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (511 Seiten, DM 14,80).

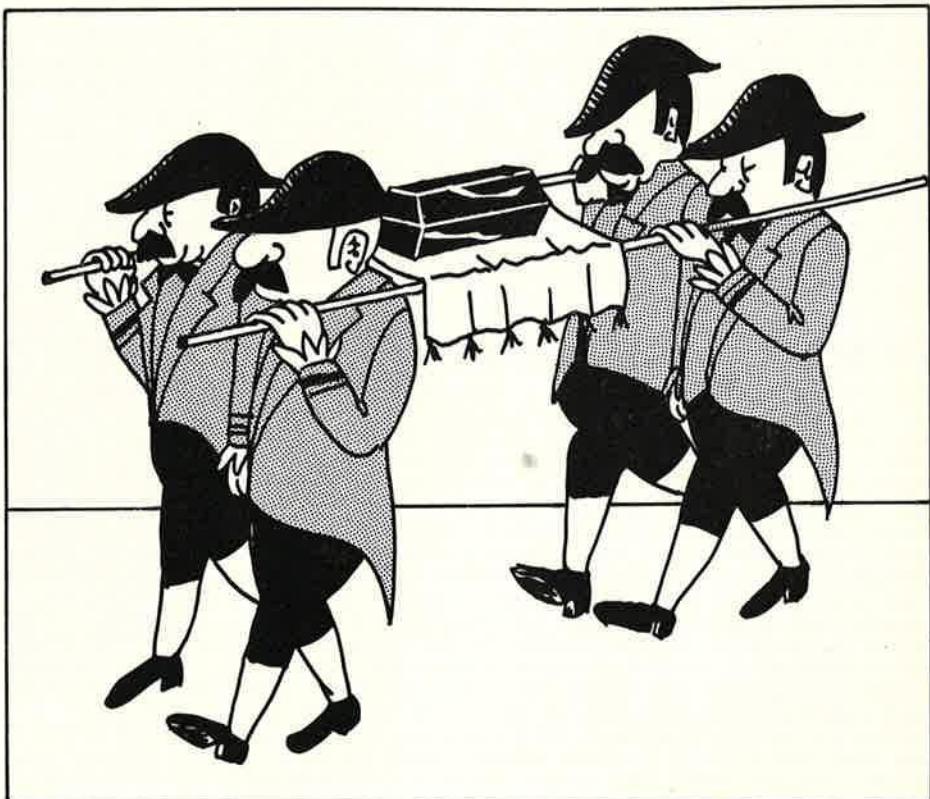
Das Buch setzt sich mit den gängigen Argumenten des Sozialdemokratismus auseinander. Es untersucht die reformistische Ideologie nach Schlüsselproblemen. Es vermittelt, mit reichhaltigem Material belegt, einen abgerundeten und tiefen Einblick in das Wesen, den Inhalt und die Funktion des Sozialdemokratismus. „Die Ideologie des modernen Reformismus ist im Vergleich zu den ersten Jahrzehnten des XX. Jahrhunderts noch weiter nach rechts eingeschwenkt“, so resümieren die Autoren, „hat nicht nur in Taten, sondern auch in Worten auf den Marxismus verzichtet. In den grundlegenden programmatischen Dokumenten der Sozialistischen Internationale und ihrer Parteien sagen sich die reformistischen Ideologen vom Marxismus und den traditionellen sozialistischen Forderungen der Arbeiterbewegung los. Die Analyse der gegenwärtigen Positionen der rechten sozialdemokratischen Führer und Theoretiker zu Grundfragen der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung zeigt, daß die Ideologien des Reformismus, ungeachtet der von ihnen verkündeten sogenannten weltanschaulichen Neutralität, in Wirklichkeit auf die Positionen der bürgerlichen Ideologie, der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaft übergegngten sind: in Fragen der Wirtschaft auf die des bürgerlichen Keynesianismus, in sozialen Fragen auf die der bürgerlichen „Entproletarisierungs“-Theorie, in Fragen des Staates auf

die Apologen der Macht des staatsmonopolistischen Kapitals, in moralisch-ethischen Fragen auf die des Fideismus und Klerikalismus und in Fragen der internationalen Politik auf die Positionen des Antikommunismus, Antisowjetismus, Militarismus und Neokolonialismus.“ (S. 466)

Die Autoren analysieren zunächst die philosophischen Grundlagen des modernen Reformismus; decken dann den Idealismus, Agnostizismus und auch Irrationalismus dieser Ideologie auf; behandeln zugleich auch die ethische Problematik; gezeigt wird die zunehmende Annäherung der Theoretiker des modernen Reformismus an den Fideismus und Kler-

kalismus; dargestellt werden die neuesten Ansichten zur Problematik der Wirtschaft des Imperialismus; bewiesen wird unter anderem die Unhaltbarkeit des Mythos vom bürgerlichen Staat als klassenindifferentes Organ „der allgemeinen Wohlfahrt“ und der damit verbundenen Ablehnung der Revolution. Einer besonderen Analyse wird die reformistische Form des Antikommunismus als die ideologische Hauptwaffe unterzogen. Das Buch ist durch seine wissenschaftlich fundierte und auch abgerundete Kritik an der Ideologie des Sozialdemokratismus ein wichtiger Beitrag im ideologischen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Fritz Krause



Die Reform des Kapitalismus schreitet voran.

Titanenarbeit

„Die Rote Fahne“ vom 25. Januar 1922:

Clara Zetkin am 24. Januar 1922 im Reichstag im Namen der kommunistischen Parlamentsfraktion zum Entwurf des Reichsschulgesetzes: Das vorliegende Schulgesetz ist nicht einmal eine Andeutung zum ersten Schritt in der Richtung einer Schulreform. Der Hinweis auf das Fehlen der dazu notwendigen materiellen Mittel ist absolut nicht stichhaltig. Sowjetrußland hat vor der gesamten Kulturwelt den Beweis geliefert, daß trotz der wirtschaftlichen Nöte, trotz der schärfsten politischen Schwierigkeiten das Schulwesen gehoben und zum Aufblühen

gebracht werden kann. Das russische Volksschulwesen hat ein Beispiel gegeben, wie es die Geschichte keines Zeitalters kennt. Die Zahl der Volksschulen hat sich vermehrt in einem Ausmaße, das unmöglich schien und unter dem Zarismus tatsächlich unmöglich war. In den vier Jahren der Revolution sind die Einheitlichkeit, Weltlichkeit und Unentgeltlichkeit des Unterrichts durchgeführt, der ganz auf die Grundlage des Arbeitsunterrichts umgestellt ist. Trotz aller Mängel und Unzulänglichkeiten, die dem Ganzen in Rußland noch anhaften mögen, muß gesagt werden, daß Sowjetrußland auf dem Gebiete des Volksschulwesens eine Titanenarbeit geleistet hat, deren Spuren nicht wieder untergehen werden.

Der Maoismus – die neue Stufe des Revisionismus

Einem großen Teil der antiimperialistisch eingestellten Kräfte auch in der BRD ist die Politik der derzeitigen chinesischen Führung unter Mao-Tse-tung nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon in der Volksrepublik China nicht klarer und einsichtiger, sondern fragwürdiger geworden. Bei vielen subjektiv antikapitalistisch Denkenden hat sich angesichts der Umstände und der Begleiterscheinungen des Nixon-Besuches, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des bis kurz zuvor noch abgelaufenen Parolenkrieges der Chinesen gegen den amerikanischen Präsidenten, ein Unbehagen verstärkt, daß von ihnen zwar in politischen Kategorien noch nicht artikuliert werden kann, von dem sie jedoch ahnen, daß es tiefere Ursachen hat und prinzipieller Natur ist und das durch die teilweise grotesken Argumente hiesiger maoistischer Gruppen keineswegs beseitigt wird.

Die Politik der maoistischen Führung und die Ereignisse in der VR China können in ihrem Wesen nur vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus richtig eingeschätzt werden. Ohne diese Grundlage muß der Versuch einer Analyse zwangsläufig in der der bürgerlichen Ideologie verhafteten Spekulation steckenbleiben. Spätestens dann, wenn eine Theorie an der Realität überprüft wird, entscheidet sich, ob sie verifizierbar ist oder nur ein Stück Prosa. Insofern ist die Leistungsfähigkeit landläufiger Apologien der Mao-Tse-tung-Ideen minimal. Denn deren Aussagen können nicht in einer wissenschaftlichen Kriterien entsprechenden Weise belegt werden und anstelle überprüfbarer Fakten und der Arbeit des klaren Kopfes tritt ein bloß moralischer Impetus und die Ungeduld des roten Herzens.

Die Wende in der chinesischen Politik

Bürgerliche Publizisten konstatierten in der letzten Zeit anlässlich des Nixon-Besuches in Peking die „Wendigkeit“ der chinesischen Politik, in erster Linie der Außenpolitik. Man sprach von einer „Assimilierung Chinas an die Politik der Großmächte“; Chinas Außenpolitik sei „flexibler“ geworden. (Handelsblatt vom 18./19. 2. 1972.) Es fällt auf, daß von dieser Seite in der Darstellung der Politik der jetzigen chinesischen Führer die Zeit ausgeklammert wird, in der die Partei- und Staatsführung der VR China (in ihrer damaligen Zusammensetzung) freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion und zu den übrigen Staaten des sozialistischen Lagers pflegte. Denn es endeten die größtenteils gutnachbarlichen, in der langen Zeit der chinesischen Revolution gewachsenen brüderlichen Kontakte zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten keineswegs mit dem 5. März 1953, dem Tod J. W. Stalins, und auch nicht mit dem 25. Februar 1956, dem letzten Tag des XX. Parteitages des KPdSU, wie das im Laufe der Kulturrevolution von der chinesischen Führung glaubhaft zu machen versucht wurde. Und obwohl keine zehn Jahre später die Maoisten erklärten, die KP Chinas habe niemals die Politik des XX. Parteitages der KPdSU unterstützt, ist im Politischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas an den VIII. Parteitag folgende Passage zu finden: „Der im Februar dieses Jahres (1956 – R. L.) durchgeführte XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist ein außerordentlich wichtiges Ereignis von Weltbedeutung. Der Parteitag hat nicht nur den grandiosen Plan des 6. Fünfjahrsplans sowie eine ganze Reihe äußerst wichtiger politischer Zielsetzungen erarbeitet, die auf die weitere Entwicklung des Sozialismus gerichtet sind, und den Personenkult verurteilt, der in der Partei zu ernsten Folgen geführt hat, sondern auch Vorschläge zur weiteren Entwicklung der friedlichen Koexistenz und der internationalen Zusammenarbeit unterbreitet sowie einen hervorragenden Beitrag zur Minderung der internationalen Spannungen geleistet.“ (1) Und noch 1959 betonte Tschou En-lai auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses Chinas: „Die Festigung des Zusammenschlusses mit der Sowjetunion und mit allen sozialistischen Ländern ist der ausschlaggebende Kurs unseres Landes.“ Hinter dieser Politik stand offensichtlich die Mehrheit einer Partei, die, ausgehend vom proletarischen Internationalismus und der Bedeutung der Rolle der Sowjetunion im antiimperialistischen Kampf, „ständig und unabbar die Tätigkeit des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung“ unterstützte – so das

zentrale theoretische Organ der KP Chinas, die Zeitschrift Hungtsi im Jahre 1960.

Wie mit dieser Politik sozialistischer Solidarität die VR China und die KPCh vom kapitalistischen Klassengegner 1961 beurteilt wurde, geht aus einem Text der regierungsamtlichen Bonner „Bundeszentrale für politische Bildung“ hervor, die in ihren „Informationen zur politischen Bildung“ (Folge 96/Nov.-Dez. 1961) „China, Teil I“, schreibt: „Für eine freie Entfaltung des einzelnen ... ist im heutigen China ebensowenig Raum wie für die Rechte der einzelnen Persönlichkeit oder für demokratische Formen politischer Willensbildung ... Beim Vorgehen in Korea, Annam und Tibet knüpft das Regime an imperiale Traditionen vergangener Jahrhunderte an.“ (S. 23.)

Wie in der Kommunistischen Partei Chinas knapp zehn Jahre später – bei Kontinuität der Prinzipien der **sowjetischen** Politik – in eben demselben Organ der Partei in einem mit „Leninismus oder Sozialmoerialismus?“ überschriebenen Artikel die Sowjetunion mit dem faschistischen Deutschland Hitlers verglichen werden konnte – wie das möglich wurde und welche Voraussetzungen dafür erfüllt sein mußten: darüber ist in den Maoismus-Exegesen „linker“ und bürgerlicher Theoretiker der „Mao-Tse-tung-Ideen“ nichts zu finden. „Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers.“ (Abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 21.5. 1970.) In der bürgerlichen Presse hieß es jetzt über China: „Mao setzte neue Werte ...: Spontaneität, Selbstlosigkeit, Gleichheit ... die Produktionsschlacht vollzieht sich nicht nach den Gesetzen von Rentabilität und Profit, noch nach den Schemata einer zentralistischen Planbürokratie ... Ein neues Kapitel in der Geschichte menschlicher Träume von einer besseren Welt?“ (SPIEGEL Nr. 3/1971.)

Die Klärung gerade dieser Wendung der chinesischen Politik um hundertachtzig Grad ist der Schlüssel für die Erhellung der „ideologischen Meinungsverschiedenheiten“ zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und der Mao-Gruppe; ist Schlüssel zur Beantwortung der Frage, wie dieser extreme politische Winkelzug überhaupt praktisch umsetzbar wurde.

Der Auszug aus dem sozialistischen Lager

Unbestritten ist, daß es in der KP Chinas seit ihrem Bestehen nicht zuletzt aufgrund der Geschichte Chinas (japanische Aggression) und der Klassenstruktur des Volkes – 1926 zählte das Industrieproletariat knapp 2 Millionen; 90 Prozent der Bevölkerung lebten auf dem Land; im Vergleich zur Arbeiterklasse existierte eine relativ breit entwickelte nationale Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie (2) – starke Strömungen gab, die auf die „nationale Exklusivität“ Chinas abhoben, die nationale Spezifität seines Kampfes überbetonten und die Notwendigkeit der Kampfsolidarität mit der Sowjetunion falsch einschätzten und dazu neigten, die Erfahrungen zu ignorieren, die ihnen die sowjetischen Kommunisten vermittelten konnten. Waren diese Tendenzen in den Jahren des nationalen Befreiungskrieges von den internationalistischen Kräften in der KP Chinas immer wieder korrigiert worden, gewannen sie nach der Gründung der Volksrepublik mehr und mehr an Gewicht.

Deutlich wurde das z. B. in der Haltung der chinesischen Delegation auf der Bandung-Konferenz 1955, als Tschou En-lai in seiner Eigenschaft als Vertreter des sozialistischen Lagers – die Sowjetunion selbst war nicht vertreten – die antisowjetischen Verleumdungen einiger Delegierter unwiderruflich ließ. Als „Vorwärtsbewegung auf allen Vieren“ bezeichnete im gleichen Jahr Mao Tse-tung in seiner Rede vor Parteisekretären am 31. 7. 1955 den sich an sowjetischen Erfahrungen orientierenden Plan zur schrittweisen Umgestaltung Chinas auf sozialistischer Grundlage. (3) Mit der Generallinie des VIII. Parteitages (4) schienen diese Tendenzen korrigiert. Was die Haltung der sozialistischen Länder zur Politik der chinesischen Führung in diesen Jahren betrifft, so bemerkten sie zwar „die nationalistischen Verrenkungen in der Haltung Chinas, betrachteten diese aber als Ausdruck der Wachstumsschwierigkeiten der neuen Gesellschaft, die in diesem oder jenem Maße für die Führung eines Landes unvermeidlich sind...“ (5)

Mit den auf der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien im Herbst 1957 in Moskau von der unter Leitung Mao Tse-tungs stehenden Delegation des ZK der KP Chinas vorgelegten „Thesen der Meinungen zur Frage des fried-

Dieses Konzept erwies sich bei seiner praktischen Durchführung als Fehlschlag. (7) Die wirtschaftliche Leistung ging zurück. Ab 1959 erschien keine offizielle Wirtschaftsstatistik mehr. Im Dezember 1958 erklärte Mao Tse-tung er werde kein zweites Mal für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren.

Trotz des großen Einflusses der Gruppe um Mao Tse-tung in der Führung der KPCh waren noch bedeutende Kader in wichtigen Positionen der Partei und des Staates die, eingedenkt der Hilfe der Sowjetunion für die VR China, und am proletarischen Internationalismus festhaltend, eine positive Haltung zum sozialistischen Lager einnahmen. Auch schien manchen der Bruch mit der Sowjetunion aus praktischen Erwägungen nicht denkbar. So sagte in einer Rede am 12. 7. 1957 der ehemalige Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Deng Xiaoping (während der Kulturrevolution wurde er abgesetzt) vor Studenten der Qinghua-Universität: „Mao Tse-tung kann mit Moskau nicht brechen... Warum kann er mit Moskau nicht brechen? Nämlich deshalb nicht, weil er die Hilfe Moskaus braucht.“ (8)

Die Auflösung der Partei

Den Prozeß der gewaltigen Majorisierung der Kommunistischen Partei Chinas durch die Anhänger Mao Tse-tungs zu beschleunigen und in einem alle Normen des Parteilebens außer Kraft setzenden Gewaltakt abzuschließen war die Funktion eines Ereignisses, das unter der Firmierung „Kulturrevolution“ lief. Auffallend ist in diesem Zusammenhang die unverhohlene Sympathie bürgerlicher, z. T. sogar reaktionärer Kräfte für diese Art von „Revolution“. Diese Journalisten, denen sonst jede Sorge für den sozialistischen Aufbau der Arbeiterstaaten fremd ist, und die Jahre zuvor noch über den „nahen Zusammenbruch des Systems“ orakelt hatten, stellten nunmehr mit Genugtuung fest, daß die Kulturrevolution der „erste Sieg“ ist, „der in einem sozialistischen Land über die neue Klasse der Partefunktionäre erfochten wurde, über jene Schicht der Apparatschiks, die der Bourgeoisie den Garaus gemacht, sich dann aber selbst mit deren Machtpositionen und Privilegien ausgestaltet hatte.“ (Spiegel, Nr. 3/1971.) Und diese Einschätzung der publizistischen Sachwalter der hiesigen Monopolbourgeoisie ist im Kern identisch mit der Stellungnahme einer kommunistisch sich nennenden Partei, der jetzigen KP Chinas!

Von ähnlicher „marxistischer“ Qualität ist denn auch die Argumentation Mao Tse-tungs: „Der Mensch hat Schlagadern und Venen und sein Herz bewirkt den Blutkreislauf; außerdem atmet der Mensch durch die Lunge, wobei er Kohlendioxyd ausatmet und frischen Sauerstoff einatmet – das bedeutet den Abfall abstoßen und Frisches aufnehmen. Eine proletarische Partei muß ebenfalls den Abfall abstoßen und Frisches aufnehmen, nur dann kann sie mit schwungvoller Lebenskraft erfüllt bleiben.“ (9) Der „Abfall“ in der KP Chinas, das war ein Großteil der alten Klassenkämpfer des Bürgerkrieges, jene klassenbewußten Internationalisten, die für die Freundschaft mit dem sozialistischen Lager, mit der Sowjetunion eintraten. Doch nicht die Kommunistische Partei Chinas entschied, daß sie „abgestoßen“ werden sollten. Um das zu ermöglichen, mußte erst die alte Partei aufgelöst werden und eine neue organisiert, in der die „Frischen“ im Geiste Maos alle Erinnerungen an die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus und des „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ auslöschen; in der der Marxismus-Leninismus pervertiert wurde zur Säkulartheologie, zum „Gottbildnertum“... „Der Osten ist rot und die Sonne geht auf, Mao Tse-tung steigt in China empor“. Dies ist Grund zum Stolz und zur Freude für das chinesische Volk und alle revolutionären Völker der ganzen Welt“, heißt es z. B. in der Peking-Rundschau, 1966, Nr. 30, S. 7. Dann werden in dieser Nr. Aussprüche von „Freunden aus fünf Kontinenten“ wiedergegeben: „...Solang wie die Menschheit existiert, wird das Licht des Vorsitzenden Mao wie ein Leuchfeuer für die Menschheit strahlen!... „Vorsitzender Mao gehört China und der ganzen Welt. Gleich der Sonne gehört er der ganzen Menschheit...“ ... „Fest, unerschütterlich und ehern wie ein mächtiger Berg steht Vorsitzender Mao.“...“ (10) Dieses sinnentleerte Gelabere ist nur der Widerschein jenes „Marxismus-Leninismus“, den der Vorsitzende Mao „auf eine völlig neue Stufe gehoben hat“; das ist das „Frische“, das die neue chinesische KP aufgenommen hat...“

Das Ziel der Kulturrevolution ist von ihren Initiatoren denn auch kaum verschlüsselt worden. Welches Ziel sie hatte und mit welchen Konsequenzen sie enden sollte, beleuchtet folgende Aussage: „Die große proletarische Kulturrevolution war gleich von Anfang an ein Kampf zur Machtergreifung. (1) Wir rebellieren, um die Macht zu ergreifen. Das bedeutet, daß die Macht jener Handvoll Leute in der Partei, die in Machtpositionen sind (1) und



„Rote Garde“. 1967.

lichen Übergangs“ wurde der erste Schritt der Gruppe um Mao Tse-tung zur Betonung einer besonderen Stellung Chinas unter den Ländern der kommunistischen Weltbewegung getan. Diese Thesen stellten die Richtigkeit der sowjetischen Politik zur Überwindung des Personenkults und der damit zusammenhängenden Fehlern in Frage. Mit dem Brief des ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU vom 14. Juni 1963 wurde dann das Abgehen von der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung offen proklamiert.

Der in dieser Phase der Auseinandersetzung immer deutlicher sich abzeichnende Versuch der Absonderung vom sozialistischen Lager und folgerichtig seiner Schwächung, fand seine Ergänzung in den Diskussionen über den richtigen Weg zum Aufbau des Sozialismus in China in der KPCh selbst. Im Laufe der Entwicklung zeigte sich, daß die Kräfte in der Partei an Boden gewannen, die eine kontinuierliche wirtschaftliche Planung, wie sie z. B. im ersten Fünfjahrsplan (1953–1957) zum Ausdruck gekommen war, ablehnten und unter der Losung „Drei Jahre hart arbeiten und 10 000 Jahre Glück“ den Versuch propagierten, „durch die dramatische Anspannung alle(r) Kräfte der Werktätigen Chinas das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung künstlich zu beschleunigen, durch einen geschickt einmaligen Willens- und Kraftakt alle anderen Staaten zu überholen und unter Umgehung unerlässlicher objektiver Phasen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft einen ‚Sprung‘ in den Kommunismus zu vollführen.“ (6)

den kapitalistischen Weg gehen, unter der Diktatur des Proletariats zurückerober (!) wird und in die Hände der proletarischen Revolutionäre gelangt.“ (11)

Die Auseinandersetzung der Maoisten mit jenen Kommunisten in der KP, die auf internationalistischen Positionen standen, von ihnen kurzerhand als „solche, die den kapitalistischen Weg gehen“ diffamiert, war, das hatte den Maoisten die Erfahrung gezeigt, unter Einhaltung der Lenin'schen Normen des Parteiliebens und den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, für sie nicht zu entscheiden. Welchen hohen Wert Lenin selbst der innerparteilichen Demokratie zumaß, geht daraus hervor, daß er, auch wenn er in der Minderheit war mit seiner Meinung, die Entscheidung des Partegremiums respektierte, selbst wenn die Meinung der Mehrheit auf einer Fehleinschätzung beruhte und in der letztlichen Durchführung zu Konsequenzen von welthistorischer Tragweite geführt hätte; Lenin kämpfte für seine Meinung, bis er auf demokratische Weise die Mehrheit des Gremiums überzeugt hatte, – z. B. im Falle der Friedensverhandlungen mit dem kaiserlichen Deutschland. (12)

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in den örtlichen und regionalen Leitungsorganen konnten die Maoisten die absolute Vor-



Mao Tse-tung 1957 in Moskau.

machtstellung in Partei und Staat nur bekommen unter bewußter Ausschaltung der „alten“ Partei. Die Kulturrevolution war das großangelegte Unterfangen, in den Organen des Staates und den Leitungsgremien der Partei die erfahrenen, klassenbewußten „sowjetfreundlichen“ Kader zu entfernen; das erfolgte durch die Auflösung der Parteiorganisationen und ihre Ersetzung durch sogenannte „Revolutionskomitees“. Das ganze lief unter der Parole: „Habt keine Angst vor Unordnung!“ (13) In dem am 8. August 1966 veröffentlichten „Beschluß des ZK der KPCh über die Große Proletarische Kulturrevolution“ heißt es: Die „Kulturrevolutionsguppen, -komitees und -kongresse sind ausgezeichnete neue (!) Organisationsformen... (daher sollen) die Kulturrevolutionsguppen, -komitees und -kongresse keine zeitweiligen Organisationen, sondern ständige Massenorganisationen für längere Dauer sein...“ (14) Da „manche Einheiten... (der Partei – R. L.) von jenen den kapitalistischen Weg gehenden Machthabern kontrolliert“ wurden (15), legte Mao Tse-tung „den Kurs und die Politik für die Schaffung von Revolutionskomitees fest, an denen Vertreter der revolutionären Funktionäre, der Volksbefreiungsmee und der revolutionären Massen teilnehmen und in denen die revolutionäre Dreierverbindung verwirklicht wird. Dadurch erhielt der Kampf der Machtergreifung (!) im ganzen Land einen Auftrieb.“ (16)

Sozialistische Monarchie?

Klassenmäßig getragen wurde die große proletarische Kulturrevolution in ihren entscheidenden Phasen von „revolutionären Jugendlichen“, die „somit zu tapferen Bahnbrechern“ wurden. (17) Und: „Die Roten Garden und andere revolutionäre Jugendorganisationen in den Hoch- und Mittelschulen sind Stoßtrupps der großen Kulturrevolution und starke Reserven der Volksbefreiungsmee.“ (18) Den Arbeitern und Bauern wurde bis auf wenige Ausnahmen ein gleichberechtigtes Auftreten in der Kulturrevolution verweigert. Die Arbeiterklasse, die Schöpferin der sozialistischen Gesellschaft, durfte bei dieser „Revolution“ des „Marxismus-Leninismus auf völlig neuer Stufe“ zu Hause bleiben. („Revolution nach Ladenschluß“ heißt bezeichnenderweise der China-Artikel des Spiegel-Redakteurs Fritjof Meyer, der 1967 für den

Spiegel die VR China bereiste.) Am 15. 9. 1966 schrieb die Volkszeitung: „Die Produktion darf nicht unterbrochen werden... Es ist nicht notwendig, daß die Roten Garden und die revolutionären Lehrer, Schüler und Studenten der Hoch- und Mittelschulen in die Fabriken und aufs Land gehen, um revolutionäre Erfahrungen auszutauschen und sich in die dortigen Vorkehrungen einzumischen. Die Arbeiter, die armen Bauern und die unteren Schichten der Mittelbauern sind völlig imstande, die revolutionäre Bewegung in ihren Institutionen erfolgreich durchzuführen. Andererseits muß bemerkt werden, daß es den Arbeitern, den Mitgliedern der Volkskommunen, den Kadern der Regierungsstellen und Betriebe nicht möglich ist, wie die Studenten und Schüler der Hoch- und Mittelschulen Ferien zu haben, und daß sie sich auch nicht in andere Teile des Landes begeben sollen, um revolutionäre Erfahrungen auszutauschen.“ (19)

Im ganzen Land übernahmen „Revolutionskomitees“ in „Dreierverbindungen“ die Macht. Die Kommunistische Partei Chinas wurde faktisch aufgelöst. „Zwischen dem Sturm der Januар-revolution 1967 in Shanghai und der Bildung der Revolutionskomitees in Tibet und Sinkiang im September 1968 lag eine Zeitspanne von einem Jahr und neun Monaten“, sagte Lin Piao in seinem „Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas“. (20) Eben in dieser Zeitspanne vollzog sich die Auflösung der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei Chinas und die ersetztweise Bildung von „Revolutionskomitees“ (die später in der neuen „KPCh“ wieder aufgingen, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hatten). In dieser Zeit hörte der chinesische Jugendverband auf zu existieren und am 26. 12. 1966 wurde die Klassenorganisation der Arbeiterklasse, der Allchinesische Gewerkschaftsbund, aufgelöst. Die Bildung der „revolutionären Dreierverbindungen“ bedeutete eine Ersatzung der zum Teil bereits zerschlagenen örtlichen Parteiorgane durch Personengruppen, die im „kulturrevolutionären Kampf“ gegen die Mehrheit der Parteidräder ihre „revolutionären“ Qualitäten bewiesen hatten.“ (21)

Da die Partei in ihrer ursprünglich demokratischen Struktur nicht mehr bestand und alle ehemals gewählten „den kapitalistischen Weg gehenden“ Kommunisten aus ihren Funktionen entfernt worden waren, waren 1969 die Voraussetzungen für die Einberufung eines „Parteitages“ der Mao-Gruppe gegeben, über dessen Zusammensetzung ein Zentralkomitee beschloß, das, wie der stellvertretende Ministerpräsident Hsileh Fu-chih 1967 erklärte, „ein Programm von Mao Tse-tungs Lehren und seine revolutionäre Linie besitzt, die die Qualität der Partei sichern werden.“ (22) Dementsprechend hat sich dieser „IX. Parteitag“ dann auch dargestellt: als eine Karikatur auf eine marxistische Arbeitstagung, als eine Verhöhnung der Lenin'schen Organisationsprinzipien der revolutionären Avantgarde; einer seiner „Höhenpunkte“ war als die sonst nur in mittelalterlichen Monarchien (und ihren „modernen“ Ablegern) übliche Festlegung des „Thronfolgers“ in das Statut einer Kommunistischen Partei vorgenommen wurde; ein Akt, der sich in seinem unglaublichen Zynismus erst zwei Jahre später vollends entlarven sollte als der „enthronisierte“ „Kronprinz“ sang- und klanglos in der Versenkung verschwand. (23)

Streikbruch statt Solidarität

Seit Beginn der Kulturrevolution haben sich Theorie und Praxis der Gruppe um Mao Tse-tung in aller wünschenswerten Klarheit offenbart. Wenn wir am Anfang sprachen von der Dialektik von Theorie und Praxis, von ihrer Einheit im Marxismus, und davon, daß die Praxis das entscheidende Kriterium der Wahrheit ist, dann muß nunmehr möglich sein auf der Grundlage dieser Erfahrung die Tätigkeit der jetzigen chinesischen Führung zu beurteilen und ihren (vorhandenen oder nichtvorhandenen) Klasseninhalt festzustellen.

Am anschaulichsten läßt sich der Klasseninhalt sozialistischer Politik ausweisen am proletarischen Internationalismus als dem Ausdruck des handelnden Klassenbewußtseins der internationalen Arbeiterklasse. Als geschichtliche Macht ist diese Solidarität die Klammer im revolutionären Weltprozeß, welche das sozialistische Weltsystem, die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung im Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Neokolonialismus zusammenfaßt. Den überaus hohen Stellenwert dieser Solidarität der Arbeiterklasse hob Marx 1864 hervor: „Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation“, wo es heißt, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittenen Länder abhängt. (24) Folgerichtig sprach

Lenin in seinem „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage“ (für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale) davon, daß nunmehr aktuell werde „die Diktatur des Proletariats umzuwandeln aus einer nationalen Diktatur (...) in eine internationale (d. h. in die Diktatur des Proletariats zumindest in einigen fortgeschrittenen Ländern, die einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Weltpolitik ausüben können).“ (25) Und an anderer Stelle betonte er: „Ohne das freiwillige Streben des Proletariats, und dann auch aller werktätigen Massen aller Länder und der Nationen der ganzen Welt, nach einem Bund und nach Einheit kann das Werk des Sieges über den Kapitalismus nicht mit Erfolg vollendet werden.“ (26)

Wie praktizierter Internationalismus aussieht, ist an der Politik der Sowjetunion seit ihrem Bestehen zu verfolgen. Hier seien nur Stichworte genannt: Spanien 1936–39; Hilfe für die Partisanen Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und Jugoslawiens im Kampf gegen den Faschismus; später Hilfe beim Aufbau der Volksbefreiungssarneen; Hilfe für die chinesischen Revolutionäre; nach dem Zweiten Weltkrieg trotz eigener großer Verluste Hilfe für den Aufbau der Volksdemokratien und der DDR. Welche Bedeutung die Hilfe der Sowjetunion für Länder wie die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Mongolische Volksrepublik, die DR Vietnam, für die Vereinigte Arabische Republik und das revolutionäre Kuba hatte und hat, haben die revolutionären und progressiven Vertreter dieser Länder selbst wiederholt betont.

Zeugnis abzulegen für ihren proletarischen Internationalismus und den Klassencharakter ihrer Politik hatte die jetzige Führung der VR China in einer Reihe von Fällen die Möglichkeit. So zum Beispiel im Juli 1971 anlässlich der Ereignisse im Sudan als linke Kreise des Militärs gegen den Staatspräsidenten Numeiri putschten. Die Kommunistische Partei des Sudan hat mit der Vorbereitung und Durchführung des Putsches gegen Numeiri nichts zu tun gehabt; das ist inzwischen zweifelsfrei geklärt. Sie versprach den Militärs um Haschem el-Atta und Babikr al-Nur nach deren Machtübernahme Unterstützung – das war alles. Der Antikommunist Numeiri machte daraus eine Beteiligung und startete „einer der größten Menschenjagden in der nachkolonialen Geschichte Afrikas“ – wie der der Kommunistensympathie unverdächtige „Stern“ schrieb. Und im prononciert rechtsgerichteten Pariser „Figaro“ (27. 7.) hieß es: „Es scheint immer gewisser, daß die Kommunistische Partei des Sudan und ihr Parteichef Abdel Khalek Mahjoub nichts mit der Vorbereitung des Putsches, der ein reiner Militärputsch war, zu tun hatten... Demnach würde Staatschef Jaafar el Numeiri nicht Rebellen hinrichten, sondern normale politische Gegner liquidieren...“

Auf dem Höhepunkt der Menschenjagd nach Kommunisten, Gewerkschaftern und Studenten schickte der Vorsitzende Mao Tse-tung an Staatschef Numeiri eine Botschaft, in der er Numeiri zur Niederschlagung des Putsches beglückwünschte. (Vgl. Frankfurter Rundschau vom 2. 8. 1971); zur Niedermetzlung Tausender von Kommunisten nahm er nicht Stellung.

Im Falle des Befreiungskampfes des Volkes von Bangla Desh zeigte die Haltung Pekings, daß es das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis hin zur staatlichen Lostrennung, wie es Lenin u. a. in seiner Rede über den Frieden auf dem II. Gesamtfranzösischen Sowjetkongreß definierte (27), nicht als **Klassenfrage** behandelte, sondern von einem nationalistischen Standpunkt aus argumentierte, in dem die Frage „wer wen“ ausgeklammert war. Die Führung um Mao Tse-tung ignorierte Engels Erkenntnis, daß die nationalen Interessen des Klassenkampfes, die „wahrhaft nationalen Ideen“, wie Engels formulierte, mit den Interessen der internationalen Arbeiterbewegung übereinstimmen und „zugeleich immer auch die wahrhaft internationalen Ideen“ sind. (28) Peking unterstützte offen die reaktionäre Militärclique um Jahja Khan, die sowohl die aus demokratischen Wahlen als die stärksten Kräfte hervorgegangene Awami-Liga von Scheich Mujibur Rahman als auch die Awami-Partei verbot, als diese die volksfeindliche Politik des Militärregimes anprangerten, und die in Ostbengalen daran gingen, das Volk von Bangla Desh auszulöschen, um durch den Genozid die Befreiungsbewegung, die gleichzeitig eine soziale Bewegung war, auszulöschen. Dabei störte es Peking nicht im geringsten, daß speziell unter den in Dacca unterschiedslos abgeschlachteten Wissenschaftlern und Studenten eine nicht unbedeutliche Anzahl von Maoisten sich befand. Im Weltsicherheitsrat kam es in diesem Zusammenhang bei der Diskussion über die Hilfeleistung indischer Truppen zum ersten Male zur Aktionseinheit des „bössartigsten Feindes der Völker der ganzen Welt“ (Lin Piao auf dem „IX. Parteitag“), dem USA-Imperialismus mit der mit den Mao-Tse-tung-Ideen gewappneten Volksrepublik China. Die Schlußfolgerung daraus zog die „Welt“ vom 8. 12. 1971: „Jetzt müssen die Russen nach beiden Seiten schießen. Das entlastet die amerikanische Position.“

DEUTSCHLANDS Schicksalsstunde

Stürzt Brandt über Ostverträge? s. 3

National-Zeitung

Deutsche R2295C
freiheitlich • unabhängig • überparteilich
See DW/8-T-Amp A

Wie viele Milliarden verlangt Moskau von Bonn? / S. 4



Mao und Nixon retten Deutschland

Neue Allianz gegen Sowjetimperialismus

Tage, die die Welt verändern. Zwei der drei Supermächte begreifen ihre elementare Interessen-Gleichheit und verbünden sich gegen den Sowjetimperialismus. So sieht Breschnew die Annäherung zwischen Nixon und Mao Tse-tung. Hat Breschnew unrecht?

Diplomatische Beziehungen auf der Grundlage von fünf Prinzipien bot Tschou En-lai dem amerikanischen Präsidenten schon am ersten Tag:

Noch ist die Freiheit nicht verloren
Wer SPD wählt – wählt Moskau
Katholische Akademie gelöst
Brands Ostpolitik
Diese ist die Stunde

Einige der Prinzipien der Sowjetunion für die Beziehungen mit den USA sind: 1. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 2. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 3. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 4. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 5. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 6. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 7. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 8. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 9. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 10. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 11. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 12. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 13. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 14. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 15. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 16. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 17. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 18. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 19. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 20. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 21. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 22. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 23. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 24. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 25. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 26. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 27. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 28. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 29. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 30. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 31. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 32. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 33. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 34. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 35. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 36. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 37. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 38. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 39. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 40. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 41. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 42. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 43. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 44. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 45. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 46. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 47. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 48. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 49. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 50. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 51. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 52. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 53. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 54. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 55. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 56. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 57. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 58. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 59. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 60. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 61. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 62. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 63. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 64. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 65. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 66. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 67. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 68. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 69. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 70. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 71. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 72. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 73. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 74. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 75. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 76. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 77. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 78. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 79. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 80. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 81. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 82. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 83. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 84. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 85. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 86. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 87. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 88. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 89. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 90. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 91. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 92. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 93. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 94. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 95. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 96. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 97. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 98. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 99. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 100. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 101. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 102. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 103. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 104. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 105. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 106. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 107. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 108. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen. 109. Die Sowjetunion und die USA müssen gemeinsam gegen den Sowjetimperialismus vorgehen.

daß ihrem Initiator die Gastfreundschaft in Peking verweigert würde.“ In diese Art von „antiimperialistischen Kampf“ der Maoisten paßt dann auch die Beschneidung von Zitaten aus der nordvietnamesischen Parteizeitung „Nhan Dan“, aus der alle Passagen, die sich auf Nixon bezogen, in den chinesischen Zeitungen weggelassen wurde. (Vgl. FAZ vom 12.2.1972.) Als Hinweis für die Einstellung des Volkes der DR Vietnam über Zeitpunkt und Charakter des Peking-Besuches Nixons mag die Nachricht gelten, wonach ihre diplomatischen Vertreter in Neu-Delhi, zur gleichen Zeit, da der amerikanische Präsident in China weilte und der US-Bombenterror über Vietnam verstärkt wurde, einen Empfang der chinesischen Botschaft in Indien boykottierten. (FR vom 26.2.1972.)

Die rosige Liebe der Liberalen

In einer Zeit, in der die Möglichkeiten des Imperialismus seine Widersprüche mit Hilfe außenpolitischer Abenteuer zu lösen geringer werden; in einer Zeit, in der sich die Tendenzen zu einer internationalen Entspannung allmählich verstärken, die Verschärfung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern (aber auch in den unterentwickelten gehaltenen Ländern) zunimmt; in einer Zeit, in der die Errichtung des Sozialismus in der DDR als Stimulan für die sozialistischen und demokratischen Kräfte der BRD an Bedeutung gewinnt; in einer Zeit, in der sich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Monopolbourgeoisie (im nationalen wie im internationalen Maßstab) unter der Einwirkung der wachsenden Stärke, der immer offensichtlicheren Erfolge des sozialistischen Lagers, der internationalen demokratischen Kräfte insgesamt, rapide fortsetzt (wobei neben den differenzierenden gleichzeitig auch noch sehr wirksame integrierende Momente vorhanden sind); in einer Zeit, in der die Bedeutung des subjektiven Faktors auf allen Ebenen der Systemauseinandersetzung wächst und hier speziell, neben der Stärke und Kampfbereitschaft der Gewerkschaften, die Kommunistischen und Arbeiterparteien eine große Verantwortung tragen: – mehr denn je ihr Vermögen, sich konsequent die marxistische Theorie anzueignen, die Besonderheiten der Entwicklungsetappe des betreffenden Landes zu erkennen und zu berücksichtigen, ihre Taktik beständig weiterzuentwickeln und zu verfeinern, die Kunst zu vervollkommen die Massen anhand der politischen Praxis zu überzeugen und für konkrete Forderungen zu mobilisieren, die Vereinigung der verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung voranzutreiben und stets auf der Basis der Prinzipien des proletarischen Internationalismus zu wirken, mehr denn je also ihre Reife, Macht und Geschlossenheit eine Rolle spielt: in einer solchen Zeit ist dem Zusammenwirken der sozialistischen Kräfte im Weltmaßstab auch im Hinblick auf die Einwirkung dieser Solidarität auf die Auseinandersetzung der Arbeiterklasse der einzelnen Länder mit „ihrer“ nationalen Bourgeoisie ein besonderes Gewicht beizumessen.

Die Sorgfalt und Aufmerksamkeit, mit der in den kapitalistischen Staaten – im gegebenen Fall in der Bundesrepublik – die strategischen Aspekte des Besuches Präsident Nixons in China von den Theoretikern der Bourgeoisie ausgeleuchtet werden, über die Nutzbarmachung möglicher neuer ideologischer Instrumente spekuliert und der chinesische „Partner“ auf seine Disponibilität in der antikommunistischen, sprich antisowjetischen Arena abgeklopft wird, zeigt, daß man neue Perspektiven sieht.

Beachtet man den Tenor der Berichterstattung über Nixons Peking-Besuch – über China im allgemeinen –, so fällt eine unverkennbare Warmherzigkeit, ein kaum verstecktes Wohlwollen auf. Vergegenwärtigt man sich im Vergleich dazu die „Melodie“ der Berichte und Kommentare über die sozialistischen Länder, vorwiegend die Sowjetunion und die DDR, wird der Unterschied deutlich. Wir alle kennen diese gehässigen, oberflächlich „objektiv“ sich gerierenden, in ihrem Charakter hinterfotigen Schreibereien über „Die Sowjetprominenz – eine Kaste der Mächtigen und Privilegierten“ (Spiegel Nr. 22/71), über „Die ärmliche Weltmacht“ (Stern Nr. 16/71), über den „Sowjetstaat“, wo die „Technokratie, die moderne Abart der Bürokratie, die Macht übernommen“ hat. (FR, 28.2.1972), usw. In solchen Aufsätzen artikuliert sich der Klassenhaß der Expropriatoren; und wenn auch jene, die als fabulierende Werkzeuge dieser Herrschaft im Einzelfall oft Verführte sind und damit auf der Basis von Desinformation und Manipulation ihre eigene geistige Verkrüppelung reproduzieren, und dafür, daß sie das dürfen, ihr Brot verdienen, so ändert das nichts an den Folgen, die ihre Arbeit zeitigt. Freilich sind die Zeiten vorbei, in denen man verkündete, die „sowjetzonalen Machthaber“ hätten ihren Bürgern den Weihnachtsbaum „aufs strengste“ verboten (RIAS, 5.12.54); heute ist die Methode verfeinert, die ideologische Vorgehensweise subtiler geworden: Inhalt und Absicht sind sich jedoch gleich geblieben: Diskreditierung des Sozialismus in den Augen

der Werktätigen hierzulande; Fälschung, Verhetzung, „Immunisierung“. Dahinter die Erkenntnis, daß sich dort „drüben“ die Alternative profiliert, der entstehende Staat der Arbeiter und Bauern an Anziehungskraft gewinnt.

Welche so ganz andere „Aura“ weht uns da aus den bürgerlichen Zeitungsseiten entgegen, die vom China Mao Tse-tungs bzw. vom Nixon-Besuch berichten! Wieviel „Verständigkeit“ ist da zwischen die Zeilen geschoben, mit welch liebevoller Detailarbeit werden da die „Grundzüge“ der „Kulturrevolution“ beschrieben. Jedem gestürzten „Bürokraten“, „der den kapitalistischen Weg ging“, wird in den Reiseberichten der bourgeois Journalisten bedauernd nachgenickt. Da gerinnt selbst Kritik noch zu höflicher Verwunderung.

Der selbe Karl Grobe, der in seinem Artikel über den „Sowjetstaat“ in der Frankfurter Rundschau vom 28.2.1972 die Sowjetunion diffamiert und meint, hier habe sich gewandelt „der Aufruf zur Revolution in die Lenin-Liturgie“ und aus der „weltverändernden Theorie“ sei „Marxpaffentum“ geworden, derselbe findet dagegen noch im stupiden Lallen der dünnsten Mao-Sprüche „andere Lesarten“ von Lenins Nachlaß, „die den Quellen (!) und den Massen näher sind“. „Mao neue Partei ist schon halb fertig“, meldet er in einem FR-Artikel befriedigt (FR vom 6.5.71) und meint: „Chinas Arbeiter handelten nach Maos Organisations-Ideen. Ihre (!) Rebellen-Organisationen haben sich in die Partei hineinführen (!) lassen...“

Der SPIEGEL wiederholt die maoistische Argumentation über die „Hintergründe“ der Kulturrevolution, die notwendig gewesen sei, da die „Parteibürokraten“ die Kapitalisten wieder in den Betrieben einsetzen wollten. „Sie suchten das Bündnis mit Tschiang Kai-schek, mit den amerikanischen Imperialisten und mit den Revisionisten in der Sowjetunion... Mao konnte dagegen nur sein persönliches Prestige einsetzen, die Liebe des Volkes“, heißt es im Spiegel Nr. 38/1967 treuerzig. Im Übrigen, findet der treffliche Spiegel-Redakteur, sei „die Kulturrevolution, von Auswüchsen abgesehen, eine Abnutzungsschlacht der Worte und Argumente“ gewesen, nichts sonst. In seiner China-„Titelgeschichte“ in Heft 3/1971 zeigt sich das Nachrichtenmagazin vollends von der Kulturrevolution, vom Kommunismus in China überzeugt: denn hier scheint „die Bewußtseinsveränderung... so weit fortgeschritten, die Spontaneität so entwickelt, daß die Klasseninteressen einer herrschenden Schicht oder Partei (!) zurücktreten.“ Bei Gott! ist man versucht zu sagen, so ist es! Die Marxologie feiert Triumphe. „Gegen Lius sattes Establishment, gegen die erstarnten Hierarchien in Staat und Partei ließ Mao seine Roten Garden stürmen.“ Fazit: „Wenn es den Chinesen gelingt, in ihrem unterentwickelten Land eine sozialistische Demokratie zu verwirklichen, wie sie jetzt in Anfängen sichtbar ist, kann das Reich der Mitte ein neues Modell für die Dritte Welt abgeben... Das Experiment... würde gleichermaßen die Klassengesellschaften der Industriestaaten des Ostens und des Westens herausfordern.“

Die rote Sonne im schwarz-braunen Herzen

An Sympathie für das „chinesische Modell“ wird der Spiegel nur noch von der BILD-Zeitung und der „Welt“ (und der Deutschen National-Zeitung) übertroffen. Welche Rolle diese Blätter in den Streikkämpfen der letzten Jahre gespielt haben, welche Rolle sie spielten und spielen im Kampf gegen die demokratische Bewegung in diesem Land, in der Verteufelung und dem Versuch der Kriminalisierung aller linken Kräfte, muß hier nicht erläutert werden. Auch ihr journalistischer Kloakenerguß jeden Tag über die „DDR“ ist bekannt. Um so „erstaunlicher“, könnte man sagen, ist, daß sie nunmehr ihr Herz entdecken für die kommunistische Volksrepublik China. Aber – ist es „erstaunlich“?

Nach der Bekanntgabe der Einladung Nixons nach China brachte BILD am 24.7.71 ein Interview mit „dem einzigen deutschen Journalisten, der in den letzten Jahren in China war“ – dem „China-Experten Nr. 1“ – – – Prof. Dr. Klaus Mehnert, weiland Korrespondent von Josef Goebbels „Angriff“ und Träger des NS-Kriegsverdienstkreuzes. (30) Dieser Edelkonservative – oder wurde er von der Mao-Führung als Antifaschist eingeladen? – wußte zu berichten, daß Mao für die Chinesen „eine Persönlichkeit (ist), von der sie ergriffen sind“. BILD: „Mao ist für die Chinesen kein Gott. Sie sind nicht religiös... Tschou En-lai ist ein geschickter Staatsmann.“ Überschrift des Halbseiten-Artikels: „Auch wenn's den Russen nicht paßt: Seid nett zu den Chinesen!“

Springer geht voran. Fortan wird in seinen Zeitungen berichtet von der „schlichte(n) Würde des Empfangs“ von Richard Nixon und daß Tschou En-lai von „anmutiger Courtoisie“ war (Welt vom 23.2.72), ein „Kavalier alter Schule“. (Bild vom 22.2.72.) (Forts. nach Dokumentation auf S. 21)

Dokumentation

Politischer Bericht des Sekretariats an die 4. Tagung des Bundesvorstandes, 20.—22. 1. 72 Referent: Christoph Strawé

Genossinnen und Genossen!

Auf der dritten Tagung des Bundesvorstandes haben wir eine Einschätzung der neuen Tendenzen der Hochschulpolitik der herrschenden Klasse vorgenommen. Kennzeichnend für das Hochschulrahmengesetz, so stellten wir fest, ist der Versuch, der demokratischen Bewegung an den Hochschulen administrativ zu begegnen und die imperialistische Herrschaft an den Hochschulen zu sichern und zu stabilisieren. Die Kampagne gegen Marxisten im öffentlichen Dienst, deren Funktion wir schon auf der letzten Bundesvorstandssitzung entlarvt haben, soll nach dem 28. Januar mit den vereinten Kräften der Länderbürokratie weiter vorangetrieben werden. Auch die antikommunistische Hetze, die dafür das notwendige Klima schaffen soll, wird verstärkt fortgeführt, wie die Angriffe der CDU/CSU, die Äußerung Genschers, die DKP sei verfassungfeindlich, und die Tiraden des RCDS an den Hochschulen beweisen.

1. Dezember — Erfolg für die demokratische Studentenbewegung

Die Aktion der demokratischen Studenten gegen das Hochschulrahmengesetz am 1. Dezember 1971 haben uns aber auch gezeigt, daß die Gegenkräfte sich formieren, daß an den Hochschulen ein großer Teil der Studenten bereit ist, den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten und die reaktionäre Entwicklung in der Hochschulpolitik aufzunehmen. Der 1. Dezember ist ein Beweis dafür, daß die Studentenbewegung trotz vieler Schwierigkeiten ein hohes Maß von Einheitlichkeit und Geschlossenheit zu entwickeln vermag. Eine wichtige Voraussetzung dafür war und ist die Existenz eines einheitlichen Dachverbandes der westdeutschen Studenten. Es waren die vom Zentralrat entwickelten Forderungen, die in den Demonstrationen von Hamburg bis München von der Masse der demokratischen Studenten vertreten wurde.

Die Kampfaktionen am 1. Dezember waren ein großer Erfolg für die Studentenbewegung, die an diesem Tag bewiesen hat, daß sie zu einem wichtigen Bestandteil der demokratischen Bewegung in der BRD geworden ist. Zu diesem Erfolg hat auch der MSB-Spartakus maßgebend beigetragen. Mit dem Aufruf der dritten Bundesvorstandstagung führte der Verband den Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz unter den Losungen: Bildung und Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, im Dienste des Friedens! Stoppt Strauß, Barzel und Springer und ihre Hilfstruppen an den Hochschulen, Kampf dem Wissenschaftsmonopol der Herrschenden, Marx an die Uni! Runter mit der Rüstung, mehr Geld für die Bildung! Verteidigt die demokratischen Rechte — für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Hochschulen!

Wir haben das Hochschulrahmengesetz nicht abstrakt bekämpft, sondern die Fragen herausgegriffen, die im Mittelpunkt der Klassenauseinandersetzungen an den Hochschulen stehen.

Mitglieder des Spartakus waren am Zustandekommen des vds-Aktionsprogramms für den 1. Dezember beteiligt. Der gesamte Verband hat an der Vorbereitung des 1. Dezember und an den Demonstrationen selbst den Nachweis erbracht, daß er in der Lage ist, eine politische Plattform zu entwickeln, die richtungweisend für den Kampf der Studenten gewesen ist, und gemäß dieser Plattform schlagkräftig zu handeln. Das hat unter anderem dazu geführt, daß es vielen Gruppen gelungen ist, ihren politischen Einfluß zu erhöhen und neue Mitglieder zu gewinnen.

Wobei wir klar erkennen müssen, daß es noch eine Reihe organisatorischer Mängel gibt, die wir überwinden müssen. Auch wurde mit dem Aufruf noch zu wenig gearbeitet, um jeden Genossen zu befähigen, eine schlüssige Antwort auf die Fragen der Studenten zu geben.

Breites Bündnis gegen reaktionäre Angriffe erforderlich

Genossinnen und Genossen!

Die Einschätzung der dritten Bundesvorstandstagung ist durch die politische Entwicklung vollauf bestätigt worden. Der Aufruf ist

heute ebenso aktuell, wie am 14. Oktober. Dennoch können wir einige neue Akzente in der Hochschul- und Bildungspolitik der Herrschenden feststellen. Sowohl CDU/CSU als auch die SPD/FDP-Regierung sind offenbar entschlossen, ihren Kurs gegen die demokratische Bewegung an den Hochschulen weiter zu verschärfen. Wir haben es zur Zeit ohne Zweifel mit einem breit angelegten Angriff gegen die demokratischen Rechte und gegen die Kampfpositionen der fortschrittlichen Studenten zu tun. Der Forderung nach einem Ordnungsrecht, die seit langem von der CDU/CSU und der Springer-Presse erhoben wurde, soll jetzt offenbar im Hochschulrahmengesetz entsprochen werden. Der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger geht daran, einen Staatskommissar für die Hochschulen mit weitgehenden Vollmachten zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ einzusetzen. Und am 28. Januar wird auf der Konferenz der Ministerpräsidenten und Innenminister darüber beraten, wie man die Politik der Berufsverbote möglichst einheitlich für die gesamte BRD durchsetzen kann.

Die demokratischen Freiheiten des Grundgesetzes sind zu einer Gefahr für die Klasseninteressen der Großbourgeoisie geworden. Der demokratifeindliche Charakter des imperialistischen Systems tritt klar zutage — trotz aller schönen Worte von „mehr Demokratie wagen“.

Jetzt wird alles davon abhängen, ob es uns gelingt, eine breite Abwehrfront aller Demokraten und Sozialisten gegen die reaktionären Anschläge auf die demokratischen Rechte aufzubauen.

Der Beschuß des vds, den 27. Januar zu einem Aktionstag zur Verteidigung der demokratischen Rechte zu machen, ist von uns begrüßt worden. Wir haben unsere Gruppen aufgerufen, diese vds-Initiative zu unterstützen und Veranstaltungen zu organisieren. Wir wissen, daß die kommenden Auseinandersetzungen in erster Linie davon bestimmt sein werden, die reaktionären Anschläge abzuwehren. Dazu müssen wir es noch besser als in der Vergangenheit verstehen, sowohl demokratische Organisationen außerhalb der Hochschule, als auch liberale und demokratische Studenten in diesen Kampf einzubeziehen — trotz aller ideologischen Differenzen.

Daß das möglich ist, zeigt die große Resonanz, die der Aufruf gegen den Antikommunismus bei den Dozenten und Professoren gefunden hat. Auch gibt es bei uns noch ein gewisses sektiererisches Herangehen an Fragen der Bündnispolitik. So können wir z. B. nicht erwarten, daß Dozenten, die sich gegen ein Berufsverbot ausgesprochen haben, auch in allen hochschulpolitischen Fragen unsere Auffassung teilen. Ebenso wäre es falsch, liberale Studentengruppen zurückzuweisen, die bereit sind, sich für die Verteidigung der demokratischen Rechte zu engagieren. Wir müssen im Gegenteil versuchen, den Erkenntnisprozeß in diesen Gruppen voranzutreiben, indem wir sie in den demokratischen Kampf miteinbeziehen.

Genossinnen und Genossen!

Unter dem Schlachtruf „Ruhe, Ordnung, Disziplin“ gehen CDU/CSU und die SPD-geführte Bundesregierung daran, die Mitbestimmungspositionen, die sich die fortschrittlichen Studenten an einer Reihe von Hochschulen erkämpft haben, zu liquidieren. „Ohne die Abschaffung der Mitbestimmung bekommen wir in der gesamten Hochschule keinen festen Boden unter die Füße“, schreibt die FAZ und formuliert damit heute ein Ziel, das die CDU/CSU morgen durchsetzen will.

Die herrschende Klasse richtet sich auf ihre Weise darauf ein, mit dem akuten Bildungsnotstand zu leben. Deshalb der Großangriff auf die Demokratie, auf die Rechte der Studenten, die nicht bereit sind, sich mit diesem Bildungsnotstand abzufinden.

Die Versuche der herrschenden Klasse, die Widersprüche im Bildungssektor mit Maßnahmen zu lösen, die eine Disziplinierung der Studenten zum Inhalt haben, die darauf hinzielen, die politische Bewegung an den Hochschulen zu unterdrücken, werden ohne Zweifel die Zahl der Studenten erhöhen, die erkannt haben,

daß das kapitalistische System nicht in der Lage ist, die Probleme der Bildungspolitik im Interesse der Massen der Studenten zu lösen. Es wird die wichtigste Aufgabe des MSB sein, eine erfolgreiche und konsequente Massenpolitik zu entwickeln, d.h. Aktionsziele aufzustellen, die den eigentlichen Gegner der Mehrheit der Studenten, das westdeutsche Monopolkapital, treffen, die den demokratischen Kampf an den Hochschulen mit der antimonopolistischen Bewegung der Arbeiterklasse und der verbündeten Klassen und Schichten verbinden und die Studenten für diese Aktionsziele zu mobilisieren.

Um diese Aufgabe zu lösen, muß der Spartakus dort verankert sein, wo die Masse der Studenten arbeitet, in den Instituten und Seminaren.

Verschärfung des ideologischen Kampfes

Genossinnen und Genossen!

Die Verschärfung der Lage an den Hochschulen geht einher mit der Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit zeigen deutlich, welche Funktion der Antikommunismus für die deutsche Monopolbourgeoisie hat. Antikommunistische und antisowjetische Kampagnen werden immer dann durchgeführt, wenn es darum geht, von Widersprüchen im Innern abzulenken, wenn es eine Politik in der Öffentlichkeit zu „verkaufen“ gilt, die den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung diametral entgegengesetzt ist, wenn die herrschende Klasse den Abbau der Demokratie weiter vorantreiben will. Eben diese Funktion erfüllen auch die gegenwärtigen antikommunistischen Attacken des RCDS. Wer die Hochschulpolitik der herrschenden Klasse rechtfertigen will – und das will der RCDS – der braucht das stetige Klima des Antikommunismus. Ebenso wie Strauß und Barzel eine Gefahr für die Demokratie in der BRD sind, ist der RCDS eine Gefahr für die demokratischen Rechte und Freiheiten. Unser Hauptgegner an den Hochschulen ist der RCDS nicht etwa deshalb, weil er seine Angriffe fast ausschließlich gegen den Spartakus richtet, sondern weil dieser Verband, wie seine Praxis insbesondere in Bonn beweist, sich mit der Reaktion außerhalb und innerhalb der Hochschule, hier mit den reaktionärsten Professoren vom „Freiheitsbund“, dort mit der CDU/CSU verbündet hat, um einer Politik zum Durchbruch zu verhelfen, die den Interessen der Mehrheit der Studenten fundamental widerspricht.

Wir sollten die Gefahr, die von der verstärkten Aktivität der Rechtskräfte ausgeht, nicht unterschätzen.

Da ist der Bund „Freiheit der Wissenschaft“. Er konnte bei einigen Rektoren- bzw. Präsidentenwahlen seine Kandidaten durchbringen. Welches Regiment diese Herren zu führen gedenken, exerziert der Bonner Rektor Hatto Schmidt vor. Z.B. ließ er einen Beschuß des Studentenparlaments, in dem die Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern zum Ausdruck gebracht wurde, qua Rechtsaufsicht aufheben. Im jetzt anstehenden SP-Wahlkampf verfügte er das Verbot des sogenannten wilden Plakatierens, ließ die Studentenzeitschrift „akut“ wegen einer Polemik gegen seine Hauspostille beschlagnahmen. Damit leistet dieser „Freiheitsbündler“ seinen Beitrag zur politischen Knebelung der Studenten. Wenn auch oftmals unter der Oberfläche, so üben die Mitglieder des „Freiheitsbundes“ auf die Berufungspraxis vieler Hochschulen einen nicht zu unterschätzenden Einfluß aus. Welche Rolle ihnen zugeschrieben ist, enthüllt am besten der sogenannte Gillessen-Artikel in der FAZ: Auf den Einfluß des BFDW unter den Hochschullehren vertrauend, wird hier die Alleinherrschaft der Ordinarien postuliert.

Da sind der RCDS und andere Rechtsgruppen.

Mit allen Mitteln versuchen die Herrschenden sie aufzupäppeln. Jüngstes bekanntgewordenes Beispiel ist der Verein „Student und Gesellschaft“, in dem es sich so bekannte und berüchtigte Großkapitalisten wie Schleyer und v. Bethmann zur Aufgabe gemacht haben, das Verständnis der Studenten für das „freie Unternehmertum“ zu wecken. Wie kräftig man seinen Hilfstruppen unter die Arme greift, beweist nicht zuletzt die Herausgabe eines zentralen Organs des RCDS mit einer Auflage von 130 000. Der RCDS seinerseits geht immer offenbar auf die Positionen der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals und deren Partei, der CDU/CSU, über und unterstützt deren Kurs der direkten Unterdrückung der demokratischen Bewegung der Arbeiter und Studenten. Deshalb kommt jetzt alles darauf an, den Kampf gegen den RCDS zu einer Sache der studentischen Massen zu machen. Dafür sind zwei Voraussetzungen nötig.

Erstens müssen wir die Praxis der CDU/CSU-Studenten entlarven. Hier muß jeder Student wissen, daß der RCDS in Bonn versucht, die unabhängigen Interessenorgane der Studenten zu

zerschlagen, daß er mit Hilfe der Justiz den vds finanziell ausöhnen will.

Zweitens müssen wir den Spartakus und jedes einzelne Mitglied befähigen, die Auseinandersetzung mit den antikommunistischen „Argumenten“ des RCDS offensiv zu führen. Dazu gehört auch, daß in den Publikationen sowohl des Bundesvorstandes als auch jeder einzelnen Gruppe auf die Errungenschaften, aber auch auf die Probleme des real existierenden Sozialismus eingegangen werden muß, denn wir wissen, daß viele Studenten Vorbehalte und Fragen gegenüber den sozialistischen Ländern haben – wie sollte das auch anders sein, nach über 20jähriger antikommunistischer Tradition in unserem Lande.

Wenn wir gegenwärtig als eine Hauptaufgabe die Isolierung der Rechtskräfte durch Entwicklung breiter Bündnisbewegungen ansehen, dann sollten wir mehr Aufmerksamkeit den liberalen und linksliberalen Kräften schenken. Wir sollten noch mehr als bisher versuchen, zu punktuellen Bündnissen mit ihnen zu kommen. Gerade die zunehmende Rechtsentwicklung verschärft die Polarisation in diesen Gruppen. In Bonn bspw. gelang es, mit einem relevanten Teil des LHB den Kampf zur Erhaltung der verfaßten Studentenschaft gegen den RCDS zu führen. Mit verschiedenen dieser Gruppe ist in bestimmten Fragen der Verteidigung demokratischer Rechte und der Demokratisierung der Hochschulstrukturen ein Zusammensehen möglich. Wenn es dadurch gelingt praktisch Erfolge für die Studenten zu erzielen und wir dabei das liberale Potential unter den Studenten in den antimonopolistischen Kampf einbeziehen können, wären wir Toren, darauf zu verzichten.

Schon die 3. Tagung des Bundesvorstandes stellte dem Verband die Aufgabe der Entwicklung breiter Bündnisse gegen die Reaktion. Die gegenwärtige Lage unterstreicht die Einsicht Lenins, der sagte: „Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anstrengung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten Riß zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, und selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag es auch ein zeitweiliger, unsicherer, schwankender, unzuverlässiger bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begreifen hat, der hat keinen Deut von Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“ Wir haben Anlaß zur Kritik und Selbstkritik, wenn in einigen Rechenschaftsberichten der Gruppen unsere Bündnispolitik reduziert wird auf den SHB (dies, wie vorhin gesagt, oft noch mit sektierischem Einschlag) und auf die Bündnispolitik in ASten und Fachschaftsgremien. Wir gehen bei unserer Bündnispolitik von den Klasseninteressen der Arbeiterklasse aus und davon, was eine Studentenorganisation, die an der Seite der Arbeiterklasse kämpft, gegenwärtig in der BRD an Aufgaben bewältigen muß. Wir sind gegen jede prinzipielle Bündnispolitik. Aber wir treten auch jedem Sektierertum kompromißlos entgegen.

Wir dürfen uns nicht sektierisch abkapseln, sondern müssen versuchen, mit ihnen zu gemeinsamen Aktionen und Initiativen zu kommen. Nur so profilieren wir auch den Spartakus als diejenige Kraft, die wirklich alles tut für die Aktionseinheit gegen die Reaktion. Bündnispolitik ist für uns keine taktische und konjunkturelle, sondern eine prinzipielle Frage.

Wenn wir den Rechtskräften rechtzeitig entgegentreten wollen, müssen wir uns auch scharf auseinandersetzen mit jenen sektierischen Gruppen in der Studentenbewegung, die den Rechten den Weg ebnen helfen. Wenn die Rechtsgefahr als Ge-
spenst – nur für den Spartakus sichtbar – angesehen wird, und man „statt gegen rechts – frontal gegen das Kapital“ angeht, wenn man auf den demokratischen Massenkampf zugunsten des Zirkelwesens, auch Sozialistisches Studium genannt, verzichtet, und wenn in der politischen Praxis der Spartakus zum Hauptfeind wird, dann nützt das nur den Rechten.

Wir sollten deshalb eine Einschätzung der verschiedenen Gruppen und ihrer Entwicklungstendenzen vornehmen, um daraus unsere Aufgaben im Ideologischen Kampf und die Möglichkeiten für konkrete Aktionseinheiten mit ihnen zu bestimmen. Festzustellen ist die Tendenz des Zerfalls, der weiteren Fraktionierung. Die Gruppen, die sich unter die Führung einer der sog. „KPD/MLSS“ begeben hatten, spielen an den Hochschulen nahezu keine Rolle mehr. Die andere Tendenz ist die der Sammlung und der Konsolidierung. Eine relative organisatorische Konsolidierung ist bei den Roten Zellen festzustellen, die sich immer mehr auf den „KSV“, den Studentenverband der „KPD-FU“ orientieren. Obwohl

sich ein kleiner Teil der Studenten, der über die Theorie in den antiimperialistischen Kampf gezogen wird, auf den „KSV“ orientiert, wird ihm ein wirklicher Masseneinfluß versperrt bleiben. Wer die materiellen Interessen der Studenten nicht vertritt, wer ihnen als Berufsperspektive nur „Propagandisten für die Arbeiterklasse“ anzugeben weiß, wer sich angesichts der reaktionären Zentralisierung im Wissenschaftsbereich durch das HRG ohnmächtig zeigt, der kann die studentischen Massen nicht ansprechen.

Bei denjenigen Gruppen, die sich uns am weitesten angenähert haben, wird es darauf ankommen, scharf ihren Antikommunismus, ihre sektiererischen Auffassungen über die Gewerkschaften und die SPD, ihre falsche Position zur Demokratie, zu kritisieren, Anknüpfungspunkte im antiimperialistischen Kampf, für eine Wissenschaft im Interesse der Werktäglichen für gemeinsame Aktionen zu nutzen. Wie sich offensives Auftreten gegenüber den Ultralinken auszahlt, zeigen unsere Genossen in Baden-Württemberg. Dort ist es gelungen, eine weitere Konsolidierung der „KSG (ML)“ zu verhindern und deren Masseneinfluß einzudämmen. Gerade für die „KSG (ML)“ gilt, daß ihre opportunistische Anbetung der „Logik des Kapitals“ letztlich ihr Stolperstein darstellen wird.

Unsere stärkste Waffe gegen alle links-rechtsopportunistischen Auffassungen ist unsere konkrete Politik und Praxis, unsere Fähigkeit, den Studenten in ihrem Interessenkampf die nächsten Schritte zu zeigen. Entscheidend ist, daß wir die Initiative zu Massenbewegungen ergreifen und diesen eine richtige Orientierung geben können. Aber wir sollten uns nicht zu vornehm sein, auf präzise Fragen präzise Antworten zu geben, auch wenn diese Fragen mit demagogischen Absichten gestellt werden. Wir sollten uns immer die Situation eines Studenten vergegenwärtigen, der dabei ist, sich frei zu machen von sozialdemokratischer Ideologie, der den Weg zum Marxismus und zum antiimperialistischen Kampf sucht, sich an der Hochschule verschiedenen, sich kommunistisch und marxistisch nennenden Gruppierungen konfrontiert sieht und sich entscheiden soll. Wenn wir uns ihm gegenüber nicht auszuweisen verstehen als die wirklich revolutionäre marxistische Studentenorganisation, wird er sich unter dem Einfluß seiner mitgeschleppten antikommunistischen Vorbehalte jenen ultralinken Gruppierungen zuwenden. Wir sollten uns nicht zu vornehm sein, uns gerade auch mit ultralinken Gruppierungen konkret und anhand ihrer eigenen Argumente, sozusagen mit Name und Adresse, auseinanderzusetzen. Dies wird es uns erleichtern, die besten Kräfte aus diesen Gruppierungen für uns zu gewinnen. Aus solchen Überlegungen zog das Sekretariat praktische Konsequenzen. So werden wir in den „roten blättern“ und im „facit“ mehr als bisher theoretische Artikel und Polemiken aus dem Kampf für den Kampf veröffentlichen. Wir müssen, kurz gesagt, aus der Tatsache, daß wir die besseren Argumente haben, mehr als bisher Kapital schlagen. Dies auch zur Unterstützung gerade der kleineren Gruppen, die Entlastung und Schützenhilfe im ständigen Clinch mit Ultralinken an ihren Universitäten brauchen.

Zusammenfassend können wir einschätzen, daß durch unsere Erfolge die ultralinken Gruppen immer mehr gezwungen sind, einzelne Momente unserer Politik zu übernehmen. Das erfordert differenziertere ideologische Auseinandersetzung, eröffnet gleichzeitig aber bessere Möglichkeiten für ein Zusammengehen in bestimmten Aktionen.

Ein einheitliches Aktionsprogramm ist jedoch zur Zeit mit keiner dieser Gruppen möglich.

Bündnis mit dem SHB von zentraler Bedeutung

Genossen und Genossinnen!

Trotz aller Versuche der SPD-Parteiführung, den Erkenntnisprozeß innerhalb des SHB durch Erpressungsmaßnahmen zu stoppen, wie z.B. durch die Drohung, dem SHB den Namen zu entziehen, ist auf der jüngsten Bundesdelegiertenversammlung des SHB mit überwiegender Mehrheit ein Dokument verabschiedet worden, das in wesentlichen Grundlagen von einer marxistischen Analyse der Wirklichkeit in der BRD ausgeht.

Wir können feststellen, daß der SHB in seinem Grundsatzpapier von Klassenkampfpositionen ausgehend den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital führen will, daß er für den Hochschulkampf das Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung weiterhin vertritt. Die BDV hat gezeigt, daß die zum antimonopolistischen und antiimperialistischen Kampf, daß die zum Marxismus tendierenden Teile des SHB stärker geworden sind und bestimmenden Einfluß ausüben.

Wir können dem 1. Sprecher des BZR des SHB nur zustimmen, wenn er erklärt, daß dieses Ergebnis weit wichtiger und vorwärts-

weisender ist als der Versuch bestimmter Kräfte innerhalb des SHB, den Verband zu spalten und die BDV zu einer Tribüne des Antikommunismus zu machen. Diese Splittergruppe, die sich „Sozialistische Fraktion“ nennt und ein seltsames Gemisch aller möglichen Rechts- und Linksopportunisten darstellt, ist von der bürgerlichen Presse aufgepäppelt worden, da man hoffte, daß ihr Auftreten dazu führen werde, daß das Kampfbündnis zwischen SHB und SPARTAKUS zerbricht. Daß dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, war eine herbe Enttäuschung für die Herrschenden und ein Erfolg für die demokratische Studentenbewegung.

Es ist abzusehen, daß die sogenannte „Sozialistische Fraktion“ aufgrund ihrer ideologischen Konfusion und ihrer opportunistischen Praxis ihren Einfluß auf absehbare Zeit verlieren wird, insbesondere dann, wenn den Studenten an den betreffenden Hochschulen bewußt wird, daß sich hinter dem SHB die Politik und Praxis der sogenannten „Sozialistischen Fraktion“ verbirgt.

Genossen und Genossinnen!

Für uns war und ist das feste Bündnis mit dem SHB keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis einer kontinuierlichen und konstruktiven Bündnispolitik. Dort, wo unterschiedliche Auffassungen bestehen, müssen sie in einer solidarisch geführten Diskussion geregelt werden.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß das Kampfbündnis von SHB und Spartakus eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der fortschrittlichen Studentenbewegung ist und bleibt. Gerade im Hinblick auf den vds muß sich dieses Bündnis bewähren. Nicht zuletzt die Versuche der Liquidierung des vds durch den RCDS mit Hilfe der Klassenjustiz demonstrieren uns, welch bedeutende Rolle der vds hat. Besonders bei der Vorbereitung und Durchführung der Massendemonstrationen vom 1.12. hat der vds eine koordinierende und mobilisierende Funktion innegehabt. Die Beschlüsse des vds-ZR über die Aktionen und ein Aktionsprogramm waren der Ausgangspunkt für den Aufschwung der demokratischen Studentenbewegung. Auch jetzt wieder wird uns die Bedeutung des vds bewußt. Die Beschlüsse der letzten ZR-Sitzung, Aktionstag 27.1., die mit breiter Mehrheit gefaßt wurden, beweisen, daß der vds in der Lage ist, die Aktivitäten der demokratischen Studenten zusammenzufassen und richtig zu orientieren. Gerade deshalb ist die Weiterentwicklung des vds wichtiger Bestandteil der Weiterentwicklung der Studentenbewegung überhaupt. Dies wird nicht einfach sein. Die Angriffe von rechts müssen abgewehrt werden. Die Versuche pseudorevolutionärer Gruppen, den vds zu einer Informationszentrale zu degradieren oder ihn zu einer permanenten Strategiekonferenz aller Linken umzufunktionieren, müssen vereitelt werden.

Der vds ist und muß es noch mehr werden, ein Instrument aller fortschrittlichen Studenten, die sich gegen die Unterordnung der Wissenschaft unter das Monopolkapital und den Abbau demokratischer Rechte wehren. Auf der vds-MV sollte deshalb ein politisches Aktionsprogramm beschlossen werden, das für alle demokratischen Studenten eine Plattform bietet. Die vds-MV muß einen Beitrag leisten zur Stärkung der Kampffront aller fortschrittlichen Hochschulangehörigen, muß die Orientierung auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse bekräftigen.

Genossinnen und Genossen!

Die bevorstehenden SP-Wahlkämpfe, die vds-MV, die Welterführung des studentischen Kampfes gegen das HRG und reaktionäre Länder-Hochschulgesetze, all dies steigert die Anforderungen an unseren Verband. Wir müssen darum Überlegungen anstellen, wie wir die komplizierte Lage an den Hochschulen meistern können.

Konzentration auf Massenarbeit und ideologische Arbeit erforderlich

Wenn wir uns die Frage stellen, worauf wir uns konzentrieren müssen, um den Verband instand zu setzen, den politischen Aufgaben vollkommen gerecht zu werden, die vor uns stehen, so lautet die Antwort darauf: Notwendig ist die verstärkte Hinwendung zur Arbeit mit und unter den studentischen Massen und die Schaffung der notwendigen organisatorischen Voraussetzungen dafür. — Des weiteren die Verstärkung der Ideologischen Arbeit, damit die Beschlüsse, die wir auf der zweiten Bundesvorstandstagung gefaßt haben, realisiert werden können.

Den Anforderungen dieser verschärften ideologischen Auseinandersetzung entspricht der Stand der ideologischen Arbeit im Verband keineswegs. Oft tritt die ideologische Arbeit in den Hintergrund, da die Vielfältigkeit der hochschulpolitischen Aufgaben kaum Zeit läßt für die theoretische Diskussion. Wir müssen erreichen, daß trotz Vollversammlungen, teach-ins, Fachschafts- und Basisgruppenarbeit die ideologische Arbeit den Platz erhält, der ihrer Bedeutung für eine marxistische Studenten-

organisation entspricht. Das ist sowohl eine Frage der politischen Prioritätensetzung als auch der besseren Hilfe und Anleitung durch den Bundesvorstand.

Den Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik aufzeigen

Genossinnen und Genossen!

Die Hochschul- und Bildungspolitik der herrschenden Klasse in der BRD ist kein isolierter Bereich, der losgelöst ist von der Innen- und Außenpolitik des westdeutschen Imperialismus. Viele Studenten fragen uns, wie denn die realistischeren Schritte in der Außenpolitik mit der reaktionären Innen- und Hochschulpolitik der SPD/FDP-Regierung miteinander zu vereinbaren sind. Wir können feststellen, daß die derzeitige Verschärfung des Klassenkampfes im Inneren nicht unter der Bedingung des Anwachsens der allgemeinen internationalen Spannung, so wie es früher war, vor sich geht, sondern zu einem Zeitpunkt, da die Tendenzen zur internationalen Entspannung offensichtlich zunehmen. Es ist keineswegs verwunderlich, denn die Verträge von Moskau und Warschau, das Westberlin-Abkommen und die Vorbereitung der KSE sind in erster Linie das Ergebnis der Stärke und der konsequenten Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, sowie des demokratischen Kampfes gegen die maßlosen Rüstungsausgaben und für die Sicherheit in Europa in den kapitalistischen Metropolen selbst. All das hat dazu geführt, daß die Möglichkeiten des Imperialismus aus seinen inneren Widersprüchen mit Hilfe von außenpolitischen Abenteuern einen Ausweg zu finden, immer geringer werden. Und der ideologische Kampf nimmt nicht zuletzt deshalb an Schärfe zu, weil die Möglichkeiten des Imperialismus, den Kampf gegen den Sozialismus mit militärischen Mitteln zu führen, immer begrenzter werden. In der BRD befürchtet die herrschende Klasse und ihre politischen Vertreter, daß die Schritte zur Entspannung in Europa den Antikommunismus als konzentrierten Ausdruck imperialistischer Ideologie und wichtigstes ideologisches Instrument zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Herrschaft zurückdrängen könnten und daß die Kräfte des Sozialismus und der Demokratie an Einfluß gewinnen könnten. Deshalb der konzentrierte Angriff auf die marxistischen Kräfte und die Initiierung einer antikommunistischen Hetze. Die gegenwärtige Situation zeigt erneut, daß die Verträge von Moskau und Warschau und eine Europäische Sicherheitskonferenz den Klassenkampf keineswegs überflüssig machen, sondern bessere Bedingungen schaffen für den Kampf der Arbeiterklasse und der Volkskräfte überhaupt. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß wir den Versuchen entgegentreten, den Inhalt der Verträge zu verfälschen und das Zustandekommen einer KSE zu verzögern.

Die wirkliche Substanz der Verträge hervorheben!

Daß wir mit solchen Versuchen zu rechnen haben, zeigt die positive Reaktion der Bundesregierung auf die Barzel-Bedingungen für eine Zustimmung der CDU/CSU zu den Verträgen. Der sozialistischen DDR wird immer noch das Lebensrecht abgesprochen. Obwohl die Bundesregierung durch die Verträge und das Westberlin-Abkommen auf die Anerkennung der Realitäten festgelegt werden konnte, versucht sie die Verträge zu unterlaufen und über den Hebel der sogenannten "besonderen innerdeutschen Beziehungen" der DDR die Souveränität abzuerkennen. Die jüngsten Provokationen in Kiel-Holtenau und während der Vorbereitung der Umweltschutzkonferenz in Stockholm zeigen erneut, daß eine Verhärtung des Kurses gegenüber der DDR festzustellen ist. In der Öffentlichkeit soll der Eindruck erweckt werden, als ob auch nach der Ratifizierung der Verträge die Fiktion einer einheitlichen deutschen Nation aufrechterhalten werden könnte. Hinter all diesen Bestrebungen steht der Versuch, die alten Systemziele des Imperialismus, die Zurückdrängung des Sozialismus in Europa auch nach der Ratifizierung der Verträge weiter zu verfolgen.

Um solchen Plänen vorzubeugen, muß sich die Aktivität der demokratischen Kräfte in der Phase der Ratifizierung der Verträge auf die wirkliche Substanz der Verträge konzentrieren. Es ist unsere Aufgabe darzustellen, was die Verträge eigentlich beinhalten, welche Konsequenzen sie in der Innenpolitik haben müssen und warum die Masse der Bevölkerung ein Interesse an der Verwirklichung der Verträge hat. Hier wird nichts im Selbstlauf geschehen, denn der Imperialismus der BRD hat seinen reaktionären und aggressiven Charakter keineswegs verändert.

Der MSB Spartakus hat in der Kampagne zum 1. Dezember den Zusammenhang zwischen dem Kampf für eine bessere und demokratische Ausbildung und dem Kampf um den Frieden aufgezeigt. Die Lösung: Runter mit der Rüstung – mehr Geld für die Bildung

konnte in den Aktionen durchgesetzt werden – gegen den Widerstand der „Linksopportunisten“, die über der „Logik des Kapitals“ die Interessen der Arbeiterklasse vergessen. In den „roten Blättern“ und in mehreren Gruppenzeitungen ist zum Friedenskampf Stellung genommen worden. Dennoch müssen wir feststellen, daß diese Frage, die für den gegenwärtigen Klassenkampf von zentraler Bedeutung ist, im demokratischen Kampf an den Hochschulen noch nicht den Platz einnimmt, der ihr kommt. Der Kampf für das baldige Zustandekommen einer KSE, für die Verwirklichung der Verträge und gegen den Versuch ihrer Verfälschung, für die Aufnahme der BRD und der DDR in die UNO zu einer Sache der Mehrheit der Studenten zu machen, wird eine wichtige Aufgabe des Spartakus sein. Voraussetzung dafür ist, daß es uns gelingt, den Illusionen über den Charakter des Imperialismus wirksam entgegenzutreten und den Studenten zu vermitteln, warum eine solche Politik des Friedens und der Entspannung ihren Interessen entspricht.

Genossinnen und Genossen!

Die Wiederaufnahme der Bombenangriffe gegen die DRV durch die amerikanischen Aggressoren haben erneut gezeigt, daß die USA die imperialistische Macht sind, die am wenigsten bereit ist, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz anzuerkennen. Ohne Zweifel wird der amerikanische Imperialismus versuchen, die progressive Entwicklung in einigen lateinamerikanischen Ländern wieder rückgängig zu machen. Wichtigstes Objekt für ihre imperialistischen Anschläge ist ohne Zweifel das antiimperialistische Chile, wie die jüngsten Ereignisse zeigen. Die fortschrittlichen Kräfte überall in der Welt haben im US-Imperialismus einen erbitterten und immer noch starken Gegner. Bundeskanzler Brandt hingegen nannte sein Zusammentreffen mit ihm äußerst harmonisch. Es sei volle Übereinstimmung in den behandelten Fragen erzielt worden. Das heißt volle Übereinstimmung mit dem wichtigsten Bollwerk der Reaktion in der Welt, mit der Macht, die in Vietnam Völkermord begeht und Dutzende von Ländern ausbeutet und unterdrückt. Diese weitere Annäherung an die reaktionären Ziele der amerikanischen Politik bestärkt uns in unserer Auffassung, daß auch in der Phase der Ratifizierung der Verträge die SPD-FDP-Regierung die imperialistischen Ziele weder in der Innen- noch in der Außenpolitik aufzugeben bereit ist. Was die Innenpolitik angeht, so hat der Innenminister dieser Regierung, Genscher, die Auffassung vertreten, die DKP verfolge verfassungsfeindliche Ziele. Das ist doch nichts anderes als eine Aufforderung an die CDU-CSU, weiterhin das Verbot der DKP zu betreiben.

Als Begründung für seine Behauptung führt er an, die DKP berufe sich auf den Marxismus-Leninismus. Da die kommunistischen Parteien überall in der Welt sich auf den Marxismus-Leninismus berufen, ist die Bundesregierung offenbar der Meinung, daß auch in allen anderen kapitalistischen Ländern den Kommunisten die demokratischen Rechte verweigert werden sollten. Eine Praxis, die in Westeuropa, von Griechenland, Spanien und Portugal betrieben wird. Das zeigt den Platz, den die Bundesregierung in dieser Frage einnimmt. Der Angriff auf die Legalität der kommunistischen Partei ist ein Angriff auf die Demokratie in diesem Lande – gemeinsam getragen von CDU, SPD und FDP. Hier zeigt sich, wer in Wahrheit die Verfassung mißachtet. Der MSB Spartakus hat wiederholt festgestellt, daß wir allen Versuchen des Großkapitals, die demokratischen Rechte und Freiheiten des Grundgesetzes auszuhöhlen und abzubauen, den Kampf um die Erhaltung und Ausweitung dieser Rechte entgegenstellen. Unsere Haltung zum Grundgesetz ist klar, und von dieser klaren Haltung lassen wir uns auch nicht durch die „Revisionismus-Linie“ der sektiererischen Gruppen abbringen. Wer in dieser Frage vor den linksopportunistischen Angriffen und deren scheinrevolutionären Kraftmelerei zurückweicht, der marschiert genau dorthin, wo der Klassengegner uns haben möchte.

SPD/FDP-Regierung handelt im Interesse des Großkapitals

Genossinnen und Genossen!

Wenn wir eine Bilanz des zweiten Jahres der „sozialliberalen Koalition“ ziehen, so können wir feststellen, daß die Bundesregierung auch in diesem Jahr eine Politik betrieben hat, die an der Vertretung der Interessen des Großkapitals ausgerichtet war. Das Ergebnis der harten sozialen Auseinandersetzungen ist, daß die Unternehmer ihre Position gehalten haben. Es ist der Arbeiterklasse trotz großer Kampfbereitschaft nicht gelungen, die Reallohn zu erhöhen und einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu erkämpfen. In den Streikauseinandersetzungen hat die sozialdemokratisch geführte Regierung dem Großkapital den Rücken gestärkt. Gemeinsam mit den Unternehmerverbänden

versucht die SPD-Führung die Gewerkschaften zu Ordnungsfaktoren innerhalb des kapitalistischen Systems zu machen. All das hat die Kampffront der Arbeiterklasse geschwächt. Dennoch konnte sie nicht verhindern, daß die Arbeiterklasse sich gegen das Lohndictat der Unternehmer und deren Willkürmaßnahmen entschlossen zur Wehr setzen. Die Streiks in der Metallindustrie haben überzeugend demonstriert, daß der Kampfwille der Arbeiterklasse gewachsen ist und die Erkenntnisse, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft soviel an politischen Rechten und an Lebensstandard durchsetzen, wie sie sich selbst erkämpfen.

Genossinnen und Genossen!

Trotz aller antikommunistischen Kampagnen hat die Deutsche Kommunistische Partei ihren Einfluß unter der Arbeiterklasse und der arbeitenden und lernenden Jugend weiter erhöhen können, wie der Düsseldorfer Parteitag der DKP bewiesen hat. Wir sind überzeugt davon, daß sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Die Stärke der marxistischen Partei der Arbeiterklasse ist eine entscheidende Voraussetzung für eine weitere Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und der verbündeten Klassen und Schichten. Je stärker der Einfluß der Deutschen Kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse, desto größer die Möglichkeiten, das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz zu festigen und auszubauen. Der Parteitag der DKP ist deshalb nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die fortschrittlichen Teile der Intelligenz von großer Bedeutung.

Es gilt sehr wohl auch weiterhin zu unterscheiden zwischen den ultrareaktionären und offen revanchistischen CDU/CSU und der Politik der SPD-Führung. Das sollte jeder tun, der von den Interessen der Arbeiterklasse nicht nur redet, sondern auch danach handelt, denn der Arbeiterklasse kann es nicht gleichgültig sein, welche Kräfte innerhalb der Monopolbourgeoisie die Politik bestimmen. Aber diese Arbeiterinteressen verlangen es ebenfalls – gerade auch aufgrund der Ereignisse der letzten Monate – die Politik der SPD-Führung und der Bundesregierung einer prinzipiellen Kritik zu unterziehen. Diese Regierung versucht auch heute noch, – denn das ist ihre Funktion – die Arbeiterklasse durch Reformen und bestimmte Zugeständnisse an das imperialistische System zu binden. An dieser Einschätzung hat sich prinzipiell nichts geändert. Es hat sich allerdings gezeigt, daß der Spielraum zwischen der Vertretung der Interessen der Monopole einerseits, und gewissen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte andererseits, immer geringer wird. Das beweist nicht zuletzt die Hochschul- und Bildungspolitik dieser Regierung.

SPARTAKUS hat sich erfolgreich entwickelt

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir müssen uns hier Rechenschaft ablegen dafür, wie der Verband für die Bewältigung dieser neuen komplizierten Situation gerüstet ist, auf welche Aufgaben wir uns konzentrieren müssen. Dabei berücksichtigen wir, daß es offensichtlich eine solche Lage an den Hochschulen gibt, in der die politischen, ideologischen und organisatorischen Anforderungen für die Verwirklichung unserer politischen Orientierung wachsen, wo jede politische, ideologische und organisatorische Schwäche unmittelbar sichtbare Auswirkungen nach sich ziehen muß. Mehr als bisher gilt, daß was wird, von unserer bewußten Tat abhängt. Mehr als bisher gilt: Von der Stärke des SPARTAKUS wird es abhängen, ob insgesamt die Gegenkräfte gegen den Angriff auf die demokratischen Rechte stark genug werden, um diesen Angriff zurückzuweisen. Die Lösung, „Macht den SPARTAKUS stark“, die wir auf dem 1. Bundeskongreß entwickelten, steht demgemäß weiter im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Uns scheint allerdings, und das ist auch Ergebnis der Auswertung unserer Jahreshauptversammlungen, daß es gegenwärtig darauf ankommt. Im Verband ein umfassenderes Verständnis für alle Seiten der Kampfaufgabe „Macht den SPARTAKUS stark“ zu erzielen.

Die Stärke des SPARTAKUS ist nicht nur seine organisatorische Stärke, wiewohl seine organisatorische Stärke Voraussetzung jedes politischen Erfolgs ist und bleibt. Der MSB SPARTAKUS wird aber nicht nur stark durch die Gewinnung von neuen Mitgliedern, er ist stark und wird stark durch seinen Einfluß und seine Verankerung in den studentischen Massen, stark durch seine ideologischen, bewußtseinsbildenden Einfluß unter den Studenten, durch seine theoretische Attraktivität, stark durch seine politische Geschlossenheit, stark durch seine Fähigkeit, die Studenten für konkrete Aktionsziele zu mobilisieren, durch seine taktische Beweglichkeit, durch seine Positionen in den gewählten

Organen der Studentenschaft. Er ist stark und wird stark durch seine Fähigkeit, als einigende Kraft in der Bewegung der Studenten, aller demokratischen Hochschulangehörigen zu wirken. Wir können heute, genau 8 Monate nach der Verbandsgründung, in aller Deutlichkeit sagen: Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS hat sich insgesamt erfolgreich entwickelt. Die Richtigkeit unserer Orientierung und unseres Weges wurde in vielfältiger Weise durch die Praxis bestätigt. Er wirkte als mobilisierende und einigende Kraft im demokratischen Kampf der Studenten, wirkte für die Heranführung der Studenten an den Kampf der Arbeiterklasse und der gesamten demokratischen Bewegung.

Wir konnten neue Mitglieder gewinnen und die Zahl unserer Gruppen beträchtlich erhöhen. Der MSB SPARTAKUS hat heute 2000 Mitglieder und über 70 Gruppen. Er konnte seine Positionen an den Hoch- und Fachhochschulen ausbauen.

Auf der 2. Bundesvorstandstagung orientierten wir den Verband auf die Gewinnung neuer Mitglieder, berieten Maßnahmen zur Entwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit, beschlossen ein marxistisches Bildungsprogramm, nahmen mit dem Beschuß über die Einberufung der Jahreshauptversammlungen Kurs auf die weitere organisatorische Vereinheitlichung unseres Verbandes. Wir konnten in der Folgezeit unsere „roten blätter“ zur auflagenstärksten progressiven überregionalen Studentenzeitung ausbauen. Die Herausarbeitung der konkreten Formen und Methoden zur Verwirklichung der durch den Bundeskongreß gesetzten politischen Leitlinie durch die 2. BV-Tagung schufen die Voraussetzung dafür, daß die 3. Tagung des Bundesvorstands ein konkretes Aktionsprogramm, ausgehend von den objektiven Kampfbedingungen an den Hochschulen, entwickeln konnte, welches die programmatische Aussage der Grundsatzverklärung einlöste: „Um dem Kampf der Studenten Richtung und Ziel zu geben, entwickelt der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS, ausgehend von den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Mehrheit der Studenten, ein Programm der demokratischen Alternative zur Politik des Großkapitals im Wissenschafts- und Ausbildungssektor, entwickelt eine Strategie, die den Kampf an der Hochschule mit dem sozialen und politischen Gegenwarkampf überhaupt und dem Kampf um Sozialismus verbindet.“ So trugen wir entscheidend bei zum Erfolg des 1. Dezember.

Im Mittelpunkt: Massenverankerung und marxistische Ideologie

Die Gesamtbilanz unserer Jahreshauptversammlungen ergibt, daß durchweg alle Gruppen bemüht sind, wenn auch noch mit unterschiedlichem Erfolg, eine konkrete Politik auf der Grundlage der Beschlüsse und Dokumente des Verbandes zu entwickeln. Von großer Bedeutung für die Arbeit der Gruppen war dabei neben der Wahl der neuen Vorstände die Vorlage und Diskussion der Rechenschaftsberichte. Doch Erfolge zu haben heißt für uns nicht, darauf zu verzichten, eine kritische Einschätzung der bisher geleisteten Arbeit vorzunehmen. Die acht Monate, die seit dem Bundeskongreß vergangen sind, geben uns die Möglichkeit, die Erfahrungen, die der ganze Verband, die einzelnen Gruppen, die Vorstände und die Führung in der Verwirklichung der vom Bundeskongreß beschlossenen Orientierung, der richtigen Beschlüsse der Bundesvorstandstagungen machten, zu verallgemeinern und insbesondere jene hemmenden Momente herauszuarbeiten, auf deren Beseitigung sich die Gruppen, die Vorstände und insbesondere die Führung des Verbandes zu konzentrieren haben, um vorhandene Schwächen zu beseitigen und uns insgesamt besser auf die gegebene Situation politisch, ideologisch und organisatorisch einzustellen. Wir meinen, daß diese Frage im Mittelpunkt der 4. Tagung des Bundesvorstands stehen soll.

„Aus unserer Aufgabe, die Studentenschaft zum antiimperialistischen und antimonopolistischen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zu mobilisieren“, so sagten wir auf dem 1. Bundeskongreß, „ergibt sich unsere Funktion. Wir sind der Marxistische Studentenverband, der allen Studenten, die den Weg zur Theorie von Marx, Engels und Lenin suchen, die ernsthaft bereit sind, den Kampf gegen Imperialismus und Monopolkapital organisiert zu führen, eine organisatorische Plattform bietet.“ „Wir sind“, stellten wir weiter fest, „ein sozialistischer Studentenverband, der nicht auf einer beliebigen, sondern auf der von Marx und Lenin entwickelten Theorie und Praxis aufbaut und für den Sozialismus kämpft. Von der Notwendigkeit dieses Kampfes werden wir immer größer werdende Teile der Studentenschaft überzeugen und die jeweils fortgeschrittensten Kräfte in unserem Verband aufnehmen, um Ihnen damit die Möglichkeit der Weiterentwicklung zu geben.“

Unser Verband ist also von seinem Charakter her die marxistische Massenorganisation der Studenten in der BRD und ist zugleich eine Schule des Marxismus. Schon aus dieser Grundüberlegung

ergibt sich, daß im Zentrum unserer Verbandsarbeit 1. der Ausbau unserer Massenarbeit stehen muß und 2. die innerer Festigung des Verbandes durch die Verstärkung der ideologischen Arbeit. Gemessen werden wir nicht nur an diesem oder jenem Erfolg unserer Tätigkeit, nicht an dieser oder jener Position, die wir erkämpfen, gemessen werden wir am Erfolg unseres Wirkens für eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses an den Hochschulen insgesamt, gemessen werden wir daran, wieweit es uns gelingt, Studenten praktisch an den Kampf der Arbeiterklasse heranzuführen, sie langfristig auch über die Hochschule hinaus von der Notwendigkeit dieses Kampfes zu überzeugen und in unseren Reihen und aus unseren Reihen solche sozialistische Intellektuelle zu entwickeln, die ihre Fähigkeiten und Kenntnisse ihr Leben lang in den Dienst der Arbeiterbewegung und des gesellschaftlichen Fortschritts stellen.

Wir stehen einem mächtigen, organisierten, erfahrenen, verschlagenen, raffinierten Gegner gegenüber, der keine Position kampflos räumt, sondern alle Mittel und Methoden, die ihm beim gegenwärtigen Stand der nationalen Kräfteverhältnisse noch zur Verfügung stehen, gegen uns zum Einsatz bringt. Die stärkste Waffe gegen einen solchen Gegner ist unsere Massenverankerung und unsere marxistische Ideologie. Das muß im Mittelpunkt stehen. Wenn wir dies beachten, werden wir alle Schläge des Gegners verkraften. Man kann zum Beispiel verhindern, daß Studenten den Marxistischen Studentenbund SPARTAKUS wählen, indem man das Recht der Studenten überhaupt, eigene Organe und Vertretungen zu wählen, administrativ liquidiert.

Wenn wir aber beachten, daß unsere Hauptaufgabe unsere Arbeit unter den Massen und mit den Massen ist, wenn wir überall unter den Studenten präsent sind und die richtigen aktionsbezogenen Kampfflosungen entwickeln, die massenbewegenden Fragen aufgreifen, werden unsere Gegner auch durch solche Maßnahmen nicht verhindern können, daß sich Studenten auf den MSB Spartakus orientieren. Deshalb kämpfen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, für die Erhaltung demokratischer Rechte, für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft, wir versuchen in jeder Weise eine breite Abwehrfront gegen diese Versuche zu mobilisieren, aber wir wären, so meinen wir, schlecht beraten, wenn wir unsere parlamentarische und Gremienarbeit zum Ausgangs- und Mittelpunkt unserer gesamten Tätigkeit machen.

Alle gesellschaftlichen Veränderungen werden von den Volksmassen, primär der Arbeiterklasse bewirkt. Daraus ergibt sich und ergab sich für Marxisten das Prinzip des außerparlamentarischen Kampfes vor dem parlamentarischen. Für uns sind die Studentenschaftsgremien Organe, derer sich die Studenten in ihrem Interessenkampf bedienen, wir arbeiten in diesen Organen, um ihre Entwicklung zu solchen Instrumenten zu unterstützen, wir nutzen sie gleichzeitig als Plattform, von der aus dieser Interessenkampf vereinheitlicht werden kann und ihm wichtige Impulse gegeben werden können. Wir unterstützen alle Organisationsansätze, die sich um diese Organe gruppieren, Fachschaftsaktive, Instituts- und Basisgruppen.

Eine Überschätzung der parlamentarischen und Gremienarbeit führt häufig auch zu sektiererischen Implikationen. Da wo die notwendige eigenständige Profilierung des SPARTAKUS als politischer Studentenorganisation, sein für die Studenten sichtbares Auftreten an jedem Institut und jedem Fachbereich unterschätzt wird, gewinnt der ASTA leicht falsche Ersatzfunktionen. Ein ASTA kann jedoch niemals die politische Organisation der marxistischen Studenten ersetzen. Er hat, wie gesagt, andere Aufgaben und einen anderen Charakter.

Sektionen – Instrumente der Massenverankerung

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Wesen einer revolutionären Organisation besteht bekanntlich neben ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung, ihrem Vermögen nie das sozialistische Ziel aus dem Auge zu verlieren, der Beherrschung der Dialektik der Kampfformen und ihres konsequenten Internationalismus, in der Fähigkeit die Massen anhand ihrer eigenen Erfahrungen politisch zu entwickeln, sie anhand der Praxis von der Notwendigkeit revolutionärer Umgestaltungen zu überzeugen, Wege und Methoden zu finden, sie zu entschiedenen Aktionen zu führen, die gegen das spätkapitalistische System gerichtet sind. Es besteht aus dem Vermögen, die Massen zum Kampf für konkrete politische und ökonomische Forderungen zu mobilisieren, rechtzeitig Lösungen zu formulieren und um diese Lösungen, dies gilt für uns als Studentenverband, alle Abteilungen der progressiven Studentenbewegung zu vereinigen.

Großes Gewicht messen wir deshalb solchen Aktionen wie denen im Zusammenhang mit dem Bonner Satzungskonvent zu, auch dann, wenn sie sich, wie in Bonn, nicht gleichzeitig in einer Stär-

kung des SPARTAKUS niederschlagen. Hier zeigt sich im übrigen besonders brennend, daß die Voraussetzung gerade für den langfristigen Erfolg einer solchen Massenarbeit die Gewinnung neuer Mitglieder, die Verankerung des SPARTAKUS in jedem Seminar, an jedem Institut ist. Der SPARTAKUS darf den Studenten nicht als eine anonyme Propagandamaschine erscheinen. Die Studenten müssen den SPARTAKUS in der lebendigen Arbeit unserer Genossen an ihrem Institut, dort wo sie arbeiten und studieren, wo auch unsere Genossen arbeiten und auch studieren, kennenlernen. Nur so schaffen wir jene Zugangsmöglichkeiten zur marxistischen Theorie und Praxis, die die Wirkungen des Antikommunismus eindämmt, nur so geben wir den in Aktionen anpolitierten Studenten eine weiterführende Perspektive, entwickeln wir das kontinuierliche Gespräch mit den Studenten. Einige Gruppen haben in dieser Beziehung schon Beachtliches geleistet. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß noch nicht überall die Mitgliederwerbung ihren gebührenden Platz in der Arbeitsplanung der Gruppen hat. Wir müssen den Zustand überwinden, daß oft die Arbeit des SPARTAKUS in den Instituten und Seminaren fast ausschließlich als Arbeit in Fachschaftsgremien und Basisgruppen gesehen wird.

Den SPARTAKUS an jedem Institut verankern, kann aber nicht nur heißen, daß einzelne Genossen in Fachschaften und Basisgruppen mit anderen Studenten zusammenarbeiten, sondern der SPARTAKUS muß als SPARTAKUS am Institut den politischen, ökonomischen und ideologischen Kampf verbinden. Deshalb ist auf Institutsebene die organisatorische Basis des Verbandes die Sektion. Die Sektion ist der Organismus, mit dem der Verband unmittelbar Kontakt zu den Massen aufnimmt, die Gesamtpolitik des Verbandes unter den Massen propagiert. Daraus folgt, daß sie gegenüber Fachschaften und Basisgruppen selbstständig ist auf der Basis der Beschlüsse des Verbandes und der Gruppen und eine eigenständige Politik entwickelt. Dabei gilt auf Instituts-ebene für Basisgruppen und Fachschaften das in bezug auf die zentralen Studentenschaftsorgane bereits Gesagte. Daraus ergibt sich, daß die Sektion die Verbandsbeschlüsse, die Beschlüsse und Diskussionsergebnisse der Mitgliederversammlungen für ihren Bereich konkretisiert und verwirklicht, gleichzeitig ihre Erfahrung in die Diskussion der Mitgliederversammlung einbringt, um sie so für die Gruppenpolitik fruchtbar zu machen.

Die Sektionen enthalten den Studenten den unmittelbar politischen reaktionären Charakter der in den Fachbereichen und Seminaren praktizierten und gelehrt Wissenschaft, sie organisieren den Kampf für eine Demokratisierung der Lehrinhalte, für marxistische Fachvorlesungen und -seminare, für unsere Forderung Marx an die Uni und machen sie der Masse der Studenten verständlich. Darum bemühen sie sich in jedem Seminar und in jeder Vorlesung.

Sie organisieren in jedem Seminar und Institut den Vertrieb unserer Zeitung, der „roten blätter“, kämpfen um die Gewinnung neuer Leser. Sie nutzen den Vertrieb der RB, um mit möglichst vielen Studenten ins Gespräch über die Politik des Verbandes zu kommen, um den Einfluß und die Mitgliederzahl des MSB zu erhöhen. Sie geben eigene Materialien und Sektionszeitungen heraus. Sie führen eigene Veranstaltungen und Arbeitskreise durch und versuchen dabei möglichst viele Studenten Ihres Fachs einzubeziehen.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zur Koordination dieser Arbeit im Fachbereich. Es gibt im Verband ein legitimes Bedürfnis nach stärkerer Koordinierung und Anleitung der fachspezifischen Arbeit der Genossen. Wir meinen aber, daß ein bloßer Adressen- und Materialaustausch hier keine wirkliche Abhilfe schaffen kann, wiewohl wir den Materialaustausch durch die Reihe Wissenschaftsinhalte und den regelmäßigen Versand aller Fachgruppenmaterialien, die uns in entsprechender Auflage zu gehen, an die Vorstände der anderen Gruppen intensivieren wollen. Wir meinen, daß wir langfristige Fachseminare brauchen, dies zunächst in Schwerpunktfächern. Solche Seminare bedürfen aber einer längerfristigen Vorbereitung, an die wir jetzt gehen müssen.

Aus unserer Satzung, Genossen, ergibt sich, daß die Sektionen keine eigenen Vorstände wählen, sondern daß der Gruppenvorstand oder die Mitgliederversammlung in Absprache mit der Sektion einen oder mehrere Sektionsverantwortliche benennt. Wir möchten in diesem Zusammenhang noch einmal das Studium des einschlägigen Artikels in der Nr. 1 der „roten blätter“ empfehlen. Genossen, gerade weil unsere organisationspolitische Grundlinie auf die Entwicklung solcher organisatorischen Formen gerichtet ist, die die kontinuierliche Arbeit in den Massen und mit den Massen begünstigen, ist sie keine organisatorische Frage allein. Wir beachten deshalb stets, daß die organisationspolitische und die politisch-ideologische Entwicklung und die Entwicklung der Kader eine Einheit bilden. Dort, wo wir Genossen haben, die

Imstande sind, oder in kurzer Zeit durch die Hilfe und Anleitung unserer Vorstände instandgesetzt werden können, politische Arbeit am Institut zu entwickeln, dort gründen wir Sektionen, dort wo Gruppen sich gerade erst gegründet haben, sind wir dafür, die Sektionsbildung nicht zu überstürzen, sondern sie erst im Ergebnis eines längerfristigen Klärungsprozesses in Angriff zu nehmen. Auch meinen wir, daß es beim gegenwärtigen Entwicklungsstand des gesamten Verbandes nach wie vor die Mitgliederversammlungen der Gruppe der wichtigste Ort für die Entwicklung unserer Politik an einer Universität darstellen. Bei Beachtung des Gesagten gilt aber, daß in einer ganzen Reihe von Gruppen die Sektionsbildung nicht mehr aufzuschieben ist, wenn wir den Einfluß des Verbandes erhöhen wollen.

Die Bildungsarbeit weiterentwickeln

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unser Verband ist eine Schule des Marxismus. „Es geht darum“, so sagten wir auf dem Bundeskongreß, „daß Studenten, die auf der Grundlage unseres Programms zu uns kommen, systematisch mit der marxistisch-leninistischen Theorie vertraut gemacht werden, mit der Strategie der nationalen und internationalen Arbeiterklasse, des sozialistischen Systems und der kommunistischen Parteien. Es gilt, sie an diese Problematik heranzuführen.“ Demgegenüber wird in vielen Fällen die Bildungsarbeit noch unterschätzt und als Ressortfrage behandelt. Ohne die ständige Bemühung um diese Grundfragen wird aber der Verband langfristig auch seine unmittelbaren praktisch-politischen Aufgaben nicht bewältigen können. Durch unsere marxistische Bildungsarbeit entwickeln wir die bloße Überzeugung zur Einsicht, vertiefen wir die theoretische Einsicht immer mehr zur klassenmäßigen Überzeugung. Nur dadurch bewahrt der Verband jene innere Festigkeit, die notwendig ist, um harte Klassenkämpfe zu bestehen. Durch unsere marxistische Bildungsarbeit bewirken wir die gleichmäßige ideologische Entwicklung aller Gruppen des Verbandes. Für unsere marxistische Bildungsarbeit gilt das Prinzip: alle Mitglieder erreichen, jeden gewinnen, keinen zurücklassen!

Wir haben in den ersten acht Monaten seit der Verbandskonstitution einige wesentliche Schritte in der Entwicklung unserer marxistischen Bildungsarbeit getan. Mit den Beschlüssen der 2. Bundesvorstandstagung ist eine richtige Orientierung für die Bildungsarbeit im Verband gegeben worden. Gleichzeitig gibt es aber auch hier in der Führungsarbeit noch große Schwächen. So konnte der 3. Bildungsbaustein nicht rechtzeitig ausgeliefert werden, so erwies sich die Form der Vorbereitung der Bildungsschwerpunkte in den Gruppen durch überregionale Multiplikatorenseminar als nicht ausreichend. Es konnten mit dem 1. Multiplikatorenseminar zu den ersten beiden Bildungsschwerpunkten nur die Hälfte der Gruppen erreicht werden, sicherlich auch ein Zeichen dafür, daß diese Frage in den Gruppen selbst noch unterschätzt wird. Vielfach wurde auch das marxistische Bildungsprogramm des Verbandes in der Weise mißverstanden, daß es die eigenständige Bildungsarbeit der Gruppen voll und ganz überflüssig macht. Das Bildungsprogramm ist aber nur das für alle Gruppen obligatorische Grundgerüst für die Bildungsarbeit des Verbandes. Selbstverständlich unterstützen wir es, und dies ist ja auch die Praxis gerade der größeren Gruppen, wenn darüber hinausgehende Bildungszirkel und Facharbeitskreise durchgeführt werden, spezielle Schulungen für neue Mitglieder oder Zirkel für „Fortgeschrittene“. Ja, wir hielten es für wünschenswert, wenn die Bildungsverantwortlichen der Gruppen darüber hinaus auch Hinweise und Impulse für das Selbststudium der Genossen geben könnten und würden.

Bei der Einschätzung der vorhandenen Schwächen und Mängel ergibt sich zunächst die Notwendigkeit, unsere Bildungsarbeit auf eine insgesamt breitere Grundlage zu stellen. Dies ist aber von heute auf morgen nicht zu leisten. Gerade in der Bildungsarbeit ist die Verbandsführung auf die Unterstützung und Zusammenarbeit des ganzen Verbandes angewiesen. Wir streben als ersten Schritt eine stärkere Einbeziehung der Bildungskommission in alle mit unserer Bildungsarbeit zusammenhängenden Aufgaben ein. Wir schlagen, ausgehend von unserer Einschätzung der Schwerpunkte im ideologischen Kampf an den Hochschulen, als verbindliche Themenschwerpunkte für das Sommersemester vor:

1. Sozialistisches Weltsystem
2. Die Aktualität der Leninschen Imperialismustheorie
3. Probleme der Nationalen Befreiungsbewegungen

Wir streben an, auf regionaler Ebene diese Bildungsschwerpunkte mit den Bildungsverantwortlichen und den Referenten zum jeweiligen Thema in einem längeren Seminar zu Beginn des Sommersemesters vorzubereiten.

Bei unserer Bildungsarbeit beachten wir, daß gerade an Hochschulen weit stärker als in anderen Bereichen der Gesellschaft, der Weg zum antiimperialistischen Kampf über die Theorie führt, deshalb bemühen wir uns um die Einbeziehung von Sympathisanten in die Bildungsarbeit und Zirkeltätigkeit. Wir nutzen unsere Bildungsarbeit als ein Instrument der Mitgliederbewegung. Wir meinen auch, daß wir in der Auseinandersetzung mit der antikommunistischen Offensive von ultrarechts, von rechtsoptunistischer Seite und von ultralinks gut beraten wären, solchen Problemen, die Vorurteile, aber auch ehrliche Fragen der Masse der Studenten berühren, größere Beachtung in unserer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit schenken müssen, wie der Bedeutung unserer gesellschaftspolitischen Gesamtkonzeption, unserer Stellung zum realen Sozialismus, unserer Strategie und Taktik, der Auseinandersetzung mit der Totalitarismusdoktrin und ähnliches.

Mit den „roten blättern“ arbeiten

Genossinnen, Genossen!

Die Tatsache, daß wir in so kurzer Zeit die vom Bundeskongreß gestellte Aufgabe, ein eigenes Publikationsorgan zu entwickeln, mit beachtlichem Erfolg erfüllen konnten, ist von nicht zu überschätzender Bedeutung. Mit ihrer Auflage sind die „roten blätter“, von denen wir bisher 4 Nummern herausbringen konnten, die größte überregionale progressive Studentenzeitung der BRD und, was noch wichtiger ist, sie werden wirklich verkauft, sie sind ein Instrument unserer Massenarbeit. Im gleichen Zeitraum brachten wir 4 Massenblätter mit einer durchschnittlichen Auflage von 100 000 Exemplaren heraus. Das ist wirklich eine neue Qualität gegenüber den Zeiten der Assoziation. Trotzdem dürfen wir uns nicht mit dem Erreichten zufrieden geben, sondern müssen unsere Anstrengungen verdoppeln.

Zwei Dinge sind hier unserer Meinung nach kritisch einzuschätzen.

1. Wir nutzen noch unzureichend die gegebenen Möglichkeiten der raschen Auflagenentwicklung der „roten blätter“. In einigen Gruppen ist die Lage so, daß die Genossen berichten, die Zeitung sei deshalb noch nicht ein wirksames Instrument für unsere Massenarbeit, weil sie unter den Mitgliedern am Büchertisch sozusagen spielend weggeht. Wir möchten deshalb mit dem Nachdruck, den eine Bundesvorstandstagung einer solchen Aussage verleiht, alle Gruppen noch einmal auffordern, real zu kalkulieren, wieviel Zeitungen sie absetzen können, wenn sie den Absatz der Zeitung zur Kampfaufgabe machen, wieviele Zeitungen sie (das bleibt natürlich die entscheidende Voraussetzung) pünktlich abrechnen können, um dann eine entsprechend hohe schriftliche Bestellung an uns zu richten.

2. Die „roten blätter“ werden noch unzureichend für die innere Entwicklung des Verbandes genutzt. Zu sehr sind sie noch für einige Gruppen und viele unserer Mitglieder eine Publikation unter anderen.

In den „roten blättern“ versuchen wir die Politik des SPARTAKUS nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für den Verband selber zu entwickeln. Wir sind bemüht, unsere politische Hauptorientierung, die Beschlüsse unserer Bundesvorstandstagung publizistisch umzusetzen, Argumentationsketten zu entwickeln und die Politik des Verbandes vor den Studenten zu erläutern. Wir meinen, daß die Gruppen und die einzelnen Mitglieder des Verbandes sich weit stärker als bisher dieser politischen Aussagen- und Argumentationsketten bedienen sollten.

Liebe Genossen und Genossinnen!

Die Lösung „Macht den Spartakus stark“ hat gegenwärtig auch einen sehr irdischen Aspekt. Unser Verband wird entgegen einem verbreiteten Vorurteil nicht von der DDR oder der SU finanziert, sie ist auf die materielle Solidarität angewiesen. Wir möchten deshalb an dieser Stelle sagen, daß unserer Meinung nach noch (z. B. mit den Spendenmarken) unzureichend gearbeitet wird. Das muß anders werden und jede Änderung fängt hier an mit der Erhöhung der Beitragsmoral, mit der pünktlichen Abrechnung der „roten blätter“ und anderer Materialien des Bundesvorstandes.

Macht den SPARTAKUS stark!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die politische Entwicklung hat die Richtigkeit und Aktualität des Aufrufs der 3. Tagung des Bundesvorstandes unterstrichen. Im Kampf gegen die verstärkten antidemokratischen Angriffe der

konzentrierten Reaktion gewinnt dabei das Ringen um die Erhaltung demokratischer Rechte, für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Hochschulen besondere Bedeutung.

Dieser Kampf ist nur dann erfolgreich zu bestehen, wenn sich alle demokratischen Kräfte an den Hochschulen zu einer gemeinsamen Abwehrfront vereinen. Für das Zustandekommen eines solchen Bündnisses, für die Verständigung aller progressiven Kräfte trägt unser Verband eine große Verantwortung. Von der politischen, ideologischen und organisatorischen Stärke des Spartakus wird es entscheidend mit abhängen, wie sich die politischen Kräfteverhältnisse an der Hochschule entwickeln. Durch den Ausbau unserer Massenarbeit, die Verankerung des Spartakus an jedem Seminar und Institut müssen wir die Bedingungen schaffen, diesen Kampf erfolgreich zu bestehen und mehr Studenten in entschiedene Aktionen gegen die reaktionären Kräfte, für Bildung und Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, im Dienst des Friedens einzubeziehen. Der verschärften

antikommunistischen Offensive setzen wir die offensive Propagierung unserer sozialistischen Ideologie entgegen. So werden wir auch die desorientierende Theorie und Praxis ultralinken Pseudorevolutionäre wirksamer entlarven. Auf diese höheren Anforderungen an unsere Ideologische Arbeit stellen wir uns durch die Verstärkung unserer innerverbandlichen Bildungsarbeit ein. Wir stärken den Spartakus durch die Gewinnung Hunderter neuer Mitglieder und Tausender neuer Leser unserer Zeitung, der „roten blätter“. Durch verstärkten Verkauf der Spendenmarken auch außerhalb des MSB stärken wir den Kampffonds unseres Verbandes.

In der Massenarbeit und im Ideologischen Kampf erstärkt der Marxistische Studentenbund Spartakus, wird er noch mehr als bisher seiner Rolle und seinem Charakter gerecht: Revolutionäre marxistische Massenorganisation zu sein und Schule des Marxismus.

UZ. Marx schreibt mit!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.



Dr. Wenzel-Verlag GmbH

A 60 – Abteilung 41
Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

Und China, heißt es, biete sich dar „als ein in sich ruhendes: ohne Prunk, ohne Volksjubel in seiner spartanischen Lebensweise“ (!), „in stolzer Armut (!) vom Elend befreit und in einer Verfassung, die nach den Erschütterungen der maoistischen Kulturrevolution eine neue proletarische Gesellschaft an der Arbeit für die Erneuerung der chinesischen Macht ausweist.“ (WELT vom 23. 2. 72.) Es ist wahr: die Zeitung A. C. Springers konstatiert mit Genugtuung die Arbeit an einer „neuen proletarischen Gesellschaft“!

Eingeläutet worden ist diese Hymne mit nahezu sakralen Klängen, die entfernt an die frohe Botschaft des Evangeliums erinnern: „Dies ist der Tag.“ Darunter: „Der Präsident der USA im China der Revolution.“

In der politischen Einschätzung sind sich die großbürgerlichen Zeitungen einig: „Washington so gut wie Peking gewinnen einen neuen Spielraum gegenüber Moskau. Der kommt höchst gelegen.“ (FAZ vom 28. 2. 72.) Der gemeinsamen Kampffront der Anteilnehmer? Wem? „Amerika – dies wird nun deutlich – beginnt schneller als gedacht, die moralische Krise zu überwinden, in die es durch den Vietnam-Krieg geraten war. Der Abbau des Überrangements in Asien bremst den Trend zum Neo-Isolationismus. Die Verständigung mit China heilt psychische Wunden und verändert gleichzeitig das weltpolitische Gleichgewicht der Kräfte zugunsten des Westens.“ (Die Welt, 25. 2. 72.)



Die große Bedeutung des Maoismus – für die Konterrevolution

Und immer wieder Kommentare dieser Art: „Wenn man alle marxistischen und neomarxistischen Denkkategorien beiseitesetzt, Sozialismus und Kapitalismus, Revolutionen und Reaktionen einen Augenblick vergißt, und China und Indien, Rußland und Amerika, Pakistan und Vietnam ohne Rücksicht auf ihre gesellschaftliche Verfassung einfach als Figuren... betrachtet, dann (kommt) in das verwirrende Bild (!) Ordnung und System.“ (Stern Nr. 19/1971.) Weiter: „Verlierer sind heute alle Ideologen. Denn was immer die unmittelbaren Folgen und Fernwirkungen der Nixon-Reise sein mögen – Politik hat sich als stärker erwiesen als weltanschauliche Bremsgewichte.“ (FAZ vom 22. 2. 72.) Und: „Die nichtmarxistischen Zuschauer dieses spannenden Spieles zwischen den Weltmächten sind bei alledem die theoretischen Hauptgewinner (!) Sie können jetzt feststellen, daß nicht kapitalistischer Wettbewerb und auch nicht der Gegensatz zwischen kapitalistischen Imperialismus und „völkerbefreiem Kommunismus“ die gefährlichste Bedrohung des Weltfriedens sein müssen, sondern daß der Weltkampf der großen Machtapparate es ist, unter welcher Flagge sie auch ihre Räder in Bewegung setzen.“ (Süddeutsche Zeitung, zit. in der FAZ vom 29. 2. 72.)

Hier schält sich der Kern heraus, den die bürgerlichen Ideologiestrategen im Ergebnis der vermeintlichen „Entideologisierung“ sehen. Denn diese „Entideologisierung“, dieses scheinbare „Sich-auflösen“ der Gegensätze, diese „Nichtberücksichtigung“ der gesellschaftlichen Verfassung sozialistischer und kapitalistischer Staaten will doch heißen: Verwischung der Klassengegensätze, Leugnen der Klassenherrschaft hier wie dort. Ideologie heißt doch: Ideologie der Arbeiterklasse, proletarisches Klassenbewußtsein; Ideologie der Bourgeoisie, bourgeoises Klassenbewußtsein. „Gesellschaftliche Verfassung“ heißt doch: hier Kapitalismus, dort Sozialismus. Und Entfaltung der Gegensätze im Inneren dieser von der Monopolbourgeoisie beherrschten Gesellschaftsordnung heißt doch: Klassenkampf, Entwicklung von Klassenbewußtsein. Die Widersprüche in dieser Gesellschaft sind den Arbeitern und Angestellten in den letzten fünf Jahren mehr und mehr bewußt geworden; sie haben sie materiell erfahren; sie haben sich zunehmend als Klasse begriffen, haben gestreikt;

weggefegt waren die süßlichen Formeln von „Klassenharmonie“. Dieser Teil des arbeiterfeindlichen ideologischen Instrumentariums zerbrach. Dem Arbeiter wurde die Klassenspaltung real bewußt: hier wir, dort die Unternehmer, zwei Teile, zwei Welten. Aber jetzt: – Seht selbst, sagen die reformistischen und reaktionären Souffleure, die Bewegungen in der weltpolitischen Arena beweisen doch: nicht Zweiteilung der Welt, nicht Kapitalismus und Kommunismus – –: „Politik“, „Macht“, „Machtapparate“, nichts sonst. Und ihr gehört nicht zur einen Seite und die anderen nicht zur anderen, das ist alles viel „komplexer“. Ihr gehört zur Nation. Die Nationen stehen sich gegenüber. Die Sowjetunion. Die USA. China. Das sieht man doch.

Dieses scheinbare ideologische Vakuum, das durch die Politik der VR China entstanden ist, durch eine Politik, die sich nicht ausrichtet auf die Klasse, nicht die Klasse, Ausgebeutete oder Ausbeuter, Unterdrückte oder Unterdrückter im Vordergrund sieht, sondern die Nation, die also nicht proletarisch, sondern nationalistisch ist, beginnt die Bewußtseinsindustrie der herrschenden Klasse, beginnen BILD und WELT zu füllen: daher führt deren Sympathie für das „spartanische“ China. Der Rückgriff auf den Nationalismus – dort von Mao vorgeführt – soll hier die Entwicklung von Klassenbewußtsein verhindern. Dieser Nationalismus führte, stünde ihm nichts entgegen, hier wie dort zur geistigen Entwaffnung des Proletariats. Im Weltmaßstab stehen sich die Arbeiterklasse und die armen Bauern (als die wichtigsten Kräfte) auf der einen und die Monopolbourgeoisie auf der anderen Seite gegenüber. In der revolutionären Weltbewegung hat die Volksrepublik China unter der Führung Mao Tse-tungs ihre Truppen von der einen Seite der Barrikade abgezogen.

Die ideologische Seite dieser Handlungsweise ist, wie sich zeigt, nicht abstrakt „verwerlich“, quasi als Textverletzung. Sie hat eine funktionale Seite – für den Klassengegner. Allmählich wird sie deutlich. Der Maoismus ist ja nicht gefährlich in den Händen des Häufchens linksopportunistischer Schüler- und Studentenparteien; er ist und wird gefährlich als eine mit Nationalismus und Chauvinismus durchsetzte kleinbürgerliche Ideologie, die, gewissermaßen punktuell, nämlich ausschließlich als Nationalismus, als Chauvinismus instrumentalisiert, von den Herrschenden eingesetzt wird zur „Entideologisierung“ der Arbeiterklasse. BILD und WELT lassen in der Vermittlung ihres China-Bildes weg, was sie stört, die wirkliche Errungenschaft der VR China: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Eben diese Errungenschaft setzt die maoistische Führung als Waffe im Kampf der Systeme auch nicht mehr ein; allenfalls taucht sie in „roten“ Floskeln auf. Aber die Reaktion hält sich an die Taten, nicht an die Worte Pekings. Tat und Fakt sind: Spaltung der revolutionären Weltbewegung; Feindschaft gegen die Hauptkraft des sozialistischen Lagers, gegen die Sowjetunion; Vorausstellung der Interessen des eigenen Landes auf Kosten der gemeinsamen Interessen der internationalen Arbeiterbewegung (nicht zuletzt auch in der wirtschaftlichen Kooperation). Dafür nimmt man die blumigen Verbalkraftakte, die nichts bewirken als die Köpfe einiger intellektueller Romantiker in den kapitalistischen Ländern zu erhitzen, gern in Kauf.

Freilich: auf lange Sicht gesehen ist die Position Chinas „zwischen“ Sozialismus und Kapitalismus nicht haltbar. Aus verschiedenen Gründen:

„Erstens ist das reale ökonomische, wissenschaftliche und militärische Potential der VR China noch ungenügend entwickelt, um im nächsten Jahrzehnt die Umwandlung Chinas in eine „dritte Kraft“ von globaler Bedeutung zu gewährleisten. Der „besondere“ Kurs der gegenwärtigen chinesischen Führung soll gerade den entscheidenden Einfluß der VR China auf die internationale Lage im Sinne der Doktrin der Theorie des „Volkskrieges“ garantieren und die internationalen Kräfte, besonders die USA, zwingen, mit China zu rechnen, noch bevor sein Potential globale Bedeutung annimmt.“

Zweitens würde sich die strategische Lage Chinas, das versuchen würde, seine feindselige Position gegenüber der UdSSR und den USA beizubehalten, äußerst ungünstig gestalten.

Drittens können die kleinbürgerlichen maoistischen Vorstellungen von der sozialökonomischen Entwicklung des Landes keinen neuen Typ von Produktionsverhältnissen hervorbringen. Sie müssen zwangsläufig entweder in irgendeinen Typ bürgerlicher Verhältnisse einmünden oder die in den Jahren 1949 bis 1957 begonnene sozialistische Tendenz fortsetzen. Die überwiegende Tendenz wird sich dementsprechend unvermeidlich im politischen Überbau niederschlagen.“ (31)

ANMERKUNGEN:

(1) „Materialien des VIII. Allchinesischen Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas“, Moskau 1956, S. 59 (russ.); zit. nach „Die Außenpolitik der VR China“, Berlin 1971, S. 34.

- (2) Zur soziologischen Analyse der chinesischen Gesellschaftsstruktur vgl. den Hinweis bei Farle/Schöttler: Chinas Weg... auf Jean Chesneaux, „Le mouvement ouvrier chinois de 1919 à 1927“, Paris-Den Haag 1962.
- (3) Die Außenpolitik der VR China..., S. 31.
- (4) Vgl. Der VIII. Parteitag der KP Chinas, Bd. I u. II, Peking 1956.
- (5) Die Außenpolitik der VR China..., S. 72.
- (6) Mathias Jung: Chinas langer Weg, in: Deutsche Volkszeitung Nr. 24, 10. 6. 1971.
- (7) Vgl. dazu: Robert Farle/Peter Schöttler: „Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?“ 2. Auflage; Frankfurt/M. 1971 (Verlag Marxistische Blätter), S. 49–59.
- (8) In: *Qingnian Zhanxian* v. 1. 7. 1967; zit. n. Außenpolitik..., S. 68.
- (9) „Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution“, Peking 1970, S. 77/78.
- (10) Zit. n. Farle/Schöttler, S. 118.
- (11) Mao Tse-tung, Der Große Strategische Plan. Dokumente zur Kulturrevolution. Eingeleitet u. hersgg. v. Joachim Schickel, o. O., o. J. (Berlin 1969), S. 2327 f.; zit. n. Farle/Schöttler, S. 85
- (12) Vgl. Lenin Werke, Bd. 26, S. 529 u. Anmerkung.
- (13) Wichtige Dokumente..., S. 155.
- (14) Ebenda, S. 164.
- (15) Ebenda, S. 153.
- (16) Ebenda, S. 43/44.
- (17) Ebenda, S. 36.
- (18) Ebenda, S. 289.
- (19) In: Peking Rundschau, 1966, Nr. 39, S. 26; zit. n. Farle/Schöttler, S. 109.
- (20) Wichtige Dokumente..., S. 44.
- (21) Farle/Schöttler, S. 113.
- (22) Farle/Schöttler, S. 121.
- (23) Zu den Unterschieden der Statute der Partei des VIII. und des „IX.“ Parteitages vgl. Farle/Schöttler, S. 122–124.
- (24) MEW Bd. 16, S. 14.
- (25) Lenin Aus. Werke in 3 Bd., Bd. 3, S. 491.
- (26) Lenin Werke Bd. 31, S. 139; vgl. dazu Herbert Kröger: Lenins Lehre von den internationalen Beziehungen neuen Typs und der sozialistischen Internationalismus, in: Einheit Nr. 3/1970, S. 290 ff.
- (27) Vgl. Lenin Aus. Werke in 3 Bd., Bd. 2, S. 528.
- (28) MEW Bd. 33, S. 444; vgl. dazu: Wolfgang Schröder/Gustav Seeger: Friedrich Engels als Vorkämpfer des proletarischen Internationalismus, in: Marxismus Digest Nr. 4/1970, S. 539 ff.
- (29) Vgl. dazu Farle/Schöttler, S. 161.
- (30) Vgl. Deutsche Volkszeitung v. 20. 5. 1971, S. 3.
- (31) Außenpolitik..., S. 199.

Briefwechsel

RCDS-Ring
Christlich Demokratischer Studenten
 – Bundesvorsitzender –

An den
Spartakus-Bundesvorstand
 z. Hd.
 Herrn Christoph Strawe
 5300 Bonn
 Sternenburgstraße 73

Bonn, La/Wa 16. März 1972

Sehr geehrter Herr Strawe!

Leider sind die Zehn Fragen des RCDS an den Spartakus nur halb oder teilweise überhaupt nicht von Ihrer Seite beantwortet worden. Auch einer gemeinsamen Podiumsdiskussion, die ich Ihnen angeboten hatte, sind Sie aus dem Wege gegangen. Ich halte es aber gerade für unabdingbar notwendig, daß die politischen Kontroversen eben nicht nur in irgendwelchen Pu-

blikationen ausgetragen werden, sondern möchte Sie von meiner Seite noch einmal auffordern, sich den Fragen des RCDS im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu stellen.

Über die Organisation einer solchen gemeinsamen Podiumsdiskussion könnte man sich ja dann noch verstündigen. Als Termin schlage ich Ihnen vor, Donnerstag, den 27. April 1972 in Aachen. Ich bin aber auch sehr gerne bereit, in anderen Hochschulorten mit Ihnen zu diskutieren, doch schicke Aachen aus Gründen der herannahenden Studentenparlamentswahlen als besonders günstig.

Mit der Bitte um baldige Beantwortung dieses Schreibens verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen
 Gerd Langguth

Marxistischer Studentenbund Spartakus
 Bundesvorstand

An
RCDS
 5300 Bonn
 Jagdweg 7

Bonn, den 23. 3. 72

Sehr geehrter Herr Langguth!

Die Antwort auf Ihre 10 Fragen in den Roten Blättern darf ich zunächst noch einmal Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Daß Ihnen diese Antwort möglicherweise nicht eingeleuchtet hat, sollten Sie nicht damit verwechseln, daß sie nicht erfolgt ist. Im übrigen hat der Spartakus über seine Position zu den von Ihnen gestellten Fragen vom Beginn seiner Existenz an in seinen Publikationen und auf Hunderten von Veranstaltungen nie einen Zweifel gelassen.

Daß Sie es für notwendig erachten, „daß die politischen Kontroversen

eben nicht nur in irgendwelchen Publikationen ausgetragen werden“, glaube ich Ihnen gerne, nur hätten Sie um der Wahrheit willen hinzufügen sollen, welche Methoden es in erster Linie sind, mit denen der RCDS politische Kontroversen austrägt. Angesichts des in Hamburg von Ihnen unternommenen Versuchs, Diskussionen und unangenehme Fragen der Studenten mit einem Saalschutz von angemieteten Rockern zu verhindern, angesichts der von Ihnen maßgeblich mitvorangetriebenen Versuche, das Recht der Studentenschaften zu politischen Stellungnahmen und Aktionen zu besetzen, können wir die Beurteilung Ihres Vorwurfs, der MSB sei einer Diskussion bisher ausgewichen, den Studenten in der BRD überlassen.

Angesichts der Diffamierung aller demokratischen Bestrebungen an den Hochschulen als verfassungsfeindlich (diese Diffamierung beschränkt sich, wie Sie selber am besten wissen, nicht auf den MSB), angesichts Ihrer Unter-

stützung des verfassungswidrigen Ausnahmerechts für Kommunisten und andere Demokraten im öffentlichen Dienst, angesichts der offenen oder stillschweigenden Unterstützung aller Verbrechen des Imperialismus in der Welt, betrachten wir das Angebot einer gemeinsam organisierten Podiumsdiskussion als schlichtweg provokatorisch.

Wir werden die Grenze zwischen einem Demokratieverständnis, welches Demokratie als Volksherrschaft definiert und demokratiefeindlicher Reaktion nicht durch derartige „Gemeinsamkeiten“ verwischen.

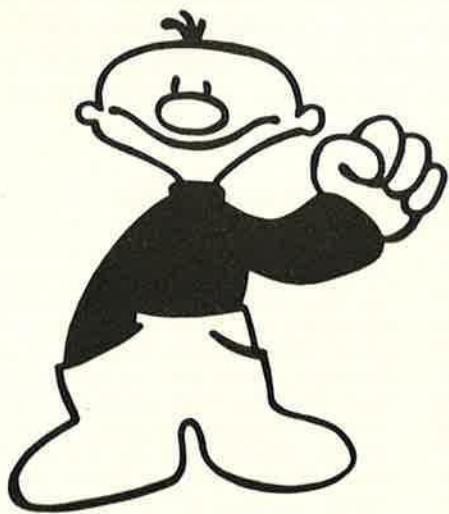
Ich möchte allerdings gleichzeitig eindeutig klarstellen, daß ich bzw. jedes andere Bundesvorstandsmitglied des Spartakus bereit bin, mit Ihnen bzw. jedem anderen Bundesvorstandsmitglied der CDU zu diskutieren, wenn dies auf Einladung bzw. im Rahmen der Veranstaltung eines AStA oder im Rahmen von Rundfunk- und Fernschveranstaltungen geschieht.

Wenn eine solche AStA-Veranstaltung bisher nicht zustandekam, so dürfte dies weniger dem MSB Spartakus zuzuschreiben sein, als vielmehr der Politik des RCDS.

Was Diskussionen im Rahmen der Massenmedien angeht, möchte ich Ihnen den folgenden Vorschlag machen: Da Sie über ausgezeichnete Einflussmöglichkeiten auf Herrn Löwenhals ZDF-Magazin verfügen, was durch die Broschüre „Das Spartakus-Tribunal“ – eine Inszenierung für Löwenhals ZDF-Magazin“, Hamburg, März 72, dokumentarisch belegt ist, sollten Sie um die Einräumung der entsprechenden Sendezeiten bitten.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mir bald von einer solchen Initiative Ihrerseits berichten könnten.

In Erwartung Ihrer Antwort
 Christoph Strawe



...hören Sie mal rot! „pläne“

Rote Fahnen sieht man besser

Phrix-Lied (unzensiert), Dieter Süverkrüp
17-cm-Single, Stereo,
Best.-Nr. Peng 12, DM 5,-

Neues Deutschland

Aus der Singebewegung der DDR
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 88 103, DM 22,-

Brecht die Macht der Monopole

Die Conrads — 30-cm-LP, stereo, m. Textheft,
Best.-Nr. 88 102, DM 22,-

Wir machen den Roten Punkt

Die Conrads / interpol Köln
Dieter Süverkrüp schrieb das Lied vom
„Roten Punkt“ — 17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 13, DM 5,-

Angela Davis

Die Liedermacher — Lerryn & Frederik
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 11, DM 5,-

Dein Staat, das bekannte Unwesen

Dietrich Kittner
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 33 302, DM 22,-

Lehrlinge zusammenhalten!

Süverkrüp, Lerryn, Die Conrads, Floh
de Cologne, interpol, Münchener Songgruppe,
H. Stützt
30-cm-LP, stereo, mit Textbeilage
Best.-Nr. 33 501, DM 22,-

Hören Sie mal Rot!

Arbeiterlieder Festival 70 Live
mit Degenhardt, Süverkrüp, Hüsch, Kittner,
Jäger, Fasia, Die Conrads, Münchener Song-
gruppe, Lerryn
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 66 201, DM 22,-

Kämpfendes Afrika

Widerstandslieder aus Afrika, gesungen
von südafrikanischen Studenten
30-cm-LP, stereo, mit Textbeilage,
Best.-Nr. 55 401, DM 22,-

Zeitgenossen

Lieder gegen Faschismus, Imperialismus und
Kolonialismus der italienischen Gruppe
„Il Contemporaneo“
30-cm-LP, stereo, mit Textheft,
Best.-Nr. 88 101, DM 22,-

Ernst Busch 1

Lieder der Arbeiterklasse 1917–1933
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 77 101, DM 22,-

Ernst Busch 2

Lieder des spanischen Bürgerkrieges
30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 77 102, DM 22,-



Gesamtverzeichnis anfordern beim
Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93

Zum Kampf gegen Krieg und Militarismus

„Gewiß möchte auch die herrschende Klasse des Kapitalismus ihre Profitinteressen ganz gern in voller Gemütlichkeit wahrnehmen. Da sich diese Gemütlichkeit aber weder mit der kapitalistischen Konkurrenz, der nationalen und internationalen, verträgt, noch auch dem Geschmack derjenigen dauernd entspricht, aus deren Haut der Kapitalismus Riemen

In den Referaten zur dritten und vierten Bundesvorstandstagung des MSB SPARTAKUS und in den „roten blättern“ Nr. 2/71 ist schon mehr oder weniger ausführlich die Frage des Kampfes um den Frieden, seiner grundsätzlichen Bedeutung für eine revolutionäre Strategie und seiner aktuellen Anknüpfungspunkte, behandelt worden. Es ist dort realistisch und selbstkritisch analysiert worden, daß in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes, die durch eine Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gekennzeichnet ist, ein gewisses Mißverhältnis zwischen der großen nationalen und internationalen Bedeutung dieser Auseinandersetzung und der beschränkten Aktionsfähigkeit der demokratischen Massenbewegung in der BRD noch nicht überwunden werden konnte.

Schon auf dem ersten Bundeskongreß des MSB wurde charakterisiert, welche aus dem Bewußtsein der Studenten herührenden Schwierigkeiten an den Hochschulen die Entfaltung des Friedenskampfes behindern:

„Drei Faktoren sind schuld daran:

1. der bei vielen immer noch vorhandene militante Antikommunismus der Adenauer Zeit;

2. die neue Theorie von der „Konvergenz der Systeme“, die ein Engagement verhindert, ... Die Ratifizierung der Verträge oder die Anerkennung der DDR sind danach keine politischen Kampfziele, sondern notwendige formale Konsequenzen aus einer automatischen „Annäherung“ der Systeme;

3. das Unvermögen einiger Teile der Studentenbewegung, Klassenkampf in Form der Friedlichen Koexistenz als solchen zu erkennen, ...“ (3)

Im folgenden soll noch einmal versucht werden, die Rolle von Krieg und Militarismus als „Lebenserscheinung“ des Imperialismus zu skizzieren, um von hier aus die revolutionäre Tradition und die aktuelle Notwendigkeit des Friedenskampfes darzustellen.

Militarismus „nach außen“ und „nach innen“ Tradition ...

Karl Liebknecht, der Organisator des Kampfes gegen den preußisch-deutschen Militarismus, stellt in seiner 1907 er-

schniedet, so errichtet der Kapitalismus zum Schutze der Lohnsklaverei um das Allerheiligste des Profits eine waffenstarrende, grausame Festung der Gewaltherrschaft.“ (1) „Das Hauptkettenglied der gemeinsamen Aktionen der antiimperialistischen Kräfte bleibt auch in Zukunft der Kampf um den Frieden in der ganzen Welt.“ (2)

... und Kontinuität

Die schnelle Remilitarisierung der BRD, die Brutalität bei der Niederschlagung der antimilitaristischen Bewegung in den fünfziger Jahren und die „militaristische Pädagogik, die heute in der Bundeswehr gegen demokratische Soldaten angewendet wird, weisen die Kontinuität auf, die hier von den Herrschenden gewahrt wurde. Verwiesen sei bezüglich des offenen Militarismus „nach innen“ nur auf die Erschießung des Genossen Philipp Müller bei einer antimilitaristischen Demonstration in Essen im Jahre 1952; daß es sich hier um einen Polizei- und nicht um einen Militäreinsatz handelte, spielt insofern keine Rolle, als schon Liebknecht hinsichtlich der Entwicklung in Deutschland bemerkte: „Die scharf bewaffnete Polizei und die scharf bewaffnete Gendarmerie erfüllen hier ganz die Funktionen, die anderwärts mehr dem Militär überlassen werden, und zwar bequemer und unpassungsfähiger gegenüber den mannigfaltigen Nuancen der Augenblickslage als die schwerfälliger und plumper wirkende Heeresmaschinerie.“ (9) Als letzte Waffe wird das Militär in der BRD durch die Notstandsgesetze auch weiterhin in der Hinterhand behalten. Gemäß der historischen Entwicklung — der günstigen Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus — hat der Militarismus „nach außen“ allerdings seine Funktion verändert. Als offene Anwendung oder Androhung von Gewalt ist er heute nicht mehr Mittel der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Hauptländern — die militärpolitische Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Staaten findet heute vor allem in der Form des Kampfes um Einfluß in den internationalen Militärblöcken, besonders in der NATO, statt. Rüstung und Drohung mit der Aggression richten sich in erster Linie gegen das sozialistische Weltsystem und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Damit ist der Militarismus insgesamt wesentlich Waffe der Herrschenden im Klassenkampf geworden.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Rüstungskapital (10)

Der Prozeß der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu

ihrer staatsmonopolistischen Form war in den imperialistischen Hauptländern in vielfältiger Weise mit dem Militarisierungsprozeß verbunden. Lenin schrieb dazu in „Staat und Revolution“: „Der imperialistische Krieg hat den Prozeß der Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus außerordentlich beschleunigt und verschärft.“ (11) In der Phase des voll entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus kommen im Militarismus nicht nur die imperialistischen Wesensmerkmale der Aggressivität und politischen Reaktion zum Ausdruck, im wachsenden Einfluß des Rüstungskapitals, der Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes, in der wachsenden Ausrichtung der relevantesten Produktions- und Forschungszweige sowie des Staatshaushalts auf Rüstungsproduktion, manifestieren sich auch zunehmend Parasitismus und Fäulnis des imperialistischen Systems. Schon Liebknecht schrieb zum Gesamtzustand des Deutschen Reiches von 1906/7, „daß sich alles Steuerwesen, die gesamte Finanzwirtschaft um das Militärbudget gruppiert, wie der Sterne Heer sich um die Sonne stellt“. So wird der Militarismus zum gefährlichen Hemmschuh, oft zum Totengräber selbst desjenigen kulturellen Fortschritts, der an und für sich auch im Interesse auch der heutigen Gesellschaftsordnung läge.“ (12) Um wieviel treffender noch ist diese Charakteristik angesichts der Entwicklung der heutigen Rüstungshaushalte einschließlich ihrer verschleierten Posten! „Der Militarismus lastet als ein Bleigewicht auf unserem gesamten Leben; er ist aber im besonderen ein wirtschaftliches Bleigewicht, ein Alb, unter dem unser wirtschaftliches Leben ächzt, ein Vampir, der es ausaugt...“ (13) — „Dem Proletariat steht

er als ein bis an die Zähne bewaffneter Räuber gegenüber, dessen Ultimatum aber nicht lautet: *la bourse ou la vie* — Geld oder Leben! sondern, die Räuber moral übertreffend: *la bourse et la vie* — Geld und Leben!“ (14)

Friedenkampf als revolutionärer Kampf. Das veränderte Kräfteverhältnis

Die Analyse des Militarismus, seines Ursprungs und seiner mannigfaltigen Formen, und die Bestimmung der Aufgaben des antimilitaristischen Kampfes nimmt in der theoretischen und praktischen Arbeit K. Liebknechts, des Mitbegründers der KPD, einen wichtigen Platz ein. Liebknecht hat in seiner Tätigkeit sehr früh das antizipiert, was Lenin umfassend theoretisch begründete: Daß mit der Herausbildung des Imperialismus als Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats die Staatsfrage, die Frage der politischen Macht und damit auch die Frage der Taktik gegenüber dem Militarismus, dem konzentriertesten Ausdruck der Klassenherrschaft, zunehmend praktische Bedeutung gewann. „Wie die Krone des Klassenkampfes, seine konzentriteste Form, der politische Kampf ist, so ist im Klassenkampf die Krone, die konzentriteste Form der Leistungen des Militarismus, dieser schärfsten Konzentration der politischen Macht, sein mittelbares und unmittelbares Eingreifen in den politischen Kampf.“ (15) Liebknecht führt hier die „grausigen Lorbeeren“ an, „die sich der kapitalistische Militarismus im Kampf gegen das Pariser Proletariat im Juli 1830, im Juni 1948, im Mai 1871 aufs

Haupt drückte“, (16) und die Liste der vom Kapital angezettelten Staatsstreichs, Bürgerkriege und Interventionen läßt sich über Dutzende von Beispielen bis auf den heutigen Tag vervollständigen. Die Niederschlagung der Räterepubliken 1918/19, die Kanonenboot-Abenteuer der USA in Lateinamerika in den zwanziger Jahren, der spanische Bürgerkrieg, die Geschichte Griechenlands, die konterrevolutionären Militärschlüsse in Afrika, Asien und Lateinamerika beweisen schlaglichtartig die Gefährlichkeit des Militarismus für jede revolutionäre und demokratische Bewegung. Daß der imperialistische Militarismus jedoch kein unüberwindbarer Gegner ist, beweist eine andere Liste von Auseinandersetzungen: Die erfolgreiche Verjagung der Interventionstruppen aus der UdSSR, der Verlauf des Großen Vaterländischen Krieges gegen den Hitlerfaschismus, die Vertreibung der japanischen Militaristen aus China, der erfolgreiche Widerstand gegen den US-Imperialismus in Korea, Kuba und Indochina — diese Erfolge in revolutionären Kriegen haben nicht nur Aggressions- und Umsturzpläne der Imperialisten vereitelt, sie haben auch jeweils in der ganzen Welt oder in bestimmten Regionen die Perspektiven des Friedenkampfes, die Möglichkeiten der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz verbessert und in den Ländern der imperialistischen Aggressoren den Handlungsspielraum der demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Militaristen vergrößert.

Der Verlauf der Kuba-Krise zeigt, daß das sozialistische Weltsystem inzwischen soweit erstaunt ist, daß unter gewissen Bedingungen Interventionskriege gegen siegreiche revolutionäre Bewegungen verhindert werden können. Die Realisierung dieser Möglichkeiten hängt nicht zuletzt von der Einheit aller Abteilungen der revolutionären Bewegung ab.

Friedenkampf und Aktionseinheit

Voraussetzung für einen erfolgreichen antimilitaristischen Kampf — in dessen Verlauf der Imperialismus perspektivisch an der Anwendung von Gewalt sowohl „nach außen“ als auch „nach innen“ gehindert werden kann — ist die richtige Anwendung der Prinzipien der Aktionseinheit. Diese Prinzipien wurden in den letzten Jahren durch die KP Chinas und durch verschiedene ultralinke Gruppen in den imperialistischen Ländern größtenteils mißachtet. Michail Susslow erklärte zu dieser Politik auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 14. 2. 1964 (und diese Stellungnahme steht für viele, die scitens der KPdSU und anderer kommunistischer Parteien auf nationalen und internationalen Beratungen abgegeben worden sind): „Sie (die Führer der KP Chinas, d. Vf.) ziehen zwischen zwei Erscheinungen eines einheitlichen sozialen Prozesses einen künstlichen Trennungsstrich, bringen den Friedenkampf zur revolutionären Bewegung in Gegen-



satz... Die Führer der KP Chinas, die gegen den Leninschen Kurs der friedlichen Koexistenz ankämpfen und ein „Vorantrieben“ der Revolution mit Hilfe eines Krieges an seine Stelle setzen wollen, haben sich zu den Behauptungen versteigert, der Krieg sei ein annehmbares und eigentlich sogar das einzige Mittel zur Behebung der Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus. Die Erfahrungen der ganzen kommunistischen Weltbewegung ignorierend erheben sie den Weg zum Sieg der Revolution in China zu einem Absolutum und versuchen, ihn für alle Länder und Völker zu einer unumstößlichen Wahrheit zu machen.“ (17) Und er antwortete zutreffend auf diese sekterische Position:

„Für die Marxisten-Leninisten gibt es und kann es das Dilemma „Friedenskampf oder revolutionärer Kampf“ nicht geben... Die Erfahrung lehrt, daß der Kampf der Arbeiterklasse für demokratische und soziale Rechte in vielen Ländern eng mit dem Kampf für Frieden und gegen die militaristischen Kräfte verflochten ist. Der Kampf gegen den Militarismus gibt sogar den wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiterklasse ein politisches Gepräge. Die Bemühungen der Arbeiterklasse und aller Werktäglichen darum, die Gefahr eines neuen Weltkriegs zu bannen, tragen dazu bei, die Völker zur internationalen Solidarität zu erziehen, denn unter den heutigen Verhältnissen ist der Friedenskampf von Natur aus so international wie nie zuvor... Selbstverständlich ist der Friedenskampf eine allgemein demokratische Bewegung, die es sich nicht zur Aufgabe macht und auch nicht machen kann, sozialistische Wandlungen herbeizuführen. Ubrigens begreifen das die Führer der KP Chinas ganz und gar nicht und versuchen, der Bewegung der Friedensanhänger Aufgaben zu oktroyieren, die ihr wscens fremd sind. Aber der Friedenskampf fördert insofern den Sozialismus, als er gegen den Herd der Kriegsgefahr, den Imperialismus, geführt wird und breiteste Volksmassen dazu bringt, ihre ureigenen Interessen klarer zu erkennen.“ (18) Aus den Ausführungen Susslows geht hervor, daß die Marxisten den Friedenskampf nicht nur zur Verhinderung eines Weltkrieges und um Bedingungen eines relativ friedlichen Weges zum Sozialismus führen, sondern daß auch der Kampf um Reformen, der Kampf um die aktuellen Lebensinteressen der werktäglichen Bevölkerung mit dem antimilitaristischen Kampf verknüpft werden kann und muß. Diese Aufgabe wird um so dringender, je mehr der Militarismus als „Würgeengel der Kultur“ alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßt. Richtige Anwendung der Prinzipien der Aktionseinheit heißt aber auch, die Friedensbewegung nicht dem Selbstlauf zu überlassen, sie an den Kampf um Demokratie und Sozialismus heranzuführen. Die Auseinandersetzung mit der Ideologie des bürgerlichen Pazifismus ist im Friedenskampf eine ebenso wichtige Auf-

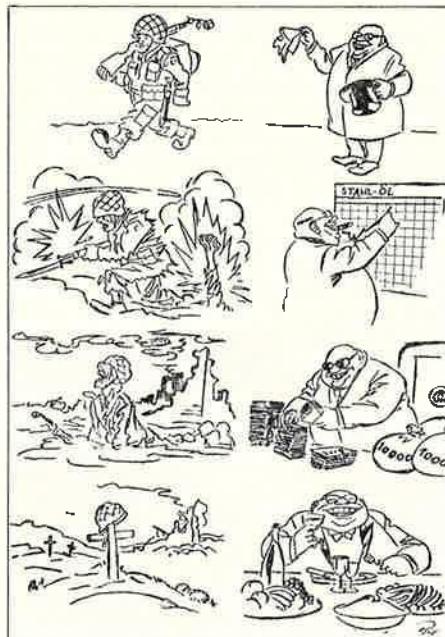
gabe, wie die Zurückdrängung des kleinstadtlichen Revoluzzertums. Die Notwendigkeit der Verknüpfung des Friedenskampfes mit dem demokratischen Kampf — in der Armee und allgemein —, die Berechtigung des bewaffneten Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen, besonders des vietnamesischen Volkes, der objektiv — aus den sozialistischen Produktionsverhältnissen resultierende — friedliche Charakter des sozialistischen Weltsystems müssen von den Marxisten offensiv in der Friedensbewegung vertreten werden. Nur wenn wir offen unsere Positionen zu diesen Fragen darlegen, wird bei unseren Bündnispartnern nicht der falsche Eindruck entstehen, den die bürgerliche Presse ihnen suggeriert, sie seien für uns „nützliche Idioten“ für eine gewisse Etappe des Kampfes, denen wir im übrigen unsere Gesamtkonzeption verbergen. Liebknecht bemerkte zum Verhältnis von bürgerlichem Pazifismus und marxistischem Antimilitarismus: „Die sozialdemokratische antimilitaristische Propaganda hingegen ist Klassenkampfpropaganda, und wendet sich daher grundsätzlich und ausschließlich an diejenigen Klassen, die im Klassenkampf notwendig Feinde des Militarismus sind, wenn sie natürlich auch die im Verlauf der Zersetzung für sie abfallenden bürgerlichen Späne ganz gern sieht.“

des Proletariats. Gewiß, sie verwendet auch ethische Argumentationen, das ganze Pathos des kategorischen Imperativs, der primitiven Menschenrechte und die schönen, aber nicht praktizierten Moralgrundsätze des Bürgeriums aus der Zeit seiner Morgenröte, ja selbst religiöse, besonders christliche Ideen und Vorstellungen nach Herzenslust. Das spielt hier indessen nur eine sekundäre Rolle. Es dient dazu, die verschlossenen Augen der unaufgeklärten Proletarier leichter zu öffnen, damit das Tageslicht der Klassenerkenntnis in das Gehirn flutet kann, und es dient weiter dazu, den Enthusiasmus zum Handeln anzuregen.“ (19)

Kampf um breite Bündnisse und ideologische Auseinandersetzung sind auch im Friedenskampf keine sich ausschließenden Gegensätze. Die Notwendigkeit der breitesten Aktionseinheit und die Notwendigkeit des Kampfes gegen alle Formen bürgerlicher und revisionistischer Ideologie sind in derselben marxistischen Position begründet: Der Orientierung an den Notwendigkeiten des Klassenkampfes und der Hebung des Klassenbewußtseins — und Friedenskampf ist härtester Klassenkampf.

ANMERKUNGEN:

- (1) Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus (unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung). In: Gesammelte Reden und Schriften, Berlin 1958, Bd. 1, S. 319.
- (2) Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969. In: Internationale Beratung..., Prag 1969, S. 36.
- (3) Peter Strutynski, Die Bedeutung der Verträge von Moskau und Warschau. In: Mit SPARTAKUS IM SPARTAKUS, Protokoll des 1. BK des MSB SPARTAKUS — 20. u. 21. 5. 71, Bonn 1971, S. 78.
- (4) Liebknecht, a. a. O., S. 266.
- (5) Ebenda, S. 269.
- (6) Ebenda, S. 277.
- (7) Siehe: W. I. Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie. In: Werke, Bd. 15, S. 186—196.
- (8) G. Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Internationale..., in: VII. Weltkongreß der komm. Internat., Frankfurt 1971, S. 75.
- (9) Liebknecht, a. a. O., S. 346.
- (10) Vgl. DWI-Forschungsheft 3/71, Militär-Industrie-Komplex in der BRD.
- (11) W. I. Lenin, Staat und Revolution. In: Werke, Bd. 25, S. 395.
- (12) Liebknecht, a. a. O., S. 323.
- (13) Ebenda, S. 320.
- (14) Ebenda, S. 440.
- (15) Ebenda, S. 350.
- (16) Ebenda, S. 351.
- (17) Michail Susslow, Über den Kampf der KPdSU für die Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung. O. O., o. Jg. (1964), S. 27.
- (18) Ebenda, S. 41 f.
- (19) Liebknecht, a. a. O., S. 434.



Sie klärt auf, um zu gewinnen, aber sie klärt nicht auf über kategorische Imperative, humanitäre Gesichtspunkte, ethische Postulate von Freiheit und Gerechtigkeit, sondern über den Klassenkampf, die Interessen des Proletariats in dem Klassenkampf, die Rolle des Militarismus im Klassenkampf und die Rolle, die das Proletariat im Klassenkampf spielt und zu spielen hat. Sie folgert die Aufgaben des Proletariats gegenüber dem Militarismus aus den Klassenkampfinteressen

Verschärfung des ideologischen Kampfes

Die Ergebnisse der hinter uns liegenden SP-Wahlen zeigen, daß der MSB insgesamt seine Position in den Studentenparlamenten an Hochschulen, PH's und Fachhochschulen behaupten konnte. Dort wo der MSB zusammen mit anderen fortschrittlichen Organisationen den ASTA zu einer Interessenvertretung der Studenten auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Orientierung ausbauen konnte und so konsequent die Interessen der Mehrheit der Studenten vertrat, erhielt die Reaktion eine klare Absage. Das zeigt sich an den Wahlergebnissen der Universitäten Hamburg, Hannover, Bonn und Karlsruhe. Auch an den Fachhochschulen erkennen die Studenten zunehmend, daß die Vertreter des MSB SPARTAKUS am nachdrücklichsten die fortschrittlichen Forderungen der Studenten aufgreifen und vertreten. Das machen besonders die klaren Wahlergebnisse zu den SP-Wahlen in Bielefeld, Hamburg und Frankfurt deutlich. In Frankfurt erhielten die Kandidaten des MSB 25,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Die Ergebnisse der vergangenen Wahlen sind um so höher einzuschätzen als sich der SPARTAKUS gegen die massiven Angriffe des RCDS und anderer reaktionären Gruppen durchsetzen konnte. Mit einer breit angelegten Kampagne, aufbauend auf antikommunistischer Hetze, auf Verdrehung und groß angelegten Provokationen (SPARTAKUS-„Tribunal“ des RCDS in Hamburg) versuchte die Reaktion das Ansehen des MSB unter den Studenten herabzusetzen. Massive Unterstützung erhielt der RCDS dabei durch das 2. Deutsche Fernsehen mit seinem allwöchentlichen Demagogenmagazin und durch die reaktionäre Springerpresse. Trotzdem gelang es an der Uni Bonn, der Hochburg des RCDS, die gemeinsamen Angriffe von RCDS und dem Bund Freiheit der Wissenschaft (Rektor H.

Schmitt) zurückzuschlagen und die Position des MSB um einen weiteren Sitz im SP zu verstärken. An der Uni Münster konnte der SPARTAKUS gemeinsam mit dem SHB und anderen demokratischen Studenten dem RCDS eine Niederlage bereiten und dessen Parlamentsmehrheit nach zweijähriger Dauer brechen. Damit sind in Münster die Voraussetzungen geschaffen, den ASTA zu einem Organ der demokratischen Studentenbewegung zu machen.

Nur dort, wo die linksopportunistischen Gruppen den MSB zu ihrem Hauptfeind erklärt und so objektiv der Reaktion in die Hände spielten, wurde verhindert,

Obwohl sich der SPARTAKUS bei den SP-Wahlen an nahezu allen Hochschulen behaupten konnte, ist festzustellen, daß der MSB die spektakulären Wahlerfolge des SS 71 nicht wiederholen konnte. Das hat seine Ursachen in der Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung auch an den Hochschulen, in der sich SPARTAKUS immer deutlicher als die marxistische Kraft darstellt. In seinem Kampf steht der SPARTAKUS fest an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer politischen Organisation, der DKP. Der SPARTAKUS weist hin auf die Bedeutung der sozialistischen Länder als die revolutionäre Hauptkraft in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus.

Weil die herrschende Klasse weiß, daß nur auf dieser Grundlage ein realistisches Kampfprogramm auch an den Hochschulen entwickelt werden kann, ist der SPARTAKUS schärfsten Angriffen ausgesetzt. Angesichts dieser Angriffe ist es nicht verwunderlich, wenn viele Studenten, die sich aktiv am Kampf um eine fortschrittliche Hochschule, gegen Ordnungsrecht und reaktionäre Lehrinhalte für die Stärkung der verfaßten Studentenschaften, für Abrüstung und Frieden in Europa beteiligen, durch den tief verwurzelten Antikommunismus von einer Stimmenabgabe für die Kandidaten des MSB abgehalten wurden. Für den SPARTAKUS kann das kein Grund zu opportunistischen Zurückweichen sein. Gerade weil noch bei vielen antikommunistischen Vorurteile bestehen, kommt es darauf an, zukünftig verstärkt, noch klarer, noch eindeutiger den marxistischen Standpunkt darzustellen, noch geduldiger auf alle Fragen der Studenten einzugehen, noch konsequenter alle Bündismöglichkeiten zu nutzen und alle fortschrittlichen Studenten in den Kampf gegen die Reaktion für eine Hochschule im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts einzubeziehen.



„Als Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft kann ich nur sagen, daß ich das Ergebnis der letzten Münchner Studentenparlamentswahlen sehr positiv einschätze.“

daß der MSB im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Organisationen eine demokratische Mehrheit im SP stellen kann. Das zeigt sich an den Wahlergebnissen an der Uni Cottigen, in Kiel und besonders deutlich an der Uni München.

Vorder- und Rückseite

„Jeder ist unser Nächster. Im Dezember hielt ich in Köln mit Studenten einen Gottesdienst, der dieses Thema trug „Jeder ist unser Nächster. Ein anspruchsvolles Thema...“ (Forum des CV-Seelsorgers, Seite 15)

„Keine DKP- und Spartakus-Angehörige in den öffentlichen Dienst.“

„Die Entscheidung der Hamburger Landesregierung, Angehörige rechts- und linksradikaler Gruppen nicht in den öffentlichen Dienst zu übernehmen, begrüßte der Bundesvorsitzende des RCDS, Gerd Langguth, auf einer Veranstaltung in Regensburg. Es werde Zeit, daß sich auch die anderen Landesregierungen zu diesem Schritt entschließen. Dies müsse

auch den Hochschulbereich betreffen.“ (In derselben Schrift S. 18)

(Aus einer Schrift des Cartellverbandes katholischer Studenten (CV))

Liebhaberei

Bei der Mehrheit der Angestellten unbewußt, bei einer Minderheit dagegen ganz bewußt, wird der Arbeitsplatz deshalb heute sehr häufig auch nach der Anwesenheit attraktiver Partner gewählt. Die Freudsche These, daß die Berufswahl in hohem Maße von der Sexualneigung bestimmt wird, hat sich insoweit erhärtet, als diejenigen, die ihren Beruf nicht nur als Gelderwerb betrachten, bewußt oder unbewußt eine Tätigkeit ge-

funden haben, die u. a. auch ihrem sexuellen Naturall entspricht. (Aus: der arbeitgeber Nr.3/24-1972)

Relevanz der Denkansätze

Ich bin nicht mehr bereit Facit weiter zu beziehen. Durch die neuen Herausgeber, MSB SPARTAKUS, haben sich nicht nur Format, Umfang und Preis verändert, sondern leider auch der Inhalt der Zeitschrift. Das heißt: Die Relevanz der Denkansätze im Bezug zu revolutionärer Theorie und Praxis. Und: Die Analyse der aktuellen Situation und die Interpretation der Historie werden bestimmt durch die Orientierung am Marxismus-Leninismus, Verständnis der DKP, beziehungsweise der KPdSU.

(Aus einem Abbestellungsbrief an FACIT)

Aus den Hochschulen

Gießen: Mieterhöhung verweigert

Es begann im Herbst 1971: den Bewohnern des Studentendorfes Eichendorffring flatterte eine Mitteilung des Gießener Studentenwerkes in die Briefkästen, worin von der "vorsorglichen Überprüfung der derzeitigen Wohnmieten" gesprochen wurde.

Inzwischen ist die Angelegenheit — natürlich wiederum in den Semesterferien — akut geworden. Nachdem sich das Studentenparlament in einer Resolution gegen eine Mieterhöhung ausgesprochen hatte, wollte der Vorstand des Gießener Studentenwerkes dennoch einen entsprechenden Beschuß fassen, vor allem um einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan vorlegen zu können.

Der MSB SPARTAKUS machte die betroffenen Heimbewohner und die Studentenschaft in einem Flugblatt auf diese Vorgänge aufmerksam. Daraufhin stellten ca. 40 Studenten die Öffentlichkeit in der Vorstandssitzung her und forderten das Studentenwerk auf, sich mit einer bereits in einer Heimvollversammlung verabschiedeten Resolution zu solidarisieren. Darin wird unter anderem eine Begrenzung des Mietsatzes auf höchstens 20 Prozent des höchsten Förderungssatzes nach dem BAföG, die Übernahme aller darüber hinaus entstehenden Defizite der Studentenwerke durch das Land und Wohngeld für alle Studenten, die auf dem privaten Wohnungsmarkt mehr als 20 Prozent des Förderungshöchstsatzes bezahlen müssen, gefordert. Notwendig seien auch kostendeckende Stipendien und verstärkter Wohnheimbau.

Die Aktion hatte Erfolg. In einem Schreiben an den Kultusminister legte das Studentenwerk für das Jahr 1972 einen nicht ausgeglichenen Wirtschaftsplan vor. Der Vorstand erklärte, daß trotz einer Reihe von Sparmaßnahmen und Kürzungen eine Finanzlücke von rund 600 000 DM nicht schließen könnte. Weiter hieß es in der Mitteilung: "Das Studentenwerk hält es im Hinblick auf seinen gesetzlichen Sozialauftrag gegenüber den Studenten nicht für vertretbar, den Ausgleich durch Erhöhung der Sozialbeiträge und der Wohnheimmieten vorzunehmen. Es wird daher dem hessischen Kultusminister den beschlossenen Wirtschaftsplan vorlegen und dabei auf einer entsprechenden Erhöhung der staatlichen Zuschüsse bestehen. Diese Entscheidung des Vorstandes des Studentenwerkes wird von der gesamten Studentenschaft begrüßt und unterstützt."

So war ein erster Erfolg erreicht. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß sich das Kultusministerium Maßnahmen einfallen lassen wird, um auf dem Verwaltungsweg

das Studentenwerk zu umgehen und die Mieterhöhungen trotzdem durchzusetzen. Deshalb haben die betroffenen Studenten ein "Aktionskomitee Mietkampf" gebildet, in dem auch der MSB SPARTAKUS mitarbeitet. Als erstes wurden Flurversammlungen durchgeführt, in denen die Hausbewohner noch eingehender über die bisherigen Ereignisse informiert wurden. Zu Beginn des Sommersemesters sollen dann die studentische Öffentlichkeit und die Gießener Bevölkerung durch Informationsstände, Wandzeitungen und Flugblätter informiert und in die Aktion mit einbezogen werden.

Bielefeld: Aktivitäten gegen das Berufsverbot

Seit Herbst 71 gibt es in Bielefeld ein Komitee, das sich mit den Berufsverboten für Kommunisten und andere Demokraten beschäftigt, Initiativen plant und koordiniert.

Bis jetzt haben folgende Organisationen und Gruppierungen Vertreter in das Komitee entsandt:

AStA-PH, FLK-Uni (Studentenvertretung), Studentenparlament der Fachhochschule, Bezirks-SMV der Gymnasien und Realschulen, GEW-Hochschulgruppe, Assistentenvertretung Uni, einzelne Professoren, DKP-Hochschulgruppe, MSB SPARTAKUS, SHB, SAO, Jusos.

Im Dezember war in der Aula der PII eine Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten und anderen Vertretern politischer Parteien und den Betroffenen Henne, Laux, Michels. Mit großer Mehrheit wurde eine Protestresolution verabschiedet.

Kurz vor und nach dem Ministerpräsidentenbeschuß wurden an Uni und PH mehrere Protestveranstaltungen, Protestresolutionen, Unterschriftensammlungen und Flugblattaktionen durchgeführt. Am 27. 1. war an der PH ein eintägiger Warnstreik und am 3. 2. an der Uni in der mathematischen und soziologischen Fakultät. (jeweils auf Beschuß von Vollversammlungen).

Für die nächste Zeit ist folgendes geplant: Ausweitung der Kampagne auf den Außerhochschulbereich. Kontakte zu den Gewerkschaften. Gründung eines Hilfskomitees für die Betroffenen. Erarbeitung von Dokumentationen (Rechtslage — neue Fälle). Informationsveranstaltungen in Schulen und Jugendklubhäusern. Info-Stände und Flugblätter innerhalb der Stadt. Hinarbeitung auf einen längerfristigen Streik im Sommersemester an Uni, PII und Fachhochschule. Erweiterung des Aktionskomitees.

Karlsruhe: Ungarische Studentendelegation in Karlsruhe

Karlsruhe, (ppa) — eine Studentendelegation aus Budapest war eine Woche lang Gast beim Allgemeinen Studientenaußschuß (AStA) der Karlsruher Universität. Neben Besichtigungsfahrten standen Gespräche mit dem DGB-Kreisvorstand, dem Rektor der Universität, Professor Draheim, dem AStA, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der DKP sowie den politischen Hochschulgruppen Marxistischer Studentenbund Spartakus und sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB) auf dem Programm. Für den Sommer wurde ein Studenten-Austauschprogramm vereinbart.

Oldenburg: Studenten gegen Ministerpräsidentenbeschuß

Oldenburg, (ppa). — Der AStA des Teilbereiches Oldenburg der pädagogischen Hochschule Niedersachsen hat sich entschieden gegen den Beschuß der BRD-Ministerpräsidenten gewandt, der progressiven Demokraten den Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt.

Mit Informationsständen machten die Studenten am Donnerstag und Freitag die Öffentlichkeit auf die Verfassungswidrigkeit dieses Beschlusses aufmerksam. Sie forderten die Bevölkerung auf, bei Regierungen und Abgeordneten gegen den Beschuß zu protestieren und seine Rücknahme zu fordern.

Zeugungsversuch

JUNGE UNION Kreisverband Krefeld

Krefeld, den 19. November 1971 e/m
Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde!

Seit Monaten versucht die RCDS-Gruppe an der Fachhochschule Niederrhein — Abteilung Mönchengladbach ihre Basis zu erweitern. In Mönchengladbach ist dies zum Teil gelungen.

Die RCDS-Gruppe, die an der ehemaligen Höheren Wirtschaftsfachschule (jetzt Fachbereich Wirtschaft) vor einem Jahr gegründet wurde, hat inzwischen auch Mitglieder im Fachbereich Sozialpädagogik und Hauswirtschaft gewinnen können.

Diese verbreiterte Basis aber allein genügt noch nicht, um erfolgreich die Geschicke der Fachhochschule Niederrhein mitzugestalten. Es ist daher unbedingt notwendig, daß auch in den in Krefeld vorhandenen Fachbereichen der RCDS vertreten ist.

Wir bitten deshalb die Mitglieder der

Jungen Union oder deren Bekannte, die in Krefeld studieren, sich an uns zu wenden, um gemeinsam zu überlegen, wie auch eine RCDS-Gruppe in Krefeld aufgebaut werden kann. Dabei ist zu beachten, daß die Zeit eilt, da bereits am 15. Dezember 1971 die Mitverwaltungsgremien an der Fachhochschule Niederrhein gewählt werden, die dann von den Linken beherrscht werden, wenn wir uns nicht rechtzeitig einschalten.

Wir richten daher die dringende Bitte an Sie, sich noch vor dem 26. November 1971 (Endtermin für Wahlvorschläge) an uns zu wenden.

Unsere Anschrift: RCDS-Geschäftsstelle, 405 Mönchengladbach, Käffhäuser Straße 5, Tel. 021 61/3 15 95.

Wir bitten, daß interessierte Kommilitonen dort ihre Anschrift bekanntgeben, damit wir uns dann mit ihnen in Verbindung setzen können.

JUNGE UNION KREISVERBAND KREUZKIRCHEN

RCDS-GRUPPE FACHHOCHSCHULE NIEDERRHEIN

N. Taplick — Vorsitzender

Klaus Evertz MdL — Kreisvorsitzender

Noch ein Hilfstrupp

Mit indischen Weisheiten im Sinn („Nur der Unwissende wird böse, der Weise versteht“) und den notwendigen Finanzmitteln aus den Kassen der Großindustrie, Banken und des rechten Klerus will der Freiburger Jurastudent im 5. Semester Stephan J. Pförtner das miese Unternehmerbild in den Studentenschaften aufpolieren.

Nach Bestätigung seiner Hochschulpolitischen Konzeption und seiner Wahl zum CV-Bundesvorsitzenden durch den Burschenschaftstag im letzten Oktober funktionierte der aus Essen stammende clevere Unternehmer-Sympathisant Pförtner („meine Eltern haben nur einen Blumenladen“) den „Laden“ in der Endenicher Straße 18, wo bis dahin das Bonner Hauptquartier des ADS residierte, in eine Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft „Student und Gesellschaft“ um. Selbsternannter „Vorstandssprecher“ Pförtner machte sich sodann mit zwanzig Getreuen an neun Hochschulen auf, die „Fehleinschätzungen, Vorurteile und falschen Schlüsse“ auf Seiten der Unternehmer und Studenten abzubauen. In Flugblättern (Auflage 40 000), aufgemacht mit rotem Band im Stil des Schnellbriefes des Deutschen Industrie-Instituts, das die Interessen der Arbeitgeber, wie es so schön heißt, „publizistisch“ vertritt, verbreitet nun SuG Unternehmer-Meinungen, getreut der Ankündigung im ersten SuG-Flugblatt: „Der Unternehmer soll einerseits seine Rolle im System und den daraus resultierenden Einfluß rechtfertigen können, zum andern soll er sich mit der Argumentation der Studenten gegen die soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftsform auseinandersetzen. Um die Kosten, den monatlichen Aufwand von „2000 bis 3000 Mark“ finanzieren zu können, wirbt der CV-Bundesvorsitzende um einen Freundeskreis.“

(Aus der Frankf. Rundschau v. 31. 1. 72).

„Engstirnigkeit und Karrierismus“

Nach den letzten Studentenparlamentswahlen an der Universität Mainz, der den Rechten Stimmengewinne brachte, erschien nachfolgend wiedergegebenes Flugblatt der Studenten-Gruppe „OCTOBER“:

Ein rechter ASTA! Die Mainzer Studenten haben den ASTA, den sie verdienen, sollte man meinen. Der Vorwurf allerdings fällt auf die „antirevisionistische“ Linke an der Uni, zusammengehalten durch eine oberflächliche Revisionismuskritik, in sich aber völlig zerstritten, zurück. Die völlige theoretische Hilflosigkeit, das prinzipielle Gezänk, wer der „wahren Avantgarde“ nachrennt, hat ein gut Teil zum Sieg der Rechten beigetragen. Die „Antirevisionisten“, insbesondere die „ML“-Bewegung haben es von 1969 bis heute zu einer stattlichen Anzahl von Organisationen gebracht, von denen sich mindestens 6 für die „Avantgarde des Proletariats“ halten und jede den anderen fünfzen vorwirft, den „Boden des Marxismus“ verlassen zu haben. Die so bitter notwendige Einigung der revolutionären Linken stellt sich jede „Partei“ so vor, daß sie alle anderen ausgegerechnet ihr anschließen sollen. Engstirnigkeit und Karrierismus der „Führer“ verlangt dies halt.

So besitzt z. B. der „KAB/ML“ die Naivität, die Albanische Partei „im Namen des ganzen deutschen Volkes“ (in den Grenzen von 1937??) als „wir deutschen Kommunisten“ zu begrüßen. Ergo: Nur wer im „KAB/ML“ ist, sei „deutscher Kommunist“! Ein Ding ist allerdings nicht, was sich selber dünkt.

Weiter. Die „Ur-KPD/ML“ (Anf. 69 gegr.), die sich in ihrer Grundsatzklärung flugs zur „Avantgarde“ erklärte und bis dato noch keinen Strich gemacht hat, diesen bescheidenen Anspruch zu verifizieren, ist inzwischen an ihrer lachhaften, praktischen Parteikonzeption gescheitert und geplatzt, nachdem sich bereits vor knapp zwei Jahren ein Teil abgespalten hatte, und sich ebenso flugs „KPD/ML“ und „Avantgarde“ nannte, aber nach und nach fast alle ihre „schwerwiegenden Differenzen“ zur Führung der „Ur-KPD/ML“ stillschweigend korrigierte. Es handelt sich hierbei um die von der Mainzer „ML“ angebotene „KPD/ML-Zentralbüro“ (kurz: „ZB“). Diese Leutchen brachten es z. B. fertig, vor der Spaltung „Die Massen mobilisieren!“ zu schreien, und inzwischen, etwas bescheidener geworden, zu rufen: „Die fortschrittlichen Arbeiter gewinnen!“ (Siehe „Rote Fahne“, 2. 8. 71). In ihrem theoretischen Organ „Bolschewik“ schrieben sie, es sei „trotzkistisch“, zu versuchen, die Gewerkschaften zu erobern und es seien sehr viele theoretische Fragen zu lösen (Bolschewik 1 vor der Spaltung), hernach träumte man in der Nr. 2 den „trotzkistischen“ Traum von der Eroberung der Gewerkschaft durch Abwahl der Funktionäre von unten nach oben, in der Nr. 6 stellte man plötzlich fest, daß auf theoretischem Gebiet heutzutage doch nicht mehr allzuviel zu tun sei! Eine wahrhaft „stählerne, bolschewistische Partei“, die ihre Linie wie ein Hemd wechselt und dazu noch Weisheiten verkündet, wie „Wenig Reiche — viele Arme: Kapitalismus“ (Bolschewik 0) oder „Politischer Kampf — das ist der Kampf um die Staatsmacht, die den SPD-Führern aus den Händen genommen werden soll“ (Rote Fahne, 2. 8. 1971), der gute alte Marx die Ansicht vertrat, daß das Kapital die Macht im Staat habe und die „Regierung nur ein Ausschuß zur Verwaltung der gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisie“ sei.

Doch wenden wir uns einer weiteren, gerade in Mainz, insbesondere von der BG Germanistik verehrten „Avantgarde“, der selbsternannten und „einzig legitimen“ Nachfolgerin der alten KPD, der neuen „KPD“, früher, 1970, noch „KPD/Aufbauorganisation“ geheißen, zu.

Man beteuert in seiner „Rote Fahne“ 21 (übrigens die dritte ihrer Art in der BRD):

„Ausgehend vom Wunsch nach Einheit aller Marxisten-Leninisten“ MOCHTE MAN „alle Werktagen unter der Führung“ eben dieser „KPD zusammenschließen“. Wie gehabt, nur ohne „Avantgarde“ expressis verbis.

Die Gründung dieser „KPD“ offenbart denn auch die Verlegenheit dieser spintisierenden eklektischen Flohknacker: Obwohl zum Zeitpunkt dieser Gründung bereits die „Ur-KPD/ML“ existierte, und man durchaus noch hoffen konnte, daß daraus einmal eine wirkliche Avantgarde würde, machten Semler und Genossen ihren eigenen Verein auf, ohne jede Diskussion mit bereits Vorhandenem. Um Vorwürfen aus dem Weg zu gehen, wurde behauptet, es sei noch „zu früh“ für eine Parteigründung und man dürfe sich erst Partei nennen, „wenn die Organisation auf nationaler Ebene in den proletarischen Massen verankert“ sei (RPK 56/57). Deshalb der Name „Aufbauorganisation“ (KPD/AO).

Doch in der RPK 63 wußte man plötzlich, ein „zu früh“ gäbe es gar nicht, und ein Jahr später, Juli 71, taufte man das Kind auf „KPD“ um. Nun lag man darauf los: „der Name (!) „AO“ sei damals gewählt worden, um sich gegen verantwortungslose (?) Parteigründungen abzusetzen.“ (RF 21) Vergl. oben! Wer annehmen sollte, daß die neue „KPD“ bereits „national verankert“ sei, wird eines besseren belehrt: In der „Rote Fahne“ 21 wird stolz die „Bildung des zweiten Regionalkomitees“ (Berlin und Ruhr) verkündet! Quod erat demonstrandum.

Am Schluß der „Rote Fahne“ 21 wird dann das unmögliche versucht. Mit einem reformistischen „Aktionsprogramm“ die „einheitliche rote Front aller Ausgebeuteten“ ausgegerechnet gegen „die Spaltung durch Reformismus“ zu schaffen.

Weist man nun die Mainzer „ML“-Fetischisten, incl. BG Germ., auf obige Widersprüche hin, merkt man, daß sich die Bonnertheit und Verlogenheit ihrer politischen Ziehmütter an der Basis widerspiegelt. Hilflose, sophistische Rechtfertigungsversuche und verbissenes Schweigen lösen einander ab. Die Rechtfertigungsversuche sind geradezu rührend, wie z. B. der Mainzer „ML“-Bonne Richard L. meint, das Studium des „Kapitals“ sei überflüssig. Das Hauptwerk Marx's überflüssig! Diese Verachtung der Theorie führt dann dazu, daß Till Bastian („ML“) listig erklärt, „wenn der Schleifstein (DKP-Politprofessor) kommt, gehen wir nicht hin, weil wir sonst verlieren.“ Kommentar überflüssig. Bei den Sympathisanten sieht's ganz fürchterlich aus: Im „Roten Student“, Jan. 72, wird dick aufgetragen: „Die KPD-ML (ZB) ist bereits in allen Großbetrieben verankert“. Die Wirklichkeit sieht, wie so oft, anders aus: „Die Regierung setzte ihre 7,5-Prozent-Lohnleitlinie im Metalltarifkampf 71 durch, trotz zahlloser Aufrufe des „ZB“ an die Arbeiter: „Das Lohndiktat durchbrechen!“ Verankert? Doch den „Roten Student“ ficht das nicht an. Er widerlegt die Praxis schlagend: man gäbe ja „etwa 60 Betriebszeitungen heraus“. Tse-Tse! Am Ende des „RS“ geht man auf Dummenfang und läuft uns vor, man wolle „den Studenten die Wahrheit über die KPD/ML sagen“. (S. 6)

Auch unsere „AO“-Fans blamieren die Innung. Abgesehen davon, daß im „Info“ 5 der BG Germ. ganz neue Erkenntnisse, wie die der „produktiven Maschine“ (S. 32) oder, daß das Kapital mit den Arbeitern „Schweißausprägung“ (S. 33) betreibe, stehen, ist die Kritik am Gegner recht seltsam: Man rügt, daß der SHB „das Konzept der Reformen über den Kapitalismus hinaus“ aufwärme, selbst aber kämpft man im Kapitalismus für „Ausbildung, die dem Volke dient“ (S. 18). Mit dem SPARTAKUS treibt man das gleiche Spielchen: Ob „Marx an die Uni“ oder „Erkämpft das sozialistische Studium“, beides ist im geg. System unmöglich. Den Genossen wäre zu raten, erst selbst einmal ein sozialistisches Studium zu betreiben, ehe sie die Studenten damit beglücken wollen.

Wie an die Kulturarbeit herangehen?

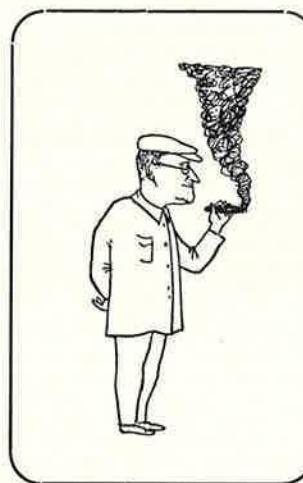
Von verschiedenen Ausgangspunkten her haben marxistische Untersuchungen die steigende Bedeutung kultureller Bereiche und Probleme für den Klassenkampf diagnostiziert: Verschärfung des Ringens der Ideologien in der Systemauseinandersetzung; neue Rolle der Hauptproduktivkraft, des arbeitenden Menschen, in der wissenschaftlich-technischen Revolution; Veränderungen im Charakter der Arbeit, die neue und höhere Anforderungen an Qualifikation und Reproduktion der Ware Arbeitskraft mit sich bringen und zu neuen Widersprüchen im staatsmonopolistischen System führen; Kultur- und Umweltzerstörung im Spätkapitalismus; wachsende Möglichkeiten zur Erweiterung der realen Freizeit und ihrer produktiven Nutzung durch und für die arbeitenden Menschen. Die neuen und verschärften Konflikte werden gegenwärtig

in einer Vielzahl von Aktivitäten und Bewegungen aktualisiert; hier seien nur einige genannt, um etwa den Umfang der kulturpolitischen Probleme anzudeuten: Kampf um ein demokratisches Bildungswesen, um zukunftsichere Ausbildung, Bildungsurlaub und Umschulungsmöglichkeiten; Aktionen zur Sicherung und Erweiterung der Erholungsmöglichkeiten der arbeitenden Menschen, für menschengerechten Städte- und Wohnungsbau, zeitsparende und billige Massenverkehrsmittel, Bewegungen gegen Umweltzerstörung durch die Konzerne, gegen arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Ausrichtung der Massenmedien und Entwicklung kultureller Aktivitäten aus der Arbeiterklasse selbst. z. B. in Werkstätten für Literatur und Grafik der Arbeitswelt.

Die objektiv erhöhte Bedeutung der Kultur für den Kampf der Arbeiterbewegung schlägt sich auch nieder in verstärkter Aktivität marxistischer Wissenschaftler der BRD auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Untersuchungen.

Dabei taucht notwendig die Frage auf nach den **Hauptrichtungen der weiteren Entwicklung** dieser Arbeit; es zeichnen sich organisatorische Probleme ab wie die Verbesserung der Methoden des kollektiven Studiums marxistischer Studenten, die Verbesserung der überregionalen Information und Koordination der Arbeit, um einer sinnvollen Aufgabenteilung der begrenzten Kräfte und einer gezielten Nutzung der Publikationsmöglichkeiten näher zu kommen. In erster Linie geht es aber um die **inhaltliche Diskussion** der Fragestellungen und Schwerpunkte der Arbeit unter dem Aspekt, einen möglichst wirksamen wissenschaftlichen Beitrag zum kulturellen und kulturpolitischen Kampf der Arbeiterklasse in seiner ganzen Breite zu liefern. Nicht selten gibt es noch eine Beschränkung auf die Entlarvung der bürgerlichen Positionen oder ein akademisches Herangehen an die Probleme; es entspricht dem Wesen des Marxismus als einer kritischen und revolutionären Wissenschaft, über Ideologiekritik und (nicht selten fetischisierend wirkende) Analysen der Mechanismen der Kapitalherrschaft hinaus sich mit den Fragen zu beschäftigen, die von unmittelbarer Bedeutung sind für die Weiterentwicklung und Durchführung der Kulturpolitik der Arbeiterklasse. Die an den Hochschulen nötige Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, die eigene Qualifizierung der marxistischen Studenten, die offensive Darlegung der marxistischen Methoden und Erkenntnisse kann stattfinden in der Erarbeitung theoretischen und empiri-

schen Materials für die Fundierung marxistischer Klassenpolitik und für die Ausarbeitung konkreter, realistischer antimonopolistischer Alternativen auf allen Gebieten der kulturpolitischen Auseinandersetzung. Völlig klar ist, daß es für marxistische Studenten sich hier um eine Maximalvorstellung handelt, daß es



um ein ständiges Bemühen geht, unter Beachtung der konkreten Studienbedingungen die **Schwerpunkte der Arbeit stärker auf die kulturpolitischen Aufgabenstellungen auszurichten**. Der Hauptbeitrag marxistischer Studenten zum Kampf der Arbeiterklasse wird ein mittelbarer bleiben: Die Anforderungen des offiziellen Studiengangs und der Prüfungsordnungen sind nicht zu überspringen; auch der Kampf um marxistische Positionen beispielsweise in der Sprachwissenschaft oder bei der Geschichtsschreibung des Mittelalters dient den Interessen der Arbeiterklasse, der Verbreitung des Marxismus.

Schlüsselstellungen: Bildungswesen, Kultur-Konzerne

Es wäre vermesse, ein detailliertes Arbeitsprogramm für die marxistische kulturwissenschaftliche Forschung darlegen zu wollen; einige Schwerpunkte sind jedoch offensichtlich und sollen hier kurz angeführt werden. Die zentrale Bedeutung des Bildungswesens im Rahmen antimonopolistischer Kulturpolitik ergibt sich aus seinem **Einfluß auf Bewußtsein und Verhalten des ganzen Volkes**, aber auch durch seine Verbindung mit den materiellen Interessen der arbeitenden Menschen; die Höhe von Lohn und Gehalt wie die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes hängen in bedeutendem Maße ab von einer zukunftsicheren Ausbildung, hoher Qualifikation, Disponibilität etc. Daraus ergeben sich grundlegende Interessen der Arbeiterklasse an einer **Reform des Bildungswesens** unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Sie bilden den Ausgangspunkt für die Kritik der staatsmonopolistischen Konzeptionen in der Pädagogik, der Bildungstheorie, -forschung und -politik, die sich auf ein breites Spektrum zwischen rigiden Formierungen mindestqualifizierter Arbeitskräfte und halbherziger Förderung aktiven, „kritischen und schöpferischen“ Verhaltens zur Systemstabilisierung verteilen. Die konkrete Bestimmung der individuellen und kollektiven Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution durch die arbeitenden Menschen zum eigenen Vorteil nötig macht, ist eine wichtige Hilfe für die Erarbeitung der marxistischen Position in den Fragen der Pädagogik und Bildung. Den stärksten Einfluß auf die aktuellen Auseinandersetzungen um Lehr-

und Bildungsinhalte verspricht die Entwicklung, Erprobung und Propagierung konkreter, heute anwendbarer, antimonopolistischer Alternativmodelle für Lehrerausbildung und Schulunterricht.

Eine weitere Schlüsselstellung im Kampf um klassenmäßiges Bewußtsein und Verhalten der arbeitenden Menschen nehmen die **Massenmedien** und **Kulturkonzerne** ein. Vertiefung und Verbreitung der marxistischen Analysen der Monopolisierung und Verflechtung im Bereich der privatkapitalistischen Unternehmen sowie des Ausbaus der staatsmonopolistischen Lenkung des Gesamtgebiets, v. a. der öffentlich-rechtlichen Anstalten, dienen der Entlarvung der bürgerlichen Pluralismus-Theorien und helfen bei der Entwicklung antimonopolistischer Gegenkonzeptionen. Zunehmend tritt die Beschäftigung mit den Aussagen der Massenmedien und ihren Wirkungsbedingungen in den Vordergrund. Fragen wie

„Welche Hauptargumente werden gegen die sozialen und politischen Grundinteressen der Arbeiterklasse wie vorgebracht, wie sind sie v. a. zu widerlegen?“

„Welche Bedürfnisse der arbeitenden Menschen werden von den imperialistischen Massenmedien aufgegriffen, in welcher Weise könnten sie produktiv und klassenmäßig befriedigt werden?“

„Wie funktioniert die ideologische Gleichschaltung der intellektuellen Macher in den Medien?“

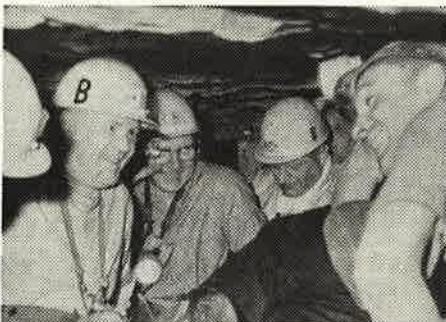
„Wie wirken sich die Erfahrungen aktiver Interessenvertretung gegen das staatsmonopolistische System aus auf das Verhalten zu den Medien des Systems, wie müssen die marxistischen Kräfte hier eingreifen?“

müssen beantwortet werden, um die Positionen der Arbeiterbewegung in den Massenmedien und in der ideologischen Auseinandersetzung stärker zum tragen zu bringen.

Untersuchung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Relativ wenig Aufmerksamkeit finden bisher die verstärkten Tendenzen der imperialistischen Kulturzerstörung: die unmittelbar materielle Vernichtung, die inhalt-

liche Liquidierung humanistischer Traditionen und Einstellungen, vor allem aber die Unterdrückung und Verzerrung der auf Befriedigung kultureller Interessen und praktische Persönlichkeitsentfaltung gerichteten Bedürfnisse, Einstellungen und Verhaltensweisen unter den arbeitenden Menschen selbst. Aus welchen Bereichen der sozialen Lebenspraxis der arbeitenden Menschen können wie Gegentendenzen zur zunehmenden Ausprägung der kulturzerstörerischen Absichten v. a. in der auf Massenwirksamkeit gerichteten imperialistischen Kunst und Kultur gefördert werden? Eine bedeutende Rolle spielt sicher die Entwicklung der Elemente der demokratischen und sozialistischen Kunst. Sie bedarf der Unterstützung durch Analyse und Kritik ihrer aktuellen und historischen Erfahrungen, durch Klärung theoretischer Grundfragen (antiimperialistisches Menschenbild, an den Bedürfnissen des Kampfes ausgerichtete Ästhetik etc.).



Otto Gotsche (links), vor 1933 Arbeiterfunktionär im Mansfeld-Gebiet, namhafter Schriftsteller, besucht Kumpel vor Ort.

Grundlage jeder Kulturpolitik im Interesse der Arbeiterklasse muß die Untersuchung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen sein: Welche Einflüsse, Erfahrungen und Tätigkeiten wirken wie auf Bewußtsein und Verhalten, erzeugen und formen welche Bedürfnisse und Interessen? Welche Veränderungen in der Lebenspraxis der arbeitenden Menschen, in ihren Anforderungen an die Möglichkeiten zur Reproduktion der qualifizierten Arbeitskraft zeichnen sich

mit dem steigenden Gewicht der „Produktivkraft Persönlichkeit“ ab? Die imperialistischen Konzeptionen für eine die Integration fördernde komplexe Umweltgestaltung gilt es zu entlarven, den real sich verändernden und neu entstehenden kulturellen Bedürfnissen der Werktätigen, die sich aus dem gewandelten Charakter der menschlichen Arbeit in der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben, nachzugehen und die Ansatzpunkte für die Herausbildung von Einstellungen und Verhaltensweisen zu finden, die der solidarischen Interessenvertretung und der Entfaltung der Persönlichkeit dienen. Daraus ergeben sich Konsequenzen für eine Kulturpolitik, die darauf abzielt, die arbeitenden Menschen zum Subjekt ihrer Geschickte und ihrer Entwicklung zu machen, die Schritt um Schritt, ausgehend von den heutigen Realitäten und dem heutigen Bewußtseinsstand, die Elemente der demokratischen und sozialistischen Kultur im Leben, im Bewußtsein und Verhalten der Arbeiterklasse entfalten.

Die Wege und Formen, in denen die skizzierten Problemkreise zum Gegenstand der marxistischen wissenschaftlichen Arbeit werden können, sind vielfältig; sie reichen von der Berücksichtigung in Seminar-, Zulassungs-, Diplom- und Doktorarbeiten über die Möglichkeiten, mit Lehrpersonen Tutorien und Seminare durchzuführen bis zu studentischen Seminaren in Eigenregie und selbständigen Forschungsprojekten.

Beim Institut für Marxistische Studien und Forschungen ist geplant, einen Arbeitskreis zu bilden, der sich mit Fragen der marxistischen kulturwissenschaftlichen Arbeit beschäftigen wird. Für die Überlegungen, welche Aufgaben vordringlich und mit welchen Kräften realisierbar sind, wären eine bedeutende Unterstützung Informationen über die von marxistischen Studenten und Wissenschaftlern geleistete und geplante Arbeit auf diesem Gebiet. Diese Informationen könnten darüber hinaus beitragen zur Verbesserung der Abstimmung und des Kontakts zwischen den arbeitenden Individuen und Kollektiven.

Kontaktadresse: Kaspar Maase,
8 München 50, Scharnhorststraße 14
Telefon 0811/1 41 16 78

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,—

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerkundung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerkundung - Satzung - Presse-Spiegel u. a.

Name

Ort

Straße

Ich bestelle per **Nachnahme**
(Versand nur per Nachnahme möglich)

.... Exemplar(e) des Protokolls.

Schicken an: Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS:

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

Unterschrift: _____

Uni — bzw. FHS: _____

Schicken an:

MSB SPARTAKUS, Bundesvorstand,
53 Bonn, Sternburgerstraße 73.

Betr.: Emanzipation

Bildung: Gradmesser für die gesellschaftliche Stellung der Frau

Es gibt kaum ein beredteres Beispiel über die Diskriminierung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft, als die Zahlen, die über die Benachteiligung der Frau in der Ausbildung Auskunft geben:

- von dem Viertel aller Jugendlichen in der BRD, die ohne Ausbildung bleiben, stellen die Mädchen 90 Prozent.
- von 23,6 Mill. Frauen im berufsfähigen Alter (zwischen 18 und 60) haben 85 Prozent nur Volksschulbildung.
- Nur 5,3 Prozent aller Arbeiterinnen sind als Facharbeiterinnen ausgebildet.
- Von den Abiturienten sind 37 Prozent Mädchen, von den Studierenden waren es 1968 25,6 Prozent — ganze 0,7 Prozent waren davon Arbeitertöchter.

Wer ohne Ausbildung bleibt, ist nicht nur dazu verdammt, lebenslang unqualifizierte Arbeiten auszuführen. Da diesen Frauen eine Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge weitgehend versperrt bleibt, sind sie willkommene Manipulationsobjekte, die ihre unterdrückte Lage nicht durchschauen. Bildung ist daher eine entscheidende Voraussetzung, um der Frau das Selbstbewußtsein zu vermitteln, das sie für ihren Emanzipationskampf braucht. Dabei gilt auch für die Frau: Zur Veränderung ihrer gesellschaftlichen Lage ist allein der Klassenkampf die wichtigste Schule! Das muß — wie im Folgenden gezeigt wird — denen entgegenhalten werden, die das „Frauenproblem“ auf dem Wege der Bildung lösen wollen.

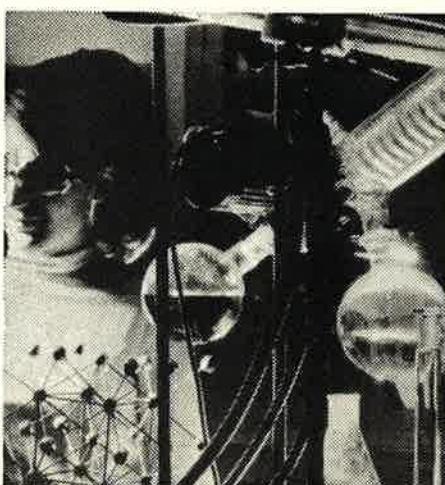
Vorurteile und Diskriminierung

Seit der Zeit von 1900, als die erste deutsche Universität (Heidelberg) den Frauen ihre Tore öffnete und der Zeit des Faschismus, in der ein Numerus clausus für Frauen dafür sorgte, daß ihr Anteil an der Studentenschaft nicht 10 Prozent überstieg („Weil die deutsche Frau lieber dem Führer Kinder schenken sollte, als sich an den Universitäten herumzudrücken“), hat sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit über das Frauenstudium weniger geändert — als man gemeinhin zugibt.

Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung ergab, daß nur 2 Prozent aller befragten Professoren ihren Studenten gegenüber eine geschlechtsneutrale Haltung vertreten. Die übrigen 98 Prozent vertraten mehr oder minder stark die Ansicht, daß geschlechtliche Wesensmerkmale die Studentin für ein Studium ungeeigneter machen, als ihre männlichen Kollegen. (1) Ebenso vertraten 69 Prozent der Studenten und 68 Prozent der Studentinnen die Meinung, daß die Ursachen für die Unterschiede zwischen den Geschlechtern an-

lagebedingt (also angeboren) seien. Nur 8 Prozent der Studenten und 9 Prozent der Studentinnen machten umweltbedingte und erziehungsbedingte Ursachen dafür geltend. (2)

Ein gesellschaftlicher Zustand, in dem 72 Prozent der Männer und 68 Prozent der Frauen es nicht für normal halten, daß eine Frau einen Beruf ausübt (96 Prozent der Frauen lehnen die Berufstätigkeit einer Mutter ab) (3) — obwohl heute bereits 41 Prozent der Frauen berufstätig sind — mag verdeutlichen, welchem Klima die berufstätige Frau ausgesetzt ist. Und warum das Studium für Frauen meistens als Luxus oder „höhere Töchter-Vergnügen“ (das ihren Heiratsmarktwert steigert) betrachtet wird.



Ein großer Teil bricht das Studium vorzeitig ab: Studentin im Labor.

Diese Diskriminierung der berufstätigen Frau ist eines der schwersten Hemmnisse für ihre Emanzipation. So wird eine Identifikation der Frau mit ihrem Beruf verhindert, der entscheidende Grund, warum Frauen die benachteiligendsten Arbeitsverhältnisse immer noch so geduldig schlucken. Erst das Bewußtsein, ein vollwertiger Teil der arbeitenden Bevölkerung zu sein, wird der Frau die gesellschaftliche Orientierung geben, der ihrem Kampf gegen ihre gesellschaftliche wie individuelle Unterdrückung und Ausbeutung eine Perspektive gibt.

Seit WS 59/60 haben mehr Studentinnen die Hochschule ohne als mit Abschluß verlassen. (Durchschnittlich sind es genau doppelt soviele wie Studenten) Die übliche Erklärung: Mädchen haben eben doch nur das Heiraten, und damit die Berufsaufgabe im Kopf, überdies sind sie eben doch nicht qualifiziert genug für ein Studium. Untersuchungen scheinen dieses Urteil zu belegen: (4) 2/3 der Studentinnen gaben für ihren Studienabbruch Heiratsabsichten als Grund an, ein Großteil fühlte sich den Studienbedingungen nicht gewachsen. Denen, die jetzt befriedigt mit dem Kopf nicken und meinen, daß das Studium dieser Mädchen

gesellschaftliche Verschwendungen und für diese überdies eine unnötige Quälerei gewesen sei, muß jedoch folgendes über die wahren — nämlich gesellschaftlichen — Ursachen des Scheiterns dieser Studentinnen gesagt werden:

1. Geschlechtsspezifische Erziehung hält die Mädchen dumm. Die Sozialisation der Mädchen ist darauf angelegt, ihnen eine soziale Rolle anzuerziehen, die sie nahtlos in ihren Platz in der kapitalistischen Gesellschaft einordnet (Also als dulden-
de Hausfrau und Mutter). Das Wesen dieser Sozialrolle besteht im zwangsläufigen Identitätsleben von (gesellschaftlich) objektiv Notwendigem und subjektiv Gewolltem, ist also dazu ange-
tan, die Frauen ein Höchstmaß an gesellschaftlicher Unterdrückung als „frauliches Schicksal“ geduldig hinnehmen zu lassen. Sie entwickelt sich über folgenden Mechanismus: Bestimmte, mit dem Geschlecht verbundene Verhaltensweisen erfahren eine emotionale Aufwertung. So kann die Frau ihre objektiv nachteilige Sozialrolle in der kapitalistischen Gesellschaft umwerten — durch das positive Bewerten der Hausfrauenrolle, der Tätigkeit im sozialen Bereich etc., mit dem Ergebnis, sich zufrieden in eine gesellschaftlich unterprivilegierte Position zu führen. (5)

Weitere Bestandteile der geschlechtsspezifischen Erziehung sind:

● Die gefühlsbeladene Erziehung, die dazu führt, daß Mädchen gegen Ablehnungen weit aus empfindlicher reagieren als Jungen. Daher wird jedes Scheitern (Prüfungen!) personalisiert und hat Minderwertigkeitskomplexe zur Folge.

● Die frühe Verinnerlichung von Normen, die die Mädchen Umweltabhängigkeit als Jungen. Das Gewinnen einer kritischen Distanz zur Umwelt — entscheidende Voraussetzung, um sich gegen autoritäre Strukturen zur Wehr zu setzen, erfordert für sie einen mühsamen Lernprozeß.

● Die mangelnde Fähigkeit, Konflikte durchzustehen. Von klein auf werden Mädchen darin eingeübt, Konflikte nicht zu lösen, sondern durch Zuflucht zu schützbringenden Autoritäten zu entgehen. Hier liegt der entscheidende Grund, warum so viele Studentinnen zu der Ehe als dem Rettungsanker vor dem nicht bewältigten Studium greifen. Meistens also Studienabbruch nicht wegen der Ehe, sondern Ehe wegen des Studienabbruchs! (6)

● Die Befähigung zum abstrakten Denken wird bei den Mädchen nicht gefördert. Was schon durch das Mädchenspielzeug an Lernprozesse für Kleinkinder unterbunden wird, setzt sich in den Lehrplänen der Schulen als bewußtes Dummhalten fort. So wie in Bayern steht es auch

in den Richtlinien vieler anderer Kultusministerien für den Unterricht: „Die Schule... darf nicht überschreiten, daß das Mädchen zur Entfaltung seiner Wesensart, zur Anbahnung seines Selbstverständnisses, und für ein späteres Wirken im familiären Bereich einer besonderen unterrichtlichen und erzieherischen Führung bedarf.“ In Konkretum heißt das: Für Mädchen statt Physik Handarbeiten. Hält man sich diese Vorgeschichte der Studentin vor Augen, wird deutlich, daß es für sie wesentlich größere Anstrengungen bedeutet, die gleiche Leistung wie ihr nicht in dem Maße erziehungsgefährdiger männlicher Kommilitone zu erbringen. Die Lehrstruktur der Universität nimmt keine Rücksicht auf diese Belastungen der Studentin — sie ist traditionell auf Männerbedarf zugeschnitten. Kein Wunder also, daß die Studentin — entweder als geschlechtsloses Arbeitstier oder arbeitsloses Geschlechtstier diffamiert — vielfach mit schweren physischen und psychischen Schäden zu kämpfen hat. 14 Prozent der Studentinnen führt Krankheit als Grund für das abgebrochene Studium an! (7)

2. Studentinnen sind von der Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten besonders hart betroffen. Für die studierende Mutter wird es immer schwieriger, Kinderversorgung und Studium unter einen Hut zu bringen.

In Bonn sah das 1969 so aus: Für 1934 verheiratete Studentinnen mit 605 Kinder waren nur 20 Krippenplätze vorhanden! (8) Die studentischen Väter trifft's nicht so hart. Denn sie genießen den Schutz des BGB, wenn sie ihren Frauen die häuslichen Pflichten alleine aufbürden. Dort steht in § 1356, daß die Frau nur dann ein Recht auf Berufstätigkeit hat, wenn das mit ihren Pflichten in Ehe und Familie zu vereinbaren ist, die Diskriminierung wird also perfekt gemacht.

Doppelte Ausbeutung

Die Ursachen für die mißliche Lage der Studentin sind gesellschaftlicher Natur und können daher weder durch Appell zur Überwindung von Vorurteilen, noch durch Bemühen um eine fortschrittliche Erziehung überwunden werden. Sie sind verknüpft mit der allgemeinen Funktion, die der Frau im kapitalistischen System zukommt, nämlich in all ihren Tätigkeiten Quelle von Profit zu sein. Allein nach dieser Logik der Gewinnmaximierung bestimmt sich, welches Maß an Bildung und Berufstätigkeit ihr zuzugestehen ist. Alles, was darüber hinausgeht, muß erkämpft werden — mit den Waffen des Klassenkampfs. Wie profitabel z.B. die Hausfrauentätigkeit für den Kapitalisten ist, ist den wenigen Frauen klar, die immer noch meinen, sich dort allein für Mann und Kinder aufzuopfern. Denn bezahlt wird ihr diese Tätigkeit nicht, obwohl der „Arbeitgeber“ tagtäglich aus ihren Produkten seinen Gewinn zieht. Nämlich aus dem Verbrauch der Arbeitskraft des Mannes, später der Kinder, und häufig gleichzeitig auch der Frau — die sich dank der Hausfrauentätigkeit der

Frau stets reibungslos neu reproduziert. So wird die Arbeitskraft der Frau doppelt ausbeutet: tagsüber am Fließband, abends am Kochtopf.

Wenn sie mal diese Doppelbelastung nicht mehr durchhält, sei es, weil die Kinder krank sind, kein Kindergartenplatz zu bekommen ist, oder die Akkordarbeit während der Schwangerschaft sie krank macht, gibt es kein Pardon. Lohnabfußen, Kündigung oder schlechterer Arbeitsplatz heißen die Erpressungsmittel, die sie doch noch durchhalten lassen. Die Wahrnehmung der sonst so hochgelobten Haushalt- und Mutterpflichten werden der berufstätigen Frau als Unzuverlässigkeit angerechnet — da sie eine 100 Prozent Präsenz der Arbeitskraft nicht gewährleisten. Die Schwäche der Frauen in dieser Position wird schamlos ausgenutzt: durch niedrigen Lohn und Verwehrung von Qualifikation für eine



höhere Stellung. So verrichten heute in der Industrie 3 Mill. Arbeiterrinnen die am niedrigst bezahlten Tätigkeiten. Bei vielfach gleicher Arbeit wie ihr männlicher Kollege verdient die Arbeiterin rund ein Drittel weniger als er. (9) Auch die Akademikerin bekommt diese Diskriminierung zu spüren. Wenn sie um eine Stellung in Konkurrenz mit einem Mann tritt, entscheidet nicht die Leistung, sondern das Geschlecht. Männer sind eben verlässlicher. Die geringe Anzahl der Frauen, die sich in gehobeneren Positionen befinden, sprechen Bände. (2,9 Prozent der Richter (10) sind Frauen, 1,4 Prozent der Hochschullehrer) (11) In dieser schwachen Position werden die Frauen von den Profitnachern hemmungslos gegen die Männer ausgespielt. Als drohende Reservearmee treten sie dem Mann gegenüber, bereit, ihm seinen Lohn zu drücken, und seine Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Denn als Frauen sind sie gezwungen, ihre Arbeitskraft zu billigem Preis und schlechten Bedingungen zu verkaufen. So werden Mann und Frau zu Konkurrenten und Feinden am Arbeitsplatz — in der Fabrik, wie im Büro oder an der Uni. Und der Kapitalist bleibt der lachende Dritte, solange bis Mann und Frau erkennen, wo ihr gemeinsamer Feind steht — denn dann wird ihm das Lachen vergessen.

Aufgaben

1. Richtige Orientierung des Kampfes: Die bürgerliche Emanzipationsbewegung macht die Vorherrschaft des Mannes, verbunden mit der sexuellen Unterdrückung und der Bindung an den Haushalt zur Hauptursache für die unterdrückte Lage der Frau. Konsequenterweise beschränkte sie ihren Kampf auf diese Aspekte, und landete in der Sackgasse der frustrierten Frauenvereine. Wer mehr Erfolg haben will, bekämpft nicht die Wirkungen, sondern die Ursache. Denn all die genannten Beziehungen haben ihre Wurzeln im kapitalistischen Profitssystem, das ihnen erst zu ihrem unterdrückenden Charakter verhilft. Daher können die Frauen ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung nur durch einen antikapitalistischen Kampf erreichen — denn diese kann ihnen erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung garantiert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich die Frauen aller antimonopolistischen Schichten solidarisch verbünden, um an der Seite (oder als Teil) der Arbeiterklasse als der verändernden Kraft zu kämpfen.

2. Wichtig: Gründliche Informationsarbeit. Für die geschlechtliche Diskriminierung besteht — verglichen mit der Rassendiskriminierung (trotz vieler Parallelen) wenig Sensibilität. Man hat sich daran gewöhnt, daß Frauen eben benachteiligt werden, so daß ihren Anliegen gegenüber weitgehend Gleichgültigkeit in den Tag gelegt wird. Daher ist vor allem verstärkte Information notwendig, um massenhafte Solidarität für die Forderungen der Frauen zu bekommen. Ohne konkrete Informationen werden wir keinen Kampf organisieren können: Wieviel verdient die Arbeiterin (Angestellte) in unserem Betrieb weniger als ihr Kollege? Wievielen Frauen in unserer Stadt wird eine Berufstätigkeit wegen mangelnder Kindergartenplätze verwehrt? Was wird an reaktionären Frauenideologien in den Lehrinhalten unserer Schulen und Universitäten verbraten?

Ohne das Aufwerfen solcher Tagesfragen wird der Situation der Frau auch weiterhin nur am Muttertag „gedacht“.

3. Den Kampf mit der gegenseitigen, solidarischen Unterstützung beginnen! Das wesentlichste Hemmnis der Frauenbewegung: Frauen, die Studium und berufliches Fortkommen „geschafft“ haben, bringen häufig ihren Geschlechtsgenossinnen gegenüber, die es nicht soweit gebracht haben, ein höheres Maß an Bourgeoisie und Verachtung auf, als es die Mehrzahl der Männer fertigbringt. (Beobachtet mal auf Klassenfesten das Verhalten der Studentin gegenüber der Klassenkameradin, die „nur“ Sekretärin oder Hausfrau ist). Diese Frauen spalten die Frauenbewegung in schlimmster Weise. Sie haben nicht begriffen, daß Emanzipation etwas mit gesellschaftlicher Befreiung zu tun hat, also nicht durch eine individuelle Karriere zu lösen ist. Wenn wir die Frauenbewegung stärken wollen, muß unser solidarisches Handeln gerade die Frauen unterstützen, die von der ge-

seellschaftlichen Unterdrückung am härtesten betroffen sind. Sei es durch gemeinsamen Kampf für bessere Sozialeinrichtungen (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Wohnungen). Sei es durch Beratung und Aufklärung in Diskussionsveranstaltungen u. ä. über sexuelle Probleme (Empfängnisverhütung), Fragen der Kindererziehung, die gesellschaftliche Stellung der Frau (z. B. ihre sozialpsychologischen Auswirkungen u. ä.). Sei es durch Selbsthilfeeinrichtungen, wie Kinderläden, Wohngemeinschaften, Haushaltsdiensthilfe etc.

Eines sollte selbstverständlich sein: Diese Solidarität muß auch von den Männern (und zwar praktisch!) geübt werden — sie ist keine „Frauensache“.

Sabine Wendt

1. H. Anger: Probleme der deutschen Universität. Berichte über eine Umfrage unter Professoren und Dozenten, Tübingen 1960
2. H. Vetter, Zur Lage der Frau an der Universität, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 13. Jahrg. 1960
3. Infas-Report „Frau und Öffentlichkeit“ Hrsg. Institut für angewandte Sozialwissenschaften, Bad Godesberg.
4. J. Hitpass: Das Studienstichwort der Immatri-

kulationsjahrgänge von 1958 zit. nach „Analysen“, Zeitschrift für wissenschafts- und Berufspraxis 2/72.

5. H. Dannhauer: Die Sozialrolle von Mann und Frau in der Gesellschaft als einstellungsbildendes Leitbild des Verhaltens, in: M. Vorweg, (hrsg) Psychologische Probleme der Einstellungs- und Verhaltensänderung Berlin 1971
6. H. Pross: Über die Bildungschancen von Mädchen in der BRD, Frankfurt 1969.
7. H. Gerstein: Studierende Mädchen. Zum Problem des vorzeitigen Abgangs von der Universität, München 1965.
8. „Zur Lage der Studentin in der BRD“ (Autorenkollektiv) Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 4/1970.
9. DKP-Frauenforum 1970.
10. W. Richter: Zur soziologischen Struktur der deutschen Richterschaft Stuttgart 1968.
11. Marburger Blätter: Frauen-Emanzipation im politischen Kampf (Nr. 8/71).

„Unsere Arbeit kann sich sehen lassen.“

Interview mit dem Genossen Rolf-Jürgen Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ, im Anschluß nach

Rote Blätter:

Als erstes möchten wir Dir die herzlichsten Glückwünsche zu Deiner Wahl als Bundesvorsitzender der SDAJ aussprechen. Genosse Priemer, kannst Du uns einen ersten Eindruck zum 3. Bundeskongreß geben?

Priemer:

Wir haben hier auf dem 3. Bundeskongreß drei Tage lang hart gearbeitet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Aber dieser Kongreß und sein Ergebnis wären undenkbar ohne das, was ihm vorrangig, ohne die unzähligen Aktionen, Gespräche, Demonstrationen, Diskussionen, Seminare, die unsere Gruppen, der ganze Verband durchführten. So wie die Vorbereitung des Kongresses, so war auch sein Ablauf: kämpferisch und sachlich, voll Stolz auf das Erreichte und kritisch, voll Diskussion und zugleich Kongreß der Aktion, wie wir es gestern bei der gemeinsamen Demonstration mit Stuttgarter Bürgern gezeigt haben. Der Kongreß war realistisch und optimistisch.

Rote Blätter:

Auf dem 3. Bundeskongreß war eine Delegation des MSB Spartakus unter der Leitung des Genossen Strawé anwesend sowie Delegationen des SHB und des VDS. Wie siehst Du das Verhältnis zwischen der Arbeiterjugend und den Studenten?

Priemer:

Unser Kongreß orientiert auf das einheitliche Handeln der Jugend. Das wurde in der Vorbereitung, in der Diskussion hier auf dem Kongreß, in der Beschlusssitzung über die

dem 3. Bundeskongreß der SDAJ in Stuttgart

„Fünf Grundrechte“ und in anderen Beschlüssen deutlich. Der gemeinsame Kampf von arbeitender Jugend und Studenten ist eine zu große Sache für die demokratische Bewegung unseres Landes, als daß wir es uns leisten könnten, diese Gemeinsamkeit wieder von rechter elitärer Arroganz und von ultralinkem Chaos zerstören zu lassen. Wir haben hier auf dem Kongreß begeisternde Beispiele des einheitlichen Handelns von demokratischer Jugend und Studenten erlebt. Dafür danken wir den Genossen des MSB Spartakus, unseren zuverlässigen Genossen an den Hochschulen. Die Gründung des MSB Spartakus, seine Solidarität mit uns, der sozialistischen Arbeiterjugend, seine Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse — das sind Tatsachen von historischer Bedeutung. Hier haben sich erstmals größere Teile der Studentenbewegung in organisierter Form an die Seite der Arbeiterklasse und ihrer Kampforganisation gestellt.

Auf die Seite der SDAJ und der Deutschen Kommunistischen Partei. Außerdem danken wir den Freunden des Verbandes Deutscher Studentenschaften und des Sozialdemokratischen Hochschulbundes für ihre Beiträge.

Rote Blätter:

Kannst Du uns zum Abschluß noch einiges dazu sagen, was für die SDAJ in der kommenden Zeit die Schwerpunkte Eurer Arbeit sein werden?

Priemer:

Vor uns stehen bedeutsame Ereignisse: Die Aktionen für die Verträge, der 1. Mai, der nach den Vorstel-

lungen vieler Gewerkschafter ebenfalls dem Kampf für die Ratifizierung der Verträge wie für die sozialen Rechte der Jugend, für eine bessere berufliche Bildung, für die Jugendvertreterwahlen dienen soll. Wir sind dabei!

Im Sommer steht ein weiteres großes Ereignis bevor: Die Olympischen Spiele. Wenn aus diesem Anlaß die Jugend und Sportler in unser Land kommen, dann wollen wir, daß eine Atmosphäre des Friedens, der Völkerfreundschaft, der olympischen sportlichen Ideale herrscht. Dann muß die Jugend unseres Landes sagen: Die Verträge wurden ratifiziert, der Frieden ist sicherer gemacht. Das ist der beste Beitrag der Jugend unseres Landes im olympischen Jahr. Wir stehen also vor ereignisreichen Monaten. 1. Mai — Olympische Spiele — Internationale Jugendsicherheitskonferenz in Helsinki — Weltfestspiele der Jugend in Berlin, der Hauptstadt der DDR — das sind die nächsten wichtigen Etappen unserer Tätigkeit.

Diat

Düsseldorf (DW). Während Lohnforderungen der Arbeiter stets als „unangemessen hoch“ diffamiert werden, sind die Abgeordneten in Westdeutschland durchaus nicht „pingelig“, wenn es um die Erhöhung ihrer eigenen Diäten geht. Das beweisen die nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten, die jetzt „mit überwältigender Mehrheit“ einer Heraufsetzung der steuerfreien Grunddiäten um monatlich 340 DM zustimmten. Nach der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes streicht ein Abgeordneter pro Monat 4200 DM ein.

„Das Studium mit dem Kampf verbinden“

Rote Blätter-Interview mit einem Vertreter der revolutionären vietnamesischen Jugend.

Während des ISB-VDS-Seminars im Februar dieses Jahres hatte ein Vertreter der Roten Blätter Gelegenheit, dem Vertreter der „Union Nationale des Etudiants du Vietnam (UNEV)“, Nguyen Van Vy, der Chefredakteur der Zeitschrift „Vietnam Youth“ ist, einige Fragen zu stellen.

Rote Blätter:

Christoph Strawé hat eben erwähnt, die Kampagne des Weltbundes der Demokratischen Jugend für das Krankenhaus in Hanoi. Welche Resonanz hat diese Kampagne in Vietnam und welche Ausmaße hat sie bis jetzt schon international angenommen?

Nguyen Van Vy:

Zuerst einmal möchten wir sagen, daß wir dem WBDJ dankbar sind, daß er eine solche Kampagne gestartet hat, ein Krankenhaus in Vietnam zu bauen. Wir meinen, daß diese Kampagne verschiedene Zielen dient; die demokratische progressive Studentenbewegung in der ganzen Welt für die Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes zu mobilisieren und wir können bis jetzt feststellen, daß diese Kampagne ein gutes Echo unter den Jugendlichen und den Studenten in der Welt gefunden hat. Diese Kampagne wird die Möglichkeit geben, daß die Studenten und die Jugendlichen in den einzelnen Ländern verschiedene Aktionen organisieren, wie z. B. das Konzert des vergangenen Abends und wir meinen, daß solche Aktionen nicht nur der Entfaltung der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk dienen, sondern auch dazu beitragen, die anti-imperialistische Front der Jugend und Studenten zu verbreitern und zu stärken. Ich habe die politische Bedeutung dieser Kampagne unterstrichen. Natürlich hat diese Kampagne auch eine materielle Bedeutung.

Rote Blätter:

Was können die westeuropäischen Studenten, was kann die westeuropäische Jugend weiter tun, um Euren Kampf zu unterstützen?

Nguyen Van Vy:

Ich kann sagen, daß wir sehr dankbar sind für die zahlreichen Aktionen der

Jugendlichen und der Studenten in den westeuropäischen Ländern zur Unterstützung unseres Kampfes. Z. B. wissen wir in Vietnam sehr wohl von den vielen Demonstrationen, die von den Jugendlichen und den Studenten in der BRD durchgeführt werden. Und wir wissen sehr wohl von den Aktionen, die vom SPARTAKUS organisiert werden, von der SDAJ usw. Natürlich ist unser Land sehr weit von dem Euren entfernt, aber in unserer heutigen Zeit dringen wichtige Nachrichten sehr schnell von Euch zu



Für die Studenten der DR Vietnam verbinden: Studium und revolutionärer Kampf.



uns. Wir hoffen, daß die Jugendlichen und die Studenten in Westeuropa, in der BRD ihre Aktivitäten, ihre Tätigkeit, zur Unterstützung unseres Kampfes noch verstärken werden. Wir erwarten von Euch in erster Linie Aktionen der politischen und moralischen Unterstützung. Wir hoffen, daß Ihr meetings und Demonstrationen organisieren werdet, um die USA zu zwingen, um Druck auszuüben, daß der 7-Punkte-Vorschlag der Provisorischen Revolutionären südvietnamesischen Regierung anerkannt wird und den falschen, den lügnerischen Charakter des jüngsten Vorschlags von Nixon zu enthüllen. Wir hoffen, daß wir im Rahmen der Kampagne für die Errichtung eines Krankenhauses in Hanoi immer breitere Massen der Jugend und Studenten für Euren Kampf, für die Kampagne gewinnen und mobilisieren werdet. Nachdem wir einige Tage schon hier sind, und wir sind zum ersten Mal hier, sind wir überzeugt, daß die Solidaritätsaktionen immer stärker werden. Natürlich unterschätzen wir nicht die Bedeutung der materiellen Unterstützung, aber beson-

ders für die Studenten ist die moralische und politische Unterstützung von Bedeutung. Wir unterschätzen nicht die Rolle der Propaganda der Aufklärung, denn Nixon ist in seinen Plänen geschickt und sehr verleumderisch. Ich glaube, viele Menschen in Westeuropa sind der Meinung, daß der Krieg in Vietnam bald zu Ende sein wird. In Wirklichkeit wird der US-Aggressionskrieg gegen unser Land immer erbitterter geführt, z. B. mit der Intensivierung der Bombardierungen. In Verbindung mit anderen Verbrechen die begangen wurden im Rahmen der Befreiung Südvietnams. Z. B. versuchen gegenwärtig die US-Marionetten in Südvietnam über eine Million Menschen von Südvietnam von den nördlichen Gebieten zu deportieren und in den äußersten südlichen Gebieten des Landes zu konzentrieren. Unsere Freunde in der BRD kennen recht gut die Bedeutung dieser Konzentration von Menschen.

Rote Blätter:

Du hast vorhin den Friedensplan, den sogenannten Friedensplan von Präsident Nixon erwähnt. Worin unterscheidet sich im Wesentlichen dieser „Friedensplan“ vom 7-Punkte-Programm der Nationalen Befreiungsbewegung Südvietnams?

Nguyen Van Vy:

Bekanntlich gibt der Plan von Mr. Nixon zu zwei wesentlichen Punkten des 7-Punkte-Programms keine Antwort. Der Plan von Mr. Nixon gibt keinen endgültigen Termin für den Rückzug der Truppen aus Südvietnam an. Er sagt z. B., daß die US-Truppen 6 Monate nach Abschluß einer Vereinbarung abgezogen werden, aber wann diese Vereinbarung getroffen werden wird, kann keiner sagen. Im Plan von Mr. Nixon heißt es, daß Wahlen durchgeführt werden sollen, während noch der gesamte Verwaltungsapparat des Marionetten-Regimes in Südvietnam existiert. Im Nixon-Plan heißt es, daß der Marionetten-Präsident von Südvietnam Thieu, einen Monat vor den Wahlen zurücktreten wird, aber daß der Präsident des Senats an der Macht bleibt und das ist dann faktisch dasselbe. Wir sind deshalb der Meinung, daß diese Wahlen nur dazu dienen sollen, das Marionetten-Regime in Südvietnam zu legalisieren als Instrument des Imperialismus der USA. So können wir feststellen, daß dieser Plan nicht nur ein Wahlmanöver ist, mit dem er seine Wiederwahl sichern will, gleichzeitig soll es dazu dienen seine neokolonialistischen Pläne mit Hilfe des Marionetten-Regimes in Südvietnam durchzusetzen. In dem 7-Punkte-Vorschlag der Provisorischen Regierung von Südvietnam gibt es zwei wesentliche Punkte. Der 1. Punkt ist der vollständige und bedingungslose Abzug der US-Truppen, wie des gesamten Kriegsmaterials der USA aus Südvietnam, die Liquidierung aller US-Militärbasen in Südvietnam und die

Einstellung aller kriegerischen Handlungen gegen Nord- und Südvietnam. Der 2. Punkt besteht darin, daß die US-Regierung ihre Unterstützung für das faschistische Marionetten-Regime in Südvietnam einstellt, um den Weg frei zu machen für die Schaffung einer neuen Administration in Saigon, die den Frieden, die Unabhängigkeit, die Souveränität will und die gewillt ist in Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung von Südvietnam einzutreten, mit dem Ziel, eine Regierung der Einheit, der Einmütigkeit herzustellen. Das sind die beiden Hauptpunkte im 7-Punkte-Plan. Es gibt sehr enge Beziehungen zwischen den beiden Punkten.

Rote Blätter:

Die Delegation der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams in Paris hat am Donnerstag einen weiteren Beweis geliefert, daß dem vietnamesischen Volk alles an einer politischen Lösung des Konfliktes liegt. Sie hat vorgeschlagen, in Verhandlungen einzutreten, sogar mit dem Saigonner Regime, wenn Thieu zurücktritt und wenn demokratische Grundrechte in Südvietnam gewährleistet werden. Haben sich schon irgendwelche Reaktionen gezeigt?

Nguyen Van Vy:

Also mal zu diesem Vorschlag, daß nach dem Rücktritt von Thieu eine neue Regierung oder Administration in Saigon geschaffen werden soll und diese neue Administration muß sich für Frieden, Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie einsetzen und Gespräche führen mit der Provisorischen Revolutionären Regierung. Ich glaube, daß im gegenwärtigen Stadium die USA nicht bereit sind, diesen Vorschlag anzunehmen.

Rote Blätter:

Wir wissen, daß sich auch die studentische Jugend in Vietnam stark engagiert am antiimperialistischen Kampf. Wie schafft Ihr es, daß Ihr trotzdem Euer Studium nicht vernachlässigt?

Nguyen Van Vy:

Was die Beteiligung der Studenten in der Demokratischen Republik Vietnam angeht, so gibt es viele Aspekte der Beteiligung am Kampf des gesamten Volkes. Z.B. während der Bombardierung; jede Schule hat eine Einheit zur Selbstverteidigung und die beteiligt sich dann an der Abwehr. Wir können sagen, daß unsere Studenten recht gute Schützen sind. Aber der Hauptaspekt ist, das Studium mit dem Kampf zu verbinden. Natürlich, ihre Hauptaufgabe, ihre 1. Aufgabe ist — gut zu studieren, denn selbst während der Bombardierung müssen wir die Heranbildung neuer Kader für den kommenden Zeitraum intensivieren. Die Studenten studieren also und dann beteiligen sie sich für einen gewissen Zeitraum direkt am bewaffneten Kampf. Ich

möchte einige Beispiele geben. Z.B. die Medizinstudenten müssen 6 Jahre studieren, aber in den letzten zwei Jahren ihres Studiums kommen sie im Falle von Bombardierungen zu den Stellen, wo die Bombardierungen stattgefunden haben und leisten 1. Hilfe für die Opfer der Bombardierung. Sie gehören dann auch zu den Armee-Einheiten. Dann kommen sie zurück zur Universität um das Diplom zu erlangen. Oder zum Beispiel was die Studenten des Straßenbauwesens anbetrifft, nachdem sie die Grundausbildung absolviert haben, leisten sie eine Zeit lang praktische Arbeit, d.h. sie helfen beim Reparieren von Brücken, zerstörten Straßen usw. Die Studenten von polytechnischen Instituten z.B. treten den Armee-Einheiten bei und helfen beim Bedienen von Radarstationen usw. So ist diese Beteiligung am Kampf in den letzten Ausbildungsjahren gleichzeitig eine Kombinierung, eine Verbindung von Theorie und Praxis. — Über Eure Zeitschrift möchte ich gerne den Mitgliedern von SPARTAKUS meine herzlichen Grüße übermitteln. Ich möchte Euch für alles was Ihr getan habt und was Ihr tut in Solidarität mit unserem Kampf danken und wir hoffen, daß zwischen SPARTAKUS und der Studentenorganisation der Demokratischen Republik Vietnam in der Zukunft engere Verbindung bestehen werden.

Kriminelles

Auf einer Tagung der Deutschen Richterakademie in Würzburg wurde mitgeteilt, daß nach vorsichtiger Schätzung die Wirtschaftskriminalität in der Bundesrepublik innerhalb eines Jahres Schäden bis zu 50 Milliarden D-Mark verursacht. Diese Feststellung ist bezeichnend für den Charakter unserer Justiz. Während ein kleiner Dieb mit relativ harten Strafen rechnen muß, wird die Wirtschaftskriminalität immer noch als Kavaliersdelikt behandelt.

„Sittliches“ Wohnen

„Vossische Zeitung“ vom 23. Januar 1872:

Lokales.

Die Wohnungsnot und die Möglichkeit der Abhilfe war das Thema, welches einem Vortrage des Herrn Dr. Wieth im Bezirksverein Potsdamer Straße in Berlin am Freitagabend ein sehr zahlreiches Auditorium verschaffte. Herr Dr. Wieth empfiehlt für die mittleren Stände das Colonisationssystem an der äußeren Peripherie der Hauptstadt. Daneben wünscht der Vortragende die möglichst lokale Sondierung der gebildeten und ungebildeten Klasse, weil die Vermischung beider stets nur auf Kosten der Kultur und der Gesittung stattfinde. Begreiflicher Weise fanden diese Ansichten in der Versammlung nicht allgemeinen Anklang.

Gerd Nurtsch:

Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Manfred Volbers:

Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

A. G. Jegorow:

Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus

Thomas Mies:

Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums“

Jürgen Reusch:

Kultur und Kunst bei Mao Tse-Tung

Paul Schäfer:

„K“SG (ML) — Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs

Rezensionen

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur

Von F. W. Plesken

facit-Reihe 9, ca. 40 Seiten, ca. 150 DM

Hiermit bestelle ich Exemplar(e) von FACIT Nr. 26.

Hiermit abonneiere ich Exemplar(e) von FACIT ab Nr. bis auf Widerruf.

Name

Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

Schicken an:

FACIT, 53 Bonn, Colmantstraße 32

Überlegungen zur Kulturfrage

Vor der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus leugneten die bürgerlichen Politiker überhaupt kulturpolitische Maßnahmen von ihrer Seite. Erst in jüngerer Zeit wird die kulturpolitische Aktivität offiziell deklariert, ja zu einem umfassenden System der Manipulierung der Menschen als Objekt imperialistischer Kulturpolitik ausgebaut. Die Monopole verschaffen sich Schlüsselstellungen im kulturellen Leben. So spielt z. B. der Kulturkreis im BDI die Rolle einer ideologisch-kulturellen Führungszentrale der Monopole. In den Zeiten des offenen „Kalten Krieges“ konnten es sich diese Monopolvertreter noch leisten, ihren Antikommunismus – denn das ist die Quintessenz aller ihrer kulturpolitischen Maßnahmen – mit offenem Visier zu verkaufen: So faßte 1952 jener Kulturkreis des BDI den Beschuß, jährlich 10 000 DM „Stipendien für aus der Ostzone kommende Studierende“ an der Hochschule für Bildende Künste in Westberlin zu vergeben, als „ständige fühlbare Verbindung zu Berlin als dem vorgeschobenen Bollwerk westeuropäischer Geisteshaltung...“ (Jahresbericht des BDI 1952, S. 53).

Die Veranstaltungen zum Albrecht-Dürer-Jahr 1971 zeigten, daß der Antikommunismus heute in „progressiv-dynamische“ Folie eingepackt werden muß, um massenwirksam zu sein. Die Zusammensetzung des Dürer-Kuratoriums sprach für sich: Kein Arbeiter, kein Gewerkschafter, noch nicht einmal ein Künstler – dafür aber reihenweise die „Mäzene“ der Großindustrie: W. Diehl, Panzerfabrikant; G. Henle, Klöckner; G. Stein, BDI; E. v. Siemens – neben den Parteispitzen Brandt und Strauß. Dürer sollte „modern und zeitnah“ gefeiert werden: Man faselt allenthalben von „Massenkultur“ und will mit „Provokation und Aktion“ der Trägheit des sich langweilenden Museumspublikums entgegenwirken („Spieltheorie“ statt Wissenschaftlichkeit). Kultur für die Massen aber bedeutet in Wirklichkeit: Zeitgemäße Berufsausbildung, mehr Kindergärten, menschliche Wohnverhältnisse, ein humanistisches Menschenbild in den Massenmedien usw. Das sollte durch den Dürer-Rummel verschleiert werden. Dürer hatte schon recht, als er nach der endgültigen Niederschlagung des Bauernaufstandes prophezeite: Man wird euch fortan mit einer neuen Logik bescheinen! (Man wird euch in Zukunft mit einer neuen Logik bescheinen...)

Was ist Kultur?

Grundlage der marxistischen Kulturauffassung sind folgende Erkenntnisse des historischen Materialismus:

1. Der Charakter der Kultur wird von der sozialökonomischen Gesellschaftsformation bestimmt. D. h., letztlich entscheidende Ursache und Triebkraft der Kulturentwicklung ist die materielle Produktionsweise.
2. Was ist Kultur? Was und womit der Mensch produziert, wie er sich ernährt, wie er wohnt, welche Bildungsmöglichkeiten ihm zur Verfügung stehen, welchen Inhalt Wissenschaft und Forschung haben, wie er seine Freizeit verbringt usw. Dabei macht die Arbeit des Menschen den wesentlichen Kern aus. Die Arbeiterklasse schafft zusammen mit der Intelligenz und den anderen Werktagen alle Werte der Gesellschaft, d. h., sie schafft insbesondere die materiellen Grundlagen für eine Entwicklung der Kultur. Der eigentliche und für unsere Betrachtung auch wesentliche Kern einer jeden Kulturentwicklung ist, wie und auf welche Weise sich das menschliche Wesen im Ringen um die Beherrschung der Naturkräfte, ganz besonders aber des eigentlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens herausbildet. Primär in der Arbeit vergegenständlicht sich der Mensch, d. h. die Arbeiterklasse ist der eigentliche Träger aller Kultur.
3. In einer antagonistischen Klassengesellschaft hat auch die Kultur Klassencharakter. „In jeder nationalen Kultur gibt es – seien es auch unentwickelte – Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche... Kultur, und zwar nicht nur in Form von Elementen, sondern als herrschende Kultur.“ (Lenin, Werke, Bd. 20, S. 8–9)

Kultur und wissenschaftlich-technische Revolution

Unter dem Aspekt der Verschärfung aller gesellschaftlichen Widersprüche treten seit Beginn der 60er Jahre immer häufiger kulturelle Probleme in den Vordergrund der gesellschaftlichen

Auseinandersetzung in der westlichen Welt (Bildungsnotstand, Umweltverschmutzung usw.). Kernpunkt ist dabei die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution bzw. das Unvermögen des kapitalistischen Systems, sie zu bewältigen. Die technischen Möglichkeiten für ein Leben aller in Wohlstand und sozialer Sicherheit sind durch diese Umwälzung so groß wie nie zuvor. Die Interessen und der beherrschende machtpolitische und ökonomische Einfluß der Monopole verhindern eine solche Entwicklung. So werden – zur Erhaltung des Gesamtsystems – produktive Kräfte von den Monopolen und ihren Handlangern in destruktive Kräfte verwandelt. Die dicksten Brocken bei den Bildungsausgaben bekommt stets die Rüstungsforschung ab.



Progressive Schriftsteller der Gegenwart, die sich in den antikapitalistischen Kampf eingereiht haben: Peter Weiss, Erich Fried, G. Salvatore; auf dem Vietnam-Kongreß 1968 in Berlin.

Die ungeheuren Möglichkeiten, die durch die neue Technik, die qualitativ höhere Produktionswirksamkeit der Wissenschaft und die ständig größer werdende Vergesellschaftlichung der Produktion offen stehen, fordern nicht nur eine qualitative Höherentwicklung der Kultur (die Schaffung eines neuen Arbeiter- und Menschentyps), sondern der gesamten Gesellschaft.

Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus decken sich mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Stellung des Menschen in der Produktion, der Charakter der Arbeit verändern sich. Der Anteil der nur körperlichen Arbeit geht zurück, die schöpferischen Fähigkeiten des arbeitenden Menschen zu planen und zu leiten, zu kooperieren, werden Hauptfaktoren der gesellschaftlichen Produktivkraft. Wichtigste Voraussetzung dafür ist eine gute Ausbildung für die Masse der Bevölkerung – im Kapitalismus ein antagonistischer Widerspruch zu Profitprinzip und Bildungsprivileg.

Kultur in der Strategie der Herrschenden

1964 meinte der Kulturreferent eines westdeutschen Konzernbetriebs: „Kultur – das sind die Rosinen, die ich in den Geschäftskuchen backe.“ Heute reichen „Rosinen“ zur Sicherung der Macht nicht mehr aus: Die Kultur soll völlig in das staats-



Käthe Kollwitz: Zum Tode Karl Liebknechts. Holzschnitt.

monopolistische Herrschafts- und Manipulierungssystem integriert und so effektiv und gewinnbringend wie möglich für die Zwecke der Herrschenden eingesetzt werden. Dabei geht es heute vor allem darum, daß Klasseninteresse der Monopole zum gesamtgesellschaftlichen Interesse zu deklarieren („Leistungsgesellschaft“, „Sozialpartnerschaft“, „Massenkultur“, „Chancengleichheit“). Die spätbürgerliche Ideologie ist durch die wachsende Stärke des Sozialismus und im Zuge des Anwachsens der anti-imperialistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern in die Defensive gedrängt. Das ändert jedoch nichts an ihrer Aggressivität, an dem verzweifelten, aber umso gefährlicheren Versuch, die Bevölkerung der totalen Manipulation zu unterwerfen. Die ganze technische Perfektion und Ausgeklügeltheit der Manipulierungsmethoden kann jedoch über eines nicht hinwegtäuschen: Die kulturelle Deformierung der Persönlichkeit, die Vernichtung humanistischer Werte und den moralischen Verfall durch den Imperialismus.

Arbeiterklasse und Intelligenz

Zur Wesensbestimmung der Kultur trägt vor allem die Erkenntnis des historischen Materialismus über die Rolle der gesellschaftlichen Arbeit bei der Kulturentwicklung bei. Dieses entscheidende Kriterium vernachlässigen oft selbst die progressivsten bürgerlichen Kultursociologen. Sie sehen deshalb die Arbeit, oder, wie Marx sagt, die „gewöhnliche industrielle Industrie“ immer nur unter einer „äußeren Nützlichkeitsbeziehung“, nicht aber „in ihrem Zusammenhang mit dem Wesen des Menschen“ (Marx/Engels, Kleine ökon. Schriften, Dietz 1955, S. 135). Das heißt also, daß auch im Kapitalismus die Arbeiterklasse der eigentliche Träger der Kultur ist.

Unter den oppositionellen Kreisen der Intelligenz verstärkt sich die Erkenntnis, daß eine kulturelle Umwälzung in den kapitalistischen Ländern weder eine sich selbst genügende „marxistische“ Zirkelarbeit noch durch „Selbsternennung“ zur Arbeiterklasse verwirklicht werden kann, sondern daß vor allem praktisch die Macht der Monopole und ihres Staates eingeschränkt und schließlich überwunden werden muß. Doch alleine, als sozial heterogene und zahlenmäßig für die Produktion nicht entscheidende Schicht, kann die Intelligenz diesen Kampf nicht führen. Nur die Arbeiterklasse ist dazu in der Lage, als Klasse, die für alle gesellschaftlichen Probleme, auch die kulturellen, die umfassendsten Lösungen bietet.

Möglichkeiten und Prinzipien einer antimonopolistischen Kulturpolitik

Ist die Manipulation durch die Herrschenden ein perfektes System, das nicht durchbrochen werden kann? Das Anwachsen der Arbeiter- und Studentenbewegung, insbesondere seit Ende der 60er Jahre, beweist das Gegenteil. Entscheidend für diese Entwicklung war auch, daß seit 1968 wieder eine legale kommunistische Partei arbeiten kann, die zur ideologischen Klarheit und Schlagkraft einer antiimperialistischen Bewegung lebensnotwendig ist. Im kulturpolitischen Thesenentwurf der DKP wird, da „demokratische Kulturbedürfnisse und der Wille, sie durchzusetzen, sich unter den Bedingungen des herrschenden Systems der BRD nur in beschränktem Umfang spontan entwickeln können“, das entscheidende Kriterium einer fortschrittlichen Kulturpolitik genannt: Eine prinzipiell eigene Position der arbei-

tenden Bevölkerung gegenüber den Monopolen. Diese prinzipielle Gegenposition entsteht aber nicht von selbst, sie ist erst das Ergebnis systematischer Verbreitung antimonopolistischen Bewußtseins.

Bei der Frage nach den Möglichkeiten einer fortschrittlichen Kulturpolitik muß in erster Linie vom veränderten internationalen Kräfteverhältnis ausgegangen werden (s. SPD-Regierung, Verträge mit Moskau und Warschau, Westberlin-Abkommen usw.). Für uns bedeutet die richtige Einschätzung des Kräfteverhältnisses die offensive Propagierung und Nutzung der Vorteile der sozialistischen Kultur (z. B. Bildungssystem der DDR) – unter Berücksichtigung der Tatsache, daß kulturelle Fragen heute immer mehr einen qualitativ neuen Stellenwert in der Systemauseinandersetzung Kapitalismus–Sozialismus bekommen. Die modernen Massenmedien haben dabei eine Schlüsseleinstellung für die Monopole in bezug auf Sicherung des Profits und bei der Verfolgung ihrer Aggressionsziele. Im Unterschied zum Bildungswesen haben die Herrschenden die Bedeutung dieses „Massen“-Faktors frühzeitig eingeschätzt und eingesetzt.

Z. Brzezinski, der Theoretiker des imperialistischen „Brückenschlags“ nach Osten, entwarf schon 1968 das Konzept einer Kulturrevolution via Massenmedien: „Durch das Netz der elektronischen Kommunikationsmittel wird unausweichlich eine Weltsuperkultur produziert, die stark vom amerikanischen Leben beeinflußt ist. Sendungen, die vom Himmel herunterkommen, zu stören, ist fast so schwer wie ein Versuch, das Sternenlicht zu stoppen. Die Russen können nichts tun, um ihre Leute daran zu hindern, sich den American Way of Life anzusehen ...“

Womit beginnen?

Allgemeines Ziel einer sozialistischen Kulturpolitik ist die sozialistische Kulturrevolution, die zum ersten Mal in der Geschichte die Schöpferkraft der Massen zur Möglichkeit und Notwendigkeit macht. Dabei spielt die Gewinnung der Intelligenz, heute in verstärktem Maße unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, für die Interessen der Arbeiterklasse eine ganz entscheidende Rolle. Die studentischen Forderungen – Brechung des Bildungsprivilegs, Finanzierung einer demokratischen Bildungsreform durch Senkung der Rüstungskosten und höhere Besteuerung der Monopolprofite usw. – vertreten demnach keine Standesinteressen, sondern sind ein erster Schritt zur Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sinne der gesamten werktätigen Bevölkerung. Daß die sozialistische Revolution in der BRD erst heranreifen muß, ist zu einer Binsenweisheit geworden: Die zentrale Frage jedes politischen und also auch kulturpolitischen Fortschritts ist demnach die Änderung des politischen Kräfteverhältnisses in der BRD. Das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, ihre Disziplin und Organisiertheit sind bei jeder Stufe dieses Kampfes die wissenschaftlichen Maßstäbe für eine fortschrittliche Kulturentwicklung.

Über den Weg zu einer sozialistischen Kulturrevolution schreibt Lenin: „Und wenn ihr die Frage stellt, wie es möglich war, daß die Lehre von Marx Millionen und aber Millionen Herzen der revolutionärsten Klasse ergreifen konnte, so kann es darauf nur eine Antwort geben: Das war nur deshalb möglich, weil Marx sich auf das feste Fundament des menschlichen Wissens stützte, das unter dem Kapitalismus errungen worden war... Die proletarische Kultur fällt nicht vom Himmel, sie ist nicht eine Erfindung von Leuten, die sich als Fachleute für proletarische Kultur bezeichnen... Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die sich die Menschheit unter dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft erarbeitet hat.“ (Werke, Bd. 1, S. 276)

Das bedeutet für eine konsequent fortschrittliche Kulturpolitik: Ansetzen an jeder Aktion gegen die Manipulierung, an jeder Bemühung um die Verteidigung humanistischer Kultur. Alle Ansätze müssen mit Kräften unterstützt und auf die Stufe des bewußten und organisierten Kampfes gehoben werden. Die weitere Entwicklung der GEW weg von einer Standesorganisation, die Stärkung der DJU, die begonnene Diskussion über das Fernziel einer IG-Kultur – alle diese Fakten schaffen günstige Voraussetzungen für die Stärkung der antiimperialistischen kulturellen Positionen, insbesondere für das Gelingen des Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz.

Die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Partei

Der wichtigste Träger aller dieser Gedanken und Leistungen – der sozialistischen Weltanschauung – ist die Partei der Arbeiterklasse. Ihre kulturpolitischen Aufgaben sind die ständige Ideolo-

gische klassenmäßige Anleitung der kulturellen Tätigkeit, die systematische Verbreiterung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse und die praktische Hilfe und Solidarität mit fortschrittlichen, nach einem festen Standpunkt suchenden Kulturschaffenden. Wo diese Arbeit aufgrund von Schwäche, Illegalität oder innerer Zerstrittenheit der Partei fehlt oder nur sehr ungenügend ist, sind z. B. Künstler, die ja einen wesentlichen Teil der sogenannten „Kulturschaffenden“ ausmachen und die sich in einer widersprüchlichen sozialen Lage befinden, relativ „bewußtlos“ den massiven Integrations- und Korruptionsversuchen der Herrschenden ausgesetzt. Ein typisches Beispiel dafür sind ehemalige amerikanische Protestsänger wie Bob Dylan, die heute in lyrischen, realitätsfremden Versen die Schönheit der (kapitalistischen) Welt besingen. Wer die beeindruckende Schlußveranstaltung des Kulturpolitischen Forums der DKP in Nürnberg 1971 miterlebt hat, konnte erkennen, wie sich bei Künstlern wie Degenhardt, Süverkrüp, Walser bereits ein ganz bewußter antiimperialistischer Standpunkt abzeichnet.

Sozialdemokraten und „Linke“ – kontra Partei

In der „sozialistischen Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft“ (7, 1971) setzt sich K. Kuhnke mit dem kulturpolitischen Programm-Entwurf der DKP auseinander: Zunächst wird die These, daß die Arbeiterpartei zur Entwicklung bewußter antiimperialistisch-demokratischer Kulturbedürfnisse nötig ist (denn diese befinden sich zwar in einem objektiven Gegensatz zur herrschenden Kultur, können aber immer nur spontan entstehen und reagieren), gelegt. Dies könnte ebenso von einer sozialdemokratischen Partei oder anderen Gruppen geleistet werden, „wie es in der BRD beispielsweise ja geschehen ist“. Ohnehin beschränke sich die DKP – so wird weiter behauptet – auf den demokratischen Kampf ohne sozialistische Perspektive. Deshalb nämlich bestehen kein Interesse an der Weckung sozialistischer Kulturbedürfnisse bzw. sozialistischen Klassenbewußtseins – denn das würde ja nach Kuhnkes Meinung der angeblichen DKP-Strategie, die Diktatur des Proletariats „gemäß DDR-Muster“ durch eine „Diktatur der Partei“ zu ersetzen, einen Strich durch die Rechnung machen... Eine Neuauflage also der antikommunistischen Gegenüberstellung „Partei – Klasse“. Kein Wunder, daß der Verfasser die Bedeutung antiimperialistischen Bewußtseins nicht begreift, denn ein paar Zeilen vorher definiert er in undialektischer Weise antiimperialistisch-demokratisches Bewußtsein als „noch im Bereich der bürgerlichen Ideologie“ (S. 10). Wo es um die Diffamierung der Arbeiterpartei geht, trifft sich linker mit rechtem Antikommunismus: J. Scholmer benutzt für diese Absicht einen Artikel über die Ausstellung „Sozial engagierte Künstler der Weimarer Zeit“, die die DKP als ihren spezifischen Beitrag zum Dürer-Jahr in Nürnberg veranstaltete (Vorwärts, Juni 71): Wie ein roter Faden zieht sich – neben Spaltungsversuchen zwischen den Künstlern, die sich in der Zeit brutalster faschistischer und Kulturbarbarei nicht scheuten, ihrer antifaschistischen Überzeugung offenen Ausdruck zu geben – durch die „Anmerkungen“ Scholmers die Konstruierung eines

Gegensatzes zwischen der Arbeiterklasse im Kampf um die Macht – den sie nur unter der sicheren Führung ihrer Partei gewinnen kann – und der Arbeiterklasse nach der Revolution: „In der DDR haben sie (die Kommunisten) sich als herrschende Oberschicht, als neue Klasse, als rote Bourgeoisie etabliert, deren Machtanspruch mit den Interessen der Werktätigen unvereinbar ist... Indem die Kommunisten sich in der BRD als Protagonisten für die Rechte der Arbeiterschaft verstehen, der Arbeiterschaft in der DDR jedoch die gleichen Rechte vorenthalten, zerstören sie die Glaubwürdigkeit ihrer These von der Kunst als Waffe im Klassenkampf“. „Klassenkampf“ im Munde der SPD-Führung, das bedeutet nicht entschiedenes Vorgehen gegen die Monopole im eigenen Land, sondern Anzetteln von Konterrevolutionen in den sozialistischen Ländern.



In Zeuthen bei Berlin erteilt der bekannte Komponist Paul Dessau seit Jahren den Musikunterricht an der Polytechnischen Oberschule.

Eine ehemalige Arbeiterpartei, die jetzt, an der Regierung, nichts anderes mehr zu tun hat, als die eigene Politik in Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter zu setzen, kann freilich kein Verständnis dafür aufbringen, daß eine Partei, die „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen hat“ (Kommunistisches Manifest), auch an der Macht diese Interessen nicht verrät.

Ganz offensichtlich ist, daß die abgedroschene Phrase Scholmers von der Partei-Diktatur über das Volk in der DDR sich inhaltlich mit den Aussagen Kuhnkes deckt. Hinzuzufügen wäre, daß J. Scholmer, hauptberuflich Antikommunist, die These Kuhnkes von der Weckung antiimperialistisch-demokratischer Kulturbedürfnisse durch die SPD erfreut registrieren wird.

Bücher, die von unseren Lesern empfohlen werden

Wir setzen in diesem Heft die Lektüreliste demokratischer und sozialistischer Schriftsteller auf der Grundlage eingegangener Vorschläge fort. Ein Teil der aufgeführten Titel ist in westlichen Verlagen (z. T. auch als Taschenbuch) erschienen; ein Teil ist ausschließlich in Verlagen der DDR publiziert. Diese Bücher sind erhältlich über den Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf, Postfach 1928 und über die Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH (WLVG), 2 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5. Sie können auch über fortschrittliche Buchhandlungen bestellt werden, soweit diese selbst sie nicht vorrätig haben.

Johannes R. Becher: „Abschied“ (DDR-Verlag), „Winterschlacht“ (Drama) (DDR-Verlag)

Friedrich Wolf: „Wie die Tiere des Waldes“ (DDR-Verlag)

Bernhard Kellermann: „Totentanz“ (DDR-Verlag)

Hans Fallada: „Jeder stirbt für sich allein“ (BRD-Verlag)

Pablo Neruda: „Glanz und Tod des Joaquin Murieta“ (DDR-Verlag)

B. Traven: „Die weiße Rose“ (rororo), „Das Totenschiff“ (rororo)

Ignazio Silone: „Fontamara“ (Fischer)

Elio Vittorini: „Dennoch Menschen“ (rowohlt)

Otto Gotsche: „Märzstürme“, Halle 71

Hermann Kant: „Ein bißchen Südsee“ (dtv)

Alexej Tolstoy: „Der Leidensweg“, Berlin 1967

Gerhard Bengsch: „Krupp und Krause“ (DDR-Verlag)

Erika Runge: „Reise nach Rostock, DDR“ (BRD-Verlag)

Max von der Grün: „Zwei Briefe an Pospischil“ (BRD-Verlag), „Irrlicht und Feuer“ (BRD-Verlag)

Asturias: „Der grüne Papst“ (BRD-Verlag)

Karl Grünberg: „Brennende Ruhr“ (DDR-Verlag)

McNamaras Büttel

Zum Cabora-Bassa-Prozeß

Die 1. Strafkammer beim Landgericht Heidelberg verurteilte in der vergangenen Woche 8 Teilnehmer einer antiimperialistischen Massendemonstrationen wegen „Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Landfriedensbruch“ zu Freiheitsstrafen zwischen 7 und 3 Monaten.

Dieses Urteil als abschließender Beitrag der Klassenjustiz zur Legalisierung der Verfolgungs- und Kriminalisierungsmaßnahmen der ehemaligen Heidelberger Studentenbewegung durch die Stuttgarter CDU/SPD-Landesregierung gedacht, die ihre Höhepunkte im Juni 1970 im Verbot des Heidelberger SDS und im nächtlichen Polizeiüberfall auf den AStA der Universität Heidelberg hatten, dieses Urteil ist — kaum gefällt — wohl seiner „Milde“ wegen, bereits heftig umstritten: Die Staatsanwaltschaft hat Revision beantragt! Doch der Zank zweier Funktionäre der Klassenjustiz gilt naturngemäß nur der Höhe des Strafmaßes. Denn die Verurteilung der Angeklagten ist das Ergebnis der

Verbrechen des Imperialismus — die Notwendigkeit des Kampfes gegen den größten Feind der Menschheit — den Imperialismus — dokumentiert, mit der Begründung ablehnt: „... (die Beweisanträge dienen) ... nicht der Wahrheitsfindung, sondern der politischen Agitation. Das Strafverfahren soll offensichtlich zu einem den Nürnberger Prozessen vergleichbaren Kriegsverbrechertribunal umfunktioniert werden, mit McNamara als Angeklagtem, dem Staatsanwalt als dessen Verteidiger und den Angeklagten als Ankläger...“, dann beunruhigt nur die Dreistigkeit, mit der der Staatsanwalt seine politische Funktion enthüllt.

Alte Methode

Der unmittelbare Einfluß des reaktionärsten Teils der Monopolbourgeoisie auf die politische Justiz wurde deutlich, als die Staatsanwaltschaft ihren Antrag auf Ablehnung der Beweisanträge der Verteidigung auf einen Beschuß des Kammergerichts Westberlin stützte, der die Verhöhnung der Justiz durch den Volksverhetzer Axel Springer rechtfertigte (Springer war im sog. Mahler-Prozeß mehrfach als Zeuge geladen worden und nicht erschienen).

Dennoch wurde die Neutralitätsschminke des Gerichts brüchig, als die Verteidigung von ihrem Recht, Sachverständige zu präsentieren, Gebrauch machte: um sein Ziel — die Kriminalisierung politischer Aktivitäten — nicht zu gefährden, mußte das Gericht das Recht der Verteidigung — gemäß § 245 StPO Beweismittel präsent zu machen — beugen, um den Antrag der Verteidigung ablehnen zu können.

So machte der Prozeßverlauf für jeden deutlich, wie aufrichtig die Äußerung des Gerichtsvorsitzenden am 2. Prozeßtag: „dies ist ein politischer Prozeß“, war. Diese Äußerung konnte nur mißverstehen, wer immer noch nicht begriffen hat, daß sich das Gericht in diesem Prozeß ausschließlich von politischen Zweckmäßigkeitserwägungen leiten ließ! Das heißt aber, daß die Strafgerichtsbarkeit „nicht nur eine Verkörperung der abstrakten Rechtsform, sondern eine Waffe des unmittelbaren Klassenkampfes“ (Paschukanis) ist. Die Methode, mit den Mitteln der Justiz einzelne, aktive Vertreter demokratischer, sozialistischer und antiimperialistischer Bewegungen exemplarisch zu kriminalisieren, um die gesamte Bewegung einzuschüchtern und zu schwächen, hat Tradition. Die Herrschenden bedienen sich dieser Methode immer dann, wenn die Bewegung noch nicht stark genug oder durch Spaltungen geschwächt ist, das Kräfteverhältnis es ihnen aber noch nicht gestattet, die gesamte Bewegung oder ihren aktivsten, weil organisierten Teil zu liquidieren.

Die Verbotsdrohungen gegen die DKP, gegen die SDAJ und gegen den MSB Spartakus richten sich gegen alle fortschrittli-

chen Kräfte in diesem Land. Jedoch gilt der Hauptstoß der Herrschenden wiederum den aktivsten, weil organisierten Teilen aller fortschrittlichen Bewegungen in der BRD.

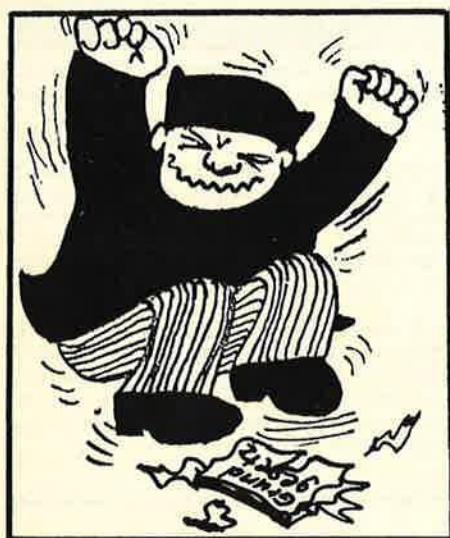
„Und weil das so ist, ist jetzt der Aufbau einer geschlossenen Gegenkraft gegen die Rechtsentwicklung und Sozialreaktion das dringendste Gebot der Stunde. Demgegenüber haben alle ideologischen Meinungsverschiedenheiten zurückzustehen. Alles, was sich dieser Einheitsfront entgegenstellt, handelt objektiv im Interesse des Großkapitals“ (Walter Ebert, 2. Landesvorsitzender der DKP Baden/Württemberg auf der Abslußkundgebung der „Demonstration der Zehntausend“ anlässlich des SDS-Verbots am 30. Juni 1970 in Heidelberg).

Hochschulnachrichten

Erneuter Anlauf

Seit Beirat und Bundesvorstand im Jahre 1969 endgültig den Bruch mit der F. D. P. beschlossen hatten, bemühte sich die F. D. P., die schon im März 68 jegliche finanzielle Unterstützung für den LSD gestrichen hatte, immer wieder um die Gründung eines neuen Studentenverbandes.

Verschiedene Versuche in den letzten Jahren scheiterten jedoch aufgrund der tiefen politischen Differenzen zwischen den verschiedenen sich liberal nennenden Gruppen. Eine Einigung wurde noch dadurch erschwert, daß gerade die CDU versuchte, durch Neugründung von scheinliberalen Eintagsorganisationen ihre Basis an den Hochschulen zu verbreitern. Nun gibt es einen erneuten Anlauf zu bundesweiten Einigung. Laut einer Pressemitteilung trafen sich vom 17. bis 19. März Vertreter von 35 Hochschulgruppen zu einem vierten Vorbereitungsseminar, um die Gründung eines Liberalen Hochschulverbandes (LHV) als Dachverband liberaler Studenten vorzubereiten. Programmatisch will sich der LHV im wesentlichen am Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz 1971 der Deutschen Jungdemokraten (DJD) anlehnen. So sieht es jedenfalls ein auf der Tagung ausgearbeitetes Grundsatzpapier vor, das auf der Gründungsversammlung vom 7. bis 9. April in Mainz als Grundlage für die künftige Arbeit beschlossen werden soll. Der F. D. P.-Bundesvorstand hat sich auf seine Stuttgarter Sitzung zu den Gründungsbestrebungen positiv geäußert. Der F. D. P.-Bundesvorstand, der in seiner Presseerklärung von nur 26 Gruppen spricht, sieht in den Gründungsabsichten einen Ansatzpunkt, „angesichts der Polarisierung zwischen revolutionär-extremen Linksgruppen und konservativ-erstarnten Kräften an den Universitäten den Geist modernen Liberalismus mit dem Ziel einer Reformpolitik zum Tragen zu bringen“.



erfolgreichen Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Gericht mit dem Ziel, die politischen Aktivitäten von 8 Teilnehmern einer antiimperialistischen Massendemonstration gegen die Tagung der Chefplaner zur Ausplünderung und Unterdrückung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die am 19. Juni 1970 unter der Leitung McNamaras in Heidelberg stattfand, juristisch verbrämt, so zu verfremden, daß sie — in Strafrechtstatbeständen gefaßt — die von der herrschenden Klasse gewünschten Erfolge abwerfen, nämlich: die exemplarische Kriminalisierung einzelner Teilnehmer einer antiimperialistischen Massendemonstration mit dem Ziel, die gesamte Bewegung einzuschüchtern und zu schwächen.

Wenn der Staatsanwalt die Beweisanträge der Verteidigung, deren Inhalt — eine Anklage gegen die millionenfachen